

## Pressespiegel 2021

Berichterstattung  
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **02.03.2021 / KW 08**





Besonders teuer sind Wahlkämpfe für die Bundesparteien. Seit neun Jahren gibt es eine gesetzliche Obergrenze von 7 Millionen Euro, die nicht überschritten werden darf, sonst werden Strafen verhängt

# Das große Stochern im Dunkeln

**Parteienfinanzierung.** Förderungen, Spenden und trotzdem verschuldet: Was machen die Parteien mit dem vielen Geld? Und warum ist noch immer so vieles im Dunkeln?

VON BERNHARD GAUL

Der neueste Wirbel um Parteispenden und Parteifinanzien begann diesmal mit einer freundlichen SMS: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!“). Geschickt hatte diese SMS ein Manager der Novomatic, adressiert war sie an den damaligen Wiener ÖVP-Stadtrat Gernot Blümel.

Was hinter der SMS steckt, ermitteln die Justizbehörden gerade, die ÖVP dementiert jedenfalls vehement, dass sie Spendengeld der Novomatic genommen oder für den Glücksspielkonzern in Rom in einer Steuercausa interveniert habe. Die SMS hat das Thema aber nach dem Ibiza-Video wieder zurück in die Schlagzeilen gebracht. Und beim Blick aufs Ganze, auf Parteispenden, auf die Parteienfinanzierung, auf Wahlkampfkosten, bleibt oft ein ungutes Gefühl.

„Österreich hat unter den OECD-Ländern die höchste staatliche Förderung“, erklärt Thomas Hofer, Politikberater und Meinungsforscher, das erste, grundlegende Problem. 212 Millionen Euro aus dem Steuertopf bekommen die Parteien im Bund und in den neun Bundesländern allein im Jahr 2021. Da könnte man doch annehmen, das reicht. Tut es aber offenbar nicht.

„Das hat schon auch damit zu tun, dass vor allem die SPÖ und die ÖVP seit 1945 riesige, hypertrophe Parteiapparate aufgebaut haben, bis in die kleinsten Bezirke“, sagt Josef Kalina, ein Kenner der Problematik. Der Unternehmer war einst SPÖ-Bundesgeschäftsführer und weiß, was sonst noch viel Geld verschlingt. Strategieberater, Coachings, Werbefachleute, Werbevideos samt Kamerateams und Visagisten, Veranstaltungen, Betreuung der Mailinglisten und vieles mehr. „Auf der anderen Seite sinken die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen dramatisch

– eine scheußliche Entwicklung.“

Tatsächlich kann sich jeder auf der Webseite des Rechnungshofs die Rechenschaftsberichte der Parteien ansehen, auch wenn diese nicht sehr leserfreundlich aufbereitet sind. Jede Partei muss bis zum Herbst des Folgejahres so einen von Wirtschaftsprüfern kontrollierten

*„Ich kann mir die Grenze bei den Wahlkampfkosten aufmalen, solange die Strafen so gering sind“*

Sigrid Maurer  
Klubchefin der Grünen

Bericht an den Rechnungshof schicken, der dann alles prüft. Doch wenn Berichte verspätet oder fehlerhaft einlangen, kann es schon vorkommen, dass etwa der Rechenschaftsbericht der FPÖ von 2018 noch immer nicht veröffentlicht ist. Als Erklärung sagt der Sprecher des Rechnungshofs, Christian Neuwirth, zum KURIER: „Beim FPÖ-Rechenschafts-

bericht 2018 ist es so, dass er an uns erst verspätet geliefert wurde und das Verfahren doch etwas aufwendiger war. Wir sind aber nahezu fertig.“ Strafen für Verzögerungen gibt es freilich nicht.

## Spenden

Der Kern des Wirbels ist im Grunde keiner mehr, jedenfalls nicht offiziell: 2019 und 2020 meldete die ÖVP keine Einnahmen aus Spenden, die SPÖ 84.000 Euro. Allerdings gab es 2019 eine Novelle nach dem Ibiza-Video, wo Rote und Blaue gemeinsam die Spendenannahmen gesetzlich massiv begrenzten. Dabei ist fraglich, ob diese Limits wirklich sinnvoll sind, wirft Politikberater Hofer ein (siehe Artikel rechts).

## Umgehungen

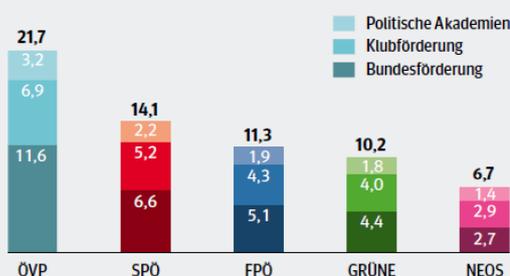
„Es stimmt, Spenden sind stark limitiert“, erklärt der Transparenz- und Anti-Korruptionsaktivist Matthias Huter vom Forum Informationsfreiheit. „Es gibt aber sehr viele Wege und Möglichkeiten, das zu umgehen.“ Man könne also seiner politischen Partei viel Geld zukommen lassen, ohne irgendwo aufzuschneiden. Das mag offiziell von allen verpönt sein. Auf eine Regeländerung im Parlament samt Strafen wartet die Öffentlichkeit bis heute.

Jetzt steht wieder eine Reform des Systems an. Die Grünen haben vor wenigen Tagen der ÖVP einen „sehr dicken Entwurf übermittelt“, erklärte dazu Klubchefin Sigrid Maurer. „Mehr Kontrolle durch den Rechnungshof, schärfere Strafbestimmungen, eine andere Struktur der Rechenschaftsberichte“, seien nur einige Punkte darin. Angedacht sind auch höhere Pönalen, wenn im Wahlkampf das Ausgabenlimit (derzeit 7 Millionen Euro) deutlich übersprungen wird. „Ich kann mir die Grenze bei den Wahlkampfkosten aufmalen, solange die Strafen so gering sind“, sagt Maurer.

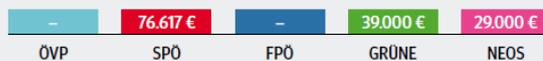
Seit dem Telekom-Skandal 2011 wird um Transparenz bei den Parteien gerungen. Bleibt abzuwarten, ob es diesmal gelingt.



Fördermittel für die Bundesparteien 2020 in Millionen Euro

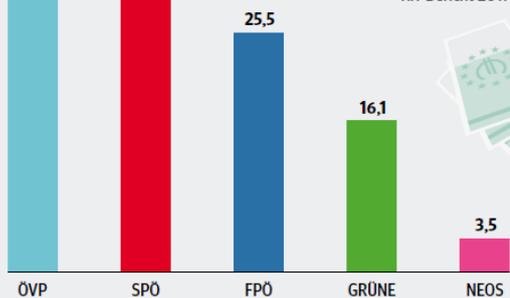


Spenden über 2.537,50 Euro\*, die im Jahr 2020 dem Rechnungshof gemeldet wurden



\*) seit 1. 1. 2020 müssen Einzelspenden über 2.537,50 Euro unverzüglich dem Rechnungshof gemeldet werden

Fördermittel für die neun Landesparteien gesamt in Millionen Euro laut Rechnungshof-Bericht 2018, FPÖ-Zahlen laut RH-Bericht 2017





Dabei müssen alle Kosten für Plakate, Inserate, Wahlkampfpots in TV und Radio (nur für den ORF gibt es ein Verbot von Werbespots) eingerechnet werden, die 82 Tage vor dem Wahltag angefallen sind

## Bund und Länder zahlen Parteien 212 Millionen Euro

Das Ausmaß der Förderungen mit Steuergeld ist eines der weltweit höchsten – warum reicht's dann nicht?

**Überfordert.** 14 Milliarden Dollar, und damit fast doppelt so viel wie im Wahlkampf vier Jahre davor – das hat der US-Wahlkampf 2020 verschlungen. Finanziert nur aus Spenden, das politische System in den USA erhält praktisch keine öffentliche Finanzierung. Dafür ist grundsätzlich alles offen gelegt, es gibt zahlreiche Webseiten, die genau auflisten, wer für wen wie viel gespendet hat.

In Österreich hat das offizielle Lukrieren von Spenden keine Tradition. Dafür leisten wir uns eines der teuersten Parteienfinan-

zierungssysteme weltweit. Allein im Jahr 2021 werden die Parteien zusammenge-rechnet rund 212 Millionen Euro Steuergeld erhalten.

In den Rechenschaftsberichten der Parteien, die vom Rechnungshof geprüft und auf der Webseite veröffentlicht werden, kann man das (wenig leserfreund-lich) nachsehen. Der Löwen-anteil sind die Gelder für die Landesparteien. Insgesamt höher sind die Zuwendungen an die neun Landesparteien. Dazu gibt es noch Klubförde-rungen im Parlament und in den Landtagen sowie für die politischen Akademien.

Zudem dürfen die Parteien Geld erwirtschaften, etwa über Mitgliedsbeiträge, Beiträge von Mandatären und Funktionären („Partei-steuern“) oder von Unter-nehmensbeteiligungen.

Was Rechenschafts-berichte auch offenlegen, sind neue Kredite und Kreditrückzahlungen. Wie sehr die Parteien aber verschuldet sind – oder bei- wem, ist nicht öffentlich. „Wenn ich als Partei viele Millionen Euro Schulden habe, kann der Kreditgeber ja ebenfalls Druck ausüben. Dazu kommt, dass Spenden aus dem Ausland verboten

sind – nicht aber Kredite, wie das beim Front National in Frankreich der Fall war“, wundert sich Transparenz-Experte Matthias Huter. Auch sei nicht nachvoll-ziehbar, was außerdem im Besitz einer Partei ist. „Ver-mögen, Bargeld, Immobilien – all das muss nicht offen-gelegt werden. Nicht einmal Goldbarren“, erinnert Huter an ein Kuriosum von 2019, als bekannt wurde, dass die FPÖ Wien Goldbarren in einem Osttiroler Bauern-haus gehortet hat.

Der Anti-Korruptions-experte verweist etwa auf die Slowakei, wo bei Wahl-

kämpfen alle Parteien glä-serne Konten führen müs-sen, in die jeder Bürger Einsicht nehmen kann.

„Das Argerliche ist“, fin-det auch Politologe Thomas Hofer an all den Regeln, die sich die Parteien selbst ge-bastelt haben, „dass das alles so nebulos wirkt, als müsse etwas verheimlicht werden. Deshalb fand ich es so scha-de, dass die Expertenregie-rung unter Kanzlerin Bri-gitte Bierlein 2019 nicht ein neues, transparentes Par-teienfinanzierungssystem zur Abstimmung gebracht hat. Das hätte nämlich keine Partei ablehnen können.“

## Streit um Limit für Wahlkampf-Kosten hält an

**Novelle geplant.** Im Wahl-kampf darf keine Partei ab dem „Stichtag“ 82 Tage vor einer Nationalratswahl mehr als sieben Millionen Euro ausgeben. Das gilt seit einer Novelle 2012, gleichzeitig wurde damals die Erstattung von Wahl-werbungskosten abge-schafft.

Im Parteiengesetz sind auch Strafen fixiert, sofern der Rechnungshof Über-tretungen feststellt: Bei einer Überschreitung um bis zu zehn Prozent (700.000 Euro) werden 15 Prozent (105.000 €) fällig, die Strafen steigern sich

## Braucht es ein Totalverbot von Parteispenden?

Seit der Blitzreform der Regeln 2019 fließt fast kein Geld mehr – aber ist das auch wünschenswert?

**Korruption.** 2019 und 2020 meldete die ÖVP null Einnahmen aus Spenden an die Partei, die SPÖ berichte-te dem Rechnungshof Spendeneinnahmen von immerhin 84.000 Euro. Vor wenigen Tagen sprach sich FPÖ-Chef Norbert Hofer in der ORF-Pressesendung dafür aus, „Spenden an die Politik insgesamt zu untersagen. Das würde uns viele Sorgen nehmen“. Schließlich gebe es ein gutes Parteienfinan-zierungssystem, es sei „nicht notwendig“, dass Firmen an Parteien oder parteinahe Organisationen spenden.

Braucht Österreich ein

Spendenverbot an Parteien? Eigentlich gibt es das nahe-zu schon: 2019 machten SPÖ und FPÖ überraschend gemeinsame Sache und begrenzten die Spenden-annahmen gesetzlich massiv – auf 7.500 Euro pro Person und 750.000 pro Partei.

Tatsächlich war es ein Gesetz, das auf die ÖVP unter Obmann Kurz ab-zielte. Der warb 2017 und 2018 aktiv um Spenden und war damit sehr erfolgreich: Insgesamt lukrierte die Partei in den ersten Jahren unter Kurz fast 3,5 Millionen Euro an Spenden, die SPÖ hingegen nur 220.000.

Wie sich zeigte, hatte die SPÖ dann aber ein Problem mit den eigenen Regeln, der Rechnungshof stellte fest, dass ein Teil der Spenden an die SPÖ unzulässig seien. Diese musste rund 25.000 Euro Strafe zahlen, die der Rechnungshof an soziale Vereine weiterreichte.

**Keine Chance für Neues?** Aber ist ein Spendenverbot sinnvoll? „Da sollten wir aufpassen, ob wir wirklich kein privates Geld mehr in der Politik haben wollen“, warnt Politikberater Thomas Hofer. „Wie soll da eine neue Partei entstehen?

Oder wollen wir das bestehende System wirklich hermetisch abriegeln?“ Der Experte erinnert daran, dass erst seit der Gründung der Partei von Frank Stronach überhaupt darüber disku-tiert wird. Rund 30 Millio-nen Euro hatte der Milliar-där in sein politisches Pro-jekt gesteckt. Aber auch die Neos würde es ohne großzü-gige Spenden von Unterneh-mer Hans-Peter Haselsteiner vielleicht nicht geben.

Sogar Transparenzakti-vist Matthias Huter fragt sich, ob die Spendenbe-schränkungen nun „überre-guliert“ sind. „Unser Ziel soll

ja sein, dass alles transpa-rent ist.“ Hinter einer Spen-de könne ja eine Gegenlei-stung stecken, ja sogar die Parteitagenda beeinflusst werden. „Was ja alles legitim sein kann, solange das auch transparent ist“, so Huter.

Allerdings ist der Grad schmal zwischen legaler Par-teispende und Bestechung, wenn für eine Spende eine konkrete Gegenleistung in Aussicht gestellt wird. Hier ermittelt die Justiz gerade gegen die ÖVP. Und zur Erinnerung: Ein ehemaliger ÖVP-EU-Abgeordneter wurde 2013 wegen Bestechlichkeit zu drei Jahren Haft verurteilt.



Rechnungshof-Boss Kraker wacht über das Parteigeld

langsam, bei einer Über-schreitung über 50 Prozent steigt die Strafe auf maxi-mal 150 Prozent.

Was nach viel klingt, sei aber lächerlich wenig, klagen etwa die Neos, reiche Parteien könnten die Strafen in ihrem Wahl-kampfbudgets problemlos einpreisen. Geht es nach den Grünen, sollen die Strafen in der nun geplan-ten Novelle jedenfalls drastisch erhöht werden: „Ich kann mir die Grenze bei den Wahlkampfkosten aufmalen, solange die Strafen so gering sind“, sagte Grünen-Klubchefin Sigrid Maurer. Und die Grünen wollen außerdem das Wahlkampfkosten-Li-mit noch einmal herunter-setzen – auf nur noch sechs Millionen Euro.

Vom Wahlkampf 2019 – ein durchaus ärgerliches Kuriosum – sind heute noch keine Abrechnungen öf-fentlich, alle Parteien gaben an, unter dem Limit zu liegen. Allerdings hatten im Wahlkampf 2017 vor al-lem ÖVP (13 Mio.) und FPÖ (10,7 Mio.) die Gren-zen regelrecht gesprengt, die SPÖ (7,4 Mio.) leicht überschritten. Das kostete die ÖVP 800.000 Euro Stra-fe, die FPÖ rund 570.000 Euro. Kritik der Neos: Wä-re ihr Vorschlag angenom-men worden, müsste die ÖVP 18 Mio. Euro zahlen.

## Die Lücken im Gesetz: So kann man weiter schmieren

Wie reiche Spender die Gesetze umgehen können – und sich dabei noch nicht einmal fürchten müssen

**Korruption.** Vergangene Woche präsentierte das Nach-richtenmagazin *profil* eine Anleitung: „Wie man Partei-en richtig schmiert“. Einen Aufschrei der Politik gab es freilich trotzdem nicht, denn das große Thema, wie man Parteien unterstützen kann, ohne dass die Öffentlichkeit davon informiert oder gar der Spender genannt wird, ist den Spitzenpolitikern seit Jahren achselzuckend bekannt.

Einige Beispiele: „Das geht etwa über Immobilien, die ich einer Partei unter dem Wert verkaufe, und die diese dann vermieten oder

mit Gewinn verkaufen kann“, erklärt Anti-Korruptions-aktivist Matthias Huter.

Oder: Parteien besitzen Dutzende Unternehmen, die teils Gewinne abliefern. „Als reicher Spender erteile ich einfach einen generösen Auftrag an eine dieser Firmen, von dem die Partei direkt profitiert, ohne dass es aufscheint.“

Oder: „Möglich sind auch Darlehen an die Partei oder eine der Vorfeld-organisationen in jeder Größe. Wenn die Kon-ditionen niedriger als markt-üblich sind, müsste das als Spende ausgewiesen wer-

den, doch der Rechnungshof kann das gesetzlich nicht prüfen.“

Oder über nahestehende Vereine, von denen in den vergangenen Monaten einige entdeckt wurden. Wie hier Parteien durch Sponsor-geld profitieren können, hatte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video erklärt: Man könne zur Unterstützung der Freiheitlichen Partei an einen Verein eines Politikers spenden, da auf diesem Weg auch bei größeren Geldbeträgen eine Meldung an den Rechnungshof sowie die Gesetze zur Parteienfi-

nanzierung umgangen werden können, erzählte er einer vermeintlichen russi-schen Oligarchin.

**Strache sagte, wie's geht** Die wohl-dotierten Vereine, erklärt Huter, können unter-schiedlichste Rechnungen der Partei begleichen. „Da sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt.“ Das gehe sogar noch einfacher, sagt Huter, „als Financier im Hintergrund zahle ich Umfragen oder Veranstal-tungen direkt bei den Unter-nahmen, was eigentlich eine Spende ist, die dem Rech-nungshof gemeldet werden

müsste. In der Regel wird das aber kaum entdeckt.“

Das Thema der parteina-hen Vereine ist derzeit beson-ders brisant, konkret Zahlun-gen vom Glücksspielkonzern Novomatic an ÖVP- und SPÖ-nahe Kultur- und Sporverei-ne. Eine Sponsor-Liste war laut *profil* von der Korrupti-onsstaatsanwaltschaft in den eMails eines Novomatic-Mit-arbeiters gefunden worden und liegt nun auch dem Ibiza-U-Ausschuss vor. Novomatic weist alle Vorwürfe und „fal-schen Unterstellungen“ zu-rück. Auch die ÖVP demen-tiert in der Causa Blümel den Erhalt von Novomatic-Geld.

„Salzburger Nachrichten“, 01.03.2021

# Novomatic spendete auch in den SPÖ-Bereich

Glücksspielkonzern klagt wegen Spendenliste – Gusenbauer dementiert Aktivitäten.

**WIEN.** „Novomatic zahlt alle“, hat der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache auf dem mittlerweile berühmten Ibiza-Video gesagt. An diesen Satz denkt, wer die jüngst bekannt gewordene Spendenliste des Glücksspielkonzerns durchsieht. Denn anders als vom Ibiza-Untersuchungsausschuss aufgedeckt wurde, hat Novomatic offensichtlich nicht nur an den ÖVP-nahen, sondern auch massiv an den SPÖ-nahen Bereich gespendet.

Die Liste zeigt diverse Sponsorings an Vereine, die über gute politische Kontakte verfügen. Dazu zählt der burgenländische Fußballverein ASV Draßburg,

dessen Präsident der ehemalige SPÖ-Klubobmann und Landesrat Christian Illedits war, für den zwischen 5000 und 30.000 Euro pro Jahr flossen. Auch der FC Purkersdorf mit dem ehemaligen Bürgermeister und Innenminister Karl Schlögl (SPÖ) durfte sich über Sponsoring freuen. Gleiches gilt für den Verein „Puls – zur Bekämpfung des plötzlichen Herztodes“, ein Projekt des langjährigen Wiener SPÖ-Landtagspräsidenten Harry Kopietz, sowie für diverse Veranstaltungen im Nahbereich des roten Wiens. Laut Wolfgang Gerstl, dem ÖVP-Fraktionsführer im Ibiza-Untersuchungsausschuss, hat sich die SPÖ sogar ihr Erster-Mai-Fest sponsern lassen.

Novomatic achtete aber offenbar auf Ausgewogenheit. In Niederösterreich stand sowohl der SPÖ-Wirtschaftsverband als auch der ÖVP-Wirtschaftsbund auf der Spendenliste. Bereits bekannt waren Zuwendungen an das „Alois Mock-Institut“, das von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) geleitet wird.

Die Spendenliste wurde am Wochenende von „profil“, „Standard“ und „ZiB2“ in Teilen veröffentlicht. Sie soll von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im elektronischen Postfach eines Novomatic-Mitarbeiters gefunden worden sein und liegt dem parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuss vor. Novo-

matic verurteilte die Veröffentlichung scharf und kündigte eine Anzeige gegen unbekannt wegen „rechtswidriger Informationsweitergabe“ an die Journalisten an.

Unterdessen hat Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) dementiert, wegen der Steuerprobleme der Novomatic in Italien aktiv geworden zu sein. Er habe von den Problemen zwar gewusst, seine Beratungstätigkeit für Novomatic habe sich aber auf Lateinamerika, Osteuropa und den westlichen Balkan bezogen, sagte Gusenbauer. Zuvor war ein Aktenvermerk der WKStA bekannt geworden, aus dem drei Mails von Novomatic-Verantwortlichen an den ehemaligen SPÖ-Chef hervorgehen. SN, APA

Justitia spricht das letzte Wort, zuvor ist die Staatsanwaltschaft am Zug.

### Korruptionsermittler Was macht die WKStA, und warum ist sie unter Beschuss?

Mit der Hausdurchsuchung beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), spätestens aber mit der Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ist die WKStA landauf, landab berühmt geworden. Die Behörde wurde im Jahr 2009 als „Korruptionsstaatsanwaltschaft“ gegründet; schon zwei Jahre später bekam sie die Kompetenz für Ermittlungen in Wirtschaftsstrafsachen dazu. Zuvor hatte unter anderem der Europarat der heimischen Justiz ein schlechtes Zeugnis bei der Verfolgung von Korruptionsdelikten ausgestellt: Diese sei „unterentwickelt“.

Eingeführt wurde die Behörde in der Amtszeit von Maria Berger, der ersten roten Justizministerin seit dem Ausscheiden von Christian Broda im Jahr 1983. Erster Chef der Behörde war der frühere Interims-Grünen-Politiker Walter Geyer, seit 2013 führt Ilse-Maria Vrabl-Sanda die Behörde mit Sitz in Wien-Landstraße und Außenstellen in Graz, Linz, Innsbruck.

Dort ermitteln rund vierzig aktive Staatsanwälte; zu den nicht aktiven, weil karenzierten zählt Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP). Bei der WKStA landet, wer verdächtig ist, Delikte wie Untreue, schweren Betrug, organisierte Schwarzarbeit oder Bestechung begangen zu haben. Laut einer Anfragebeantwortung vom Dezember 2020 teilen sich die Verfahren der WKStA so auf: 62 Prozent sind reine Wirtschaftsstrafverfahren, 17 Prozent Korruptionsverfahren und 21 Prozent gemischt.

Geht es nach der ÖVP, soll die Behörde nun in ihre Einzelteile zerschlagen werden: Eine Spezialstaatsanwaltschaft soll sich nur um Wirtschaftsdelikte kümmern, eine andere um Korruption. Ein Plan, dem nicht nur vom Koalitionspartner eine Absage erteilt wird – sondern auch von Georg Krakow, Chef von Transparency International Österreich. Krakow, einst Staatsanwalt für Wirtschaftsstrafsachen in der Staatsanwaltschaft Wien und Kabinettschef von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (2009–2011), argumentiert dagegen, weil Korruption fast immer mit Wirtschaftsdelikten in Verbindung stehe.

Causen, die die WKStA ermittelt und zur Anklage gebracht hat, waren etwa diverse Telekom-Verfahren und die Causa Buwog rund um Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Da wurden im vorigen Dezember nach acht Jahren Ermittlungen und einem dreijährigen Gerichtsverfahren die Hauptangeklagten verurteilt, wobei die Urteile noch nicht rechtskräftig sind. Die bekanntesten aktuellen Ermittlungen, die auch zur Hausdurchsuchung bei Blümel führen sollten, sind zur Causa Casinos/Novomatic.



# WKStA für Anfänger

Kaum eine Behörde steht derzeit so im justizpolitischen Scheinwerferlicht wie die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Wie funktioniert sie, wer kontrolliert sie – und was ist dran an dem oft vorgebrachten Leak-Vorwurf?

Renate Graber, Fabian Schmid

### Die Beschuldigten und ihre Rechte Gibt es „WKStA-Leaks“, und wer kann Akten einsehen?

Immer wieder beschwerten sich Beschuldigte darüber, dass sie von Ermittlungen aus den Medien erfahren. Jüngste Beispiele sind Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) und der ehemalige Justizminister Wolfgang Brandstetter (von der ÖVP nominiert), gegen den nun die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt – für beide gilt die Unschuldsvermutung. Grundsätzlich werden Beschuldigte so rasch wie möglich über Ermittlungen informiert. Es gibt aber auch Ausnahmen – etwa dann, wenn sie nicht erreicht werden können oder wenn ihre Verständigung die Ermittlungen gefährden könnte. Vor allem die ÖVP und die Anwälte einiger betroffener Beschuldigten orten in dem Zusammenhang undichte Stellen in der WKStA. Die freilich bestreitet, derartige Amtsdelikte zu begehen. In

den meisten Fällen dürften aber Akteninhalte über Anwälte, die Akteneinsicht haben, den Weg in die Öffentlichkeit finden. Sie dürfen eben aber auch sehr viel tun, um ihre Mandanten zu verteidigen.

Die ÖVP will da einen harten Schnitt machen. Sie möchte Journalisten verbieten, wörtlich aus Ermittlungsakten zu zitieren. Damit solle eine mediale Vorverurteilung hintergehalten werden. Die Grünen stellen sich dem entgegen: Die Einschränkung der Pressefreiheit sei nicht Gegenstand von Verhandlungen, sagte Klubobfrau Sigrid Maurer in Ö1, denn ohne Zitierungen wäre die Aufdeckung vieler Skandale verhindert worden. Dieses Ansinnen hatte bereits der blaue Justizminister Dieter Böhmendorfer in seiner Amtszeit von 2000 bis

2004 vorangetrieben, auch damals wurden die Pläne aber fallengelassen.

Grundsätzlich stehen den Beschuldigten diverse Rechtsmittel gegen die Schritte der Ermittler zu: Sie können etwa Beschwerde gegen Hausdurchsuchungen einlegen (Finanzminister Blümel tut das nicht) oder Anklagen beinsprechen, entschieden wird dann von unabhängigen Richtern. Auf der anderen Seite sorgen Rechtsmittel für lange Verfahren – ebenso wie Ressourcenmangel bei den Staatsanwälten. Mitter unter kommt es sogar vor, dass vom Anfang der Ermittlung bis zu einem Urteil fast fünfzehn Jahre vergehen. So geschehen in der Causa Bawag Blitzkredit an Refko, wo es 15 Jahre nach Beginn der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Wien zu einem Freispruch kam.

### Die Aufsicht Wer kontrolliert die Ermittler, und was soll sich ändern?

Die Konflikte zwischen der WKStA und ihrer sogenannten Fachaufsicht sind legendär. Eskaliert sind sie nach der Hausdurchsuchung beim BVT. Die wurde wie jede Hausdurchsuchung von einem unabhängigen Richter genehmigt, dies aber spätnachts – und sie wurde später vom Oberlandesgericht Wien für rechtswidrig erklärt. Ihre Oberbehörde, die Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien, sowie das Justizministerium wurden quasi vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sollte dafür sorgen, dass die WKStA an die kurze Leine genommen wird. Ursprünglich musste die WKStA der Oberstaatsanwaltschaft Wien nur dann von ihren Vorhaben berichten, wenn es um die Enderledigung ging: Anklage oder Einstellung.

Seit der sogenannten BVT-Affäre im Jahr 2018 musste nun über sämtliche bedeutsame Ermittlungsschritte mindestens drei Tage im Vorhinein berichtet werden. Erst vergangene Woche wurde dieser Erlass wieder ausgesetzt. Zudem sollen die vorgesetzten Behörden die Korruptionsermittler mit Berichtsaufträgen geradezu überhäufen. Das erzählte etwa die vormalige Staatsanwältin Christina Jilek vor dem U-Ausschuss. Allein in der Causa Casinos seien bereits siebzig Berichte geschrieben worden.

Weiteres Konfliktpotenzial birgt das Weisungsrecht: Wie allen anderen Staatsanwälten können die Oberbehörden auch den Staatsanwälten der WKStA Weisungen erteilen – für einzelne Ermittlungsschritte, Einstellung oder Anklage. Weisungen müssen schriftlich erteilt werden, aber so weit kommt es meist gar nicht. Oberstaatsanwälte oder Beamte aus dem Justizministerium verstehen es, die Zielrichtung auch anders vorzugeben – etwa durch intensives Nachfragen. Genau so etwas will der WKStA in einer Dienstbesprechung zur Causa Eurofighter am 1. April 2019 mit Johann Fuchs, dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, und dem damaligen Chef der Strafrechtssektion, Christian Pilnacek, passiert sein. Bei einer Diskussion über die Zukunft der Eurofighter-Ermittlungen tat Pilnacek seine Ansicht über gewisse Verfahrensstränge mit dem berühmten Ausspruch „Daschlogts es!“ kund. Die anwesenden WKStA-Staatsanwälte, die die Sitzung heimlich aufzeichneten, sahen das als Weisung und Druckmittel an; Pilnacek nicht. Es folgte ein Streit, der in der österreichischen Justizgeschichte seinesgleichen sucht: Staatsanwälte zeigten Pilnacek und Fuchs an, Pilnacek zeigte Staatsanwälte an.

Ermittlungen wurden keine aufgenommen, stattdessen folgte ein Mediationsversuch.

Die Berichtspflichten werden nun wieder gelockert, zudem soll ein unabhängiger Bundesstaatsanwalt etabliert und damit die Weisungskette, die bisher bei der Politik in Person des Justizministers endet, abgeschafft werden.

Foto: Gettyimages / Stockphoto

„Profil“, 01.03.2021

## Aus der Redaktion Liebe Leserin, lieber Leser

**A**m vergangenen Donnerstag entschied sich die Novomatic AG zu einem ungewöhnlichen Schritt. Um 14.18 Uhr setzte der Glücksspielkonzern eine Presseaussendung ab, Titel: „Stellungnahme der NOVOMATIC AG zur aktuellen Medienanfrage der Recherchekooperation von ‚profil‘, ‚Der Standard‘ und ORF-ZiB2.“ Die Vorgeschichte: Wir hatten einen Fragenkatalog in Richtung Firmensitz Gumpoldskirchen geschickt, bezüglich laufender Recherchen zu Spenden und Sponsorings der Novomatic AG. Ein völlig normaler qualitätsjournalistischer Vorgang, samt Bitte um Stellungnahme und Aufklärung. Warum die Novomatic ihre Antworten nicht einfach zurückmailte, sondern vorab veröffentlichte, lässt sich unterschiedlich erklären. Der letzte Absatz der Aussendung eröffnet dagegen wenig Raum für Spekulationen: „Zum Schutze der Reputation unseres Unternehmens und der mehr als 22.500 Mitarbeiterinnen und Mit-



Herausgeber Rainer, Winter, Nikbaksh und Melichar

arbeiter werden wir prüfen, welche rechtliche (sic) Schritte wir aufgrund Ihrer Vorgangsweise einleiten werden.“

Worauf der Glücksspielkonzern da so ungewöhnlich reagierte – und warum – lesen Sie in der Geschichte zur Aussendung, recherchiert und verfasst von MICHAEL NIKBAKSH, STEFAN MELICHAR und JAKOB WINTER.

Von Abwehrstrategien und Immunsierungsversuchen handelt auch unsere dieswöchige Titelgeschichte: ROSEMARIE SCHWAIGER sprach dafür mit dem schwedischen Staatsepidemiologen Anders Tegnell, der seit Beginn der Pandemie auf die Selbstverantwortung seiner Mitbürger setzt und auf staatliche Eingriffe nach Möglichkeit verzichtet, womit der schwedische Weg zur Gretchenfrage avancierte: Nun sag, wie hast du's mit der Pandemiebekämpfung? Ein paar grundlegende Fakten, die man bei der Beantwortung dieser Frage berücksichtigen sollte, liefern ALWIN SCHÖNBERGER und FRANZISKA DZUGAN – inklusive einer besonders wohltuenden Passage, die wir Ihnen an dieser Stelle gern vorab verraten möchten, per Aussendung sozusagen: Wir sind auf der Zielgeraden.

IHRE REDAKTION

„Profil“, 01.03.2021

## Win Win

Kultur, Fußball, Golf. Die geheimen Spenden und Sponsorings der Novomatic AG: Eine interne Liste enthüllt, wie der Glücksspielkonzern über Jahre systematisch Geld verteilte. Es landete auch bei Vereinen mit Naheverhältnis zu Politikern und Parteien.

VON STEFAN MELICHAR,  
MICHAEL NIKBAKHSCH UND JAKOB WINTER



**D**ie Recherchen zu dieser Geschichte waren nicht annähernd abgeschlossen, der vorliegende Text lange nicht geschrieben, da versuchte der Glücksspielkonzern Novomatic bereits, Tatsachen zu schaffen. Und das im Wege einer beispiellosen Presseaussendung. „Die Recherchekooperation von ‚profil‘, ‚Der Standard‘ und ORF-ZiB2 hat eine umfangreiche Anfrage übermittelt, die dokumentiert, dass diese Medien über eine Liste verfügen, welche angebliche unternehmensinterne Informationen enthält, die Novomatic als betroffenes Unternehmen nicht vorliegt“, schrieb Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer vergangenen Donnerstag nachmittag.

Tags zuvor hatten profil, „Der Standard“ und die ORF-„ZiB 2“ eine gemeinsame Anfrage an die Novomatic AG gerichtet. Ein Dutzend Fragen zum Umgang von Novomatic mit Spenden und Sponsorings zugunsten von Vereinen und Organisationen mit Naheverhältnis zur Politik.

Der Novomatic-Anwalt schrieb von „konstruierten Vorwürfen“ und „falschen Unterstellungen“ und kündigte noch vor Veröffentlichung rechtliche Schritte an. Bis hierhin unterschied sich das Statement kaum von anderen, die man von Novomatic sonst bekommt. Was die Reaktion so singulär macht, war der Anhang.

Zöchbauer hatte es für zweckdienlich gehalten, auch gleich die gesamte Anfrage der beteiligten Medien zu veröffentlichen (mitsamt seinen Antworten darauf).

Das hat es in Österreich so wohl noch nicht gegeben. profil, der Tageszeitung „Der Standard“ und der ORF-„ZiB 2“ liegt tatsächlich eine Liste vor. Novomatic übrigens auch. Sie stammt aus dem Unternehmen selbst. Genau genommen handelt es sich um eine Excel-Datei, die im November 2017 intern angelegt und bis Juli 2019 laufend aktualisiert wurde. Sie trägt den Dateinamen „Sponsorings 2016\_2017\_2018\_2019\_Ubersicht\_grob.xlsx“.

Die Liste gibt einen bisher unbekanntem Einblick in das Spendenuniversum von Novomatic. Sie listet Zuwendungen der Novomatic AG für die Jahre 2016, 2017, 2018 und die ersten Monate 2019 auf.

Allein zwischen 2016 und 2018 bewegte Novomatic demnach rund 16 Millionen Euro an Spenden und Sponsorings – wovon allerdings der größte Teil auf einen einzigen Empfänger entfiel: Niki Lauda. Der im Mai 2019 verstorbene Unternehmer trug seit 2014 das Novomatic-Logo auf dem ikonischen roten Kapperl – und das nicht kostenlos. Laut der Aufstellung bekam Lauda 2016, 2017 und 2018 jeweils drei Millionen Euro, insgesamt also neun Millionen.

Die verbleibenden sieben Millionen Euro verteilten sich auf Hunderte Zahlungsempfänger. Karitative und soziale Einrichtungen, gemeinnützige Vereine, Fußball-, Tennis- und Golfclubs, Stiftungen, Institutionen, Firmen, Privatpersonen. Die Liste nennt Beträge, Zahlungszwecke und „Sponsoring-Partner“, dazu gibt es auch eine Spalte „Auftraggeber“ – und da stehen vereinzelt die Namen von Politikern (dazu später).

Es handelt sich um insgesamt rund 300 Einträge, geordnet nach Kategorien: „Business/Networking“; „Branding/Markenwert“; „Sport“; „Regionales“; „Kunst und Kultur“; „NÖ Sponsoring“; „Medien“; „CR“ (das steht für „Corporate Responsibility“, also unternehmerische Verantwortung).

Die Zahlen zeigen einen Ausschnitt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit – sie erfassen nur das Stammhaus Novomatic AG und eine mittlerweile liquidierte Tochtergesellschaft. Der vor allem im Sport-sponsoring aktive Teilkonzern Admiral etwa ist hier nur selektiv abgebildet.

Gefunden wurde diese Liste im Posteingang eines leitenden Novomatic-Mitarbeiters, nachdem die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im Jahr 2020 Razzien am Stammsitz Gumpoldskirchen vornehmen hatte lassen. Die WKStA führt bekanntlich Ermittlungen im weitläufigen „Casinos“-Komplex, in dessen Strudel jüngst auch ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel geriet.

Die Excel-Liste ist nicht nur ein Teil des „Casinos“-Ermittlungsaktes, sie ist auch ein Teil der Akten-sammlung des laufenden „Ibiza“-Untersuchungsausschusses, wohin sie vor einiger Zeit auf Veranlassung der Oberstaatsanwaltschaft Wien geschickt wurde.

## Spenden für den guten Zweck

Hinter den Zahlen und Namen entrollt sich eine Geschichte, die man so und so erzählen kann.

So: Die Novomatic AG ist ein österreichisches Unternehmen mit sozialem Gewissen, das, wie andere Unternehmen mit Gewissen auch, Geld in die Hand nimmt. Spenden für Menschen in Not, Benefizevents, Caritas, Licht ins Dunkel, SOS Kinderdorf, Samariterbund, Rotes Kreuz, Freiwillige Feuerwehren, St. Anna Kinderkrebsforschung, Vier Pfoten, Rote Nasen Clowndoctors oder Licht für die Welt; daneben Subventionen für Bildungseinrichtungen, Denkfabriken, große und kleine Bühnen, TV-Produktionen, Kulturschaffende, Gesangsvereine, Festivals, Dorffeste, Sportveranstaltungen und Sportler.

Aber auch so: Novomatic sponserte in der Vergangenheit immer wieder Vereine und Organisationen mit Bezug zu aktiven und ehemaligen Politikern.



Das war bisher nur in Ansätzen bekannt. So zum Beispiel, dass das ÖVP-nahe „Alois Mock Institut“ von Novomatic zwischen 2013 und 2019 mit insgesamt mehr als 100.000 Euro subventioniert wurde. Präsident des Instituts ist ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Sobotka ist auch ständiger Dirigent des Kammerorchesters Waidhofen an der Ybbs, das von Novomatic 2019 ein einmaliges Sponsoring von 8000 Euro erhielt. Bekannt war auch, dass das „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) des früheren FPÖ-Nationalratsabgeordneten Markus Tschank auf Grundlage einer „Sponsoringvertrags“ ab 2018 insgesamt 240.000 Euro von Novomatic bekam.

Das Mock Institut, das Kammerorchester, das ISP – dazu finden sich auch in der vorliegenden „Sponsorings“-Liste Buchungszeilen.

Aber eben nicht nur.

Novomatic förderte unter anderem auch:

- Einen niederösterreichischen Golfclub – dessen Präsident ist der Klubobmann der ÖVP im Niederösterreichischen Landtag und amtierende Wiener Neustädter ÖVP-Bürgermeister Klaus Schneeberger.
  - Einen niederösterreichischen Fußballverein – Ehrenpräsident ist der frühere SPÖ-Bürgermeister von Purkersdorf und Innenminister a. D. Karl Schlögl.
  - Einen burgenländischen Fußballverein – Präsident ist der frühere burgenländische SPÖ-Mandatar Christian Illedits.
  - Einen gemeinnützigen Wiener Verein – Präsident ist der Wiener SPÖ-Politiker Harry Kopietz.
  - Ein niederösterreichisches Kulturzentrum – Ehrenpräsidenten sind die amtierende ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und ihr Vorgänger Erwin Pröll.
  - Das Österreichische Paralympische Committee – Präsidentin ist die frühere ÖVP-Ministerin Maria Rauch-Kallat.
  - Die eng mit der ÖVP verbandelte Julius Raab Stiftung.
  - Den Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband Niederösterreich.
  - Den ÖVP-nahen Wirtschaftsbund Niederösterreich.
- Langjährige Landeshauptleute, Abgeordnete, Klubchefs, Landtagspräsidenten, Minister und hochrangige Parteigänger von ÖVP, SPÖ, FPÖ – im Novomatic-Kosmos war Platz für so einiges.

Der Glücksspielkonzern hat in der Vergangenheit stets betont, zu keinem Zeitpunkt Spenden an politische Par-



**NIKI LAUDA**  
Der Unternehmer ließ sich das Kapperl teuer bezahlen.

teien geleistet zu haben. Der Firmenanwalt verwehrte sich auf Anfrage auch „gegen die Unterstellung, dass die von Ihnen genannten Kooperationen, Sponsorings oder Unterstützungsleistungen mit irgendwelchen etwaigen politischen Gegenleistungen in Verbindung gestanden sind oder stehen“. Dass einige der Vereine Beziehungen zu Politikern haben, erklärt man bei Novomatic mit der österreichischen Vereinskultur: „Das hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung.“

## Der Glücksspielkonzern und das schwarze Niederösterreich

Ignaz Joseph Pleyel ist wohl nur einigen wenigen Verehrern der klassischen Musik ein Begriff. Zu Unrecht wird der Komponist und Klavierbauer (1757–1831) von der österreichischen Musikgeschichtsschreibung vergessen, während in Frankreich große Konzertsäle seinen Namen tragen – so sieht es zumindest die Internationale Ignaz Joseph Pleyel Gesellschaft (IPG), ein kleiner Verein mit Sitz im niederösterreichischen Ruppersthal, dem Geburtsort Pleyels.

Bekannter als die Pleyel-Gesellschaft selbst sind ihre Ehrenpräsidenten: ÖVP-Altlandeshauptmann Erwin Pröll und seine Nachfolgerin Johanna Mikl-Leitner. Bekannter als der Verein, der sich der „Forschung, Pflege und Bekanntmachung des Lebens und Werkes des großen Sohnes unserer Heimat“ verschrieben hat, ist auch einer seiner Gönner: die Novomatic AG, die der IPG in den Jahren 2016 und 2017 jeweils 20.000 Euro an Sponsorings überwies, insgesamt also 40.000 Euro. Gegenleistung laut IPG: „Wir bewarben Novomatic jeweils ganzjährig in allen unseren Werbemitteln (Flyer, Plakate, Website und Sonderaussendungen).“ Doch: „Weder der damalige Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll noch die derzeitige Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner waren unseres Wissens nach in die in Rede stehende Sache eingebunden“, versichert IPG-Obmann Adolf Ehrentraud.

Die Zuwendungen an die IPG sind in der Novomatic-internen Liste unter dem Posten „NÖ-Sponsoring“ vermerkt – neben der IPG profitierten noch einige Vereine und Kulturevents vom Sponsoring des Glücksspielkonzerns. Von 2016 bis 2018 finden sich Sponsorings von mehr als 350.000 Euro, die dem Auftraggeber „NÖ Sponsoring“ zugeordnet wurden. Bei den Empfängern handelt es sich großteils um Unternehmen, Vereine und Organisationen mit Nahebeziehung zur ÖVP oder zum Land Niederösterreich. Darunter etwa mehrere Projekte der „NÖ Kulturwirtschaft“, für die politisch Landeshauptfrau Mikl-Leitner zuständig ist.

Verwunderlich ist weniger, dass der Glücksspielkonzern in seinem Heimatbundesland wirbt. Verwunderlich ist mehr, wie die Gelder verteilt werden. Vor einigen Wochen berichtete Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka dem Fernsehsender OE24, wie es zum Sponsoring des von ihm dirigierte Waidhofener Kammerorchesters – ebenfalls „NÖ-Sponsoring“ – gekommen sein soll: Novomatic stelle insgesamt einen sechsstelligen Betrag für Sponsoring in Niederösterreich zur Verfügung – das deckt sich mit der profil vorliegenden Liste. Sobotka: „Und das Land Niederösterreich berät die Novomatic und sagt: Macht's es einmal mit dem und einmal mit dem.“

Der Leiter der Kulturabteilung des Landes Niederösterreich, Hermann Dikowitsch, bestätigte auf Anfrage,



**DAS LAUDA-SPONSORING**  
Niki Lauda war ab 2014 Markenbotschafter von Novomatic. Laut der Liste ließ sich der Konzern das Sponsoring zwischen 2016 und 2018 jährlich drei Millionen Euro kosten.

seine Fachstelle informiere „bei etwaigen Sponsoringanfragen darüber, welche Kulturinstitutionen beziehungsweise -veranstaltungen es in Niederösterreich gibt“. Aber: „Eine Einbindung politischer Funktionsträger des Landes ist bei diesem alltäglichen Aufgabenbereich nicht vorgesehen und auch nicht erfolgt. Die Entscheidung über ein allfälliges Sponsoring trifft immer der jeweilige Sponsor eigenverantwortlich und unabhängig.“

Zu den auffallend vielen (Ex-)Politikern aus den Reihen der ÖVP, die als Ehrenpräsidenten, Aufsichtsräte oder Dirigenten in den bedachten Vereinen und Institutionen wirken, sagte der Leiter der NÖ-Kulturabteilung nichts.

## Der Golfclub des ÖVP-Klubobmanns

Der Golfclub Föhrenwald südlich von Wiener Neustadt ist eher etwas für Besserverdiener: Golfer müssen zwischen 2500 und 4000 Euro an Einschreibgebühren berappen, dazu kommen noch die Jahresspielgebühren von 1950 Euro.

Der Club mit seinem 18-Loch-Platz, der überdachten Driving Range mitten im Wald sowie den natargeschützten Zieseln, die sich auf den Fairways tummeln, ist ein Freizeittreff für die Upper-Class in der Region Wiener Neustadt. Dass sich einer der schneiknacker Golfer in einen Glücksspielautomatensalon verirrt, ist circa so unwahrscheinlich wie ein Hole-in-one beim Golfen, also das Einlochen mit einem einzigen Schlag.

Trotzdem hat der Glücksspielkonzern Novomatic ausgerechnet den Golfclub Föhrenwald gesponsert. Zufall oder nicht – der Präsident des Golfclubs ist ein einflussreicher Politiker: Klaus Schneeberger, ÖVP-Klubobmann im NÖ-Landtag und Bürgermeister von Wiener Neustadt. Zwischen 2009 und 2019 überwies Novomatic dem Golfclub jährlich 5000 Euro, insgesamt immerhin 55.000 Euro. Gegenleistung laut Schneeberger: Das Novomatic-Logo prangte auf den Golfcaddys des Clubs – und auf der Website. Zusätzlich erhielt der Konzern 16 Greenfees, also Tagesspielpässe.

Ein Zufall: Schneeberger verhandelte in Niederösterreich einst das Spielautomatengesetz, auf dessen Grundlage auch Novomatic eine lukrative Lizenz erhielt.

Schneeberger, einst einer der engsten Vertrauten von Langzeitlandeshauptmann Erwin Pröll, hatte in der Vergangenheit wenig Berührungspunkte zu dem Glücksspielkonzern: Der ÖVP-Klubobmann war 2010 beim 30-



**KLAUS SCHNEEBERGER**  
„Jedem Sponsor dankbar, der Kulturveranstaltungen möglich macht.“



**CHRISTIAN ILLEDITS**  
„Sponsoring mit Novomatic nicht persönlich verhandelt.“

**Laut Novomatic ist der ASV Draßburg einer von zwei bekannten Fußballklubs im Burgenland.**

jährigen Firmenjubiläum in Gumpoldskirchen zu Gast. Und sein Name scheint auch mehrmals in der Sponsoringliste der Novomatic auf. In der Spalte „Auftraggeber“ ist gleich zweimal „Schneeberger“ vermerkt – für ein Kunst- und ein Film-Festival in Wiener Neustadt (Sponsorings 2016/17: insgesamt 11.500 Euro).

Wie sein Name auf diese Liste geriet, konnte sich Bürgermeister Schneeberger nicht erklären. Das Engagement des Konzerns in seiner Stadt begrüßte er: „Ich bin jedem Sponsor dankbar, der Kulturveranstaltungen in Wiener Neustadt möglich macht. Novomatic ist einer von vielen Partnern, die im überschaubaren Bereich Kultur in Wiener Neustadt unterstützen. Als Stadt mit über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern plus einem Einzugsgebiet, das rund 200.000 Personen umfasst, sind wir ja durchaus attraktiv für Sponsorings.“

Auf die Frage, ob er einen Zusammenhang zwischen dem Sponsoring für seinen Golfclub und seinen politischen Aktivitäten im Landtag ausschließen könne, antwortete Schneeberger knapp: „Ja.“

## Der Dorfklub des SPÖ-Klubobmanns

Warum sucht sich ein globaler Glücksspielkonzern wie Novomatic mit seinem Tochterunternehmen Admiral ausgerechnet den Dorfklub ASV Draßburg als Werbeträger aus? Der Ort im burgenländischen Bezirk Mattersburg zählt gerade einmal 1227 Einwohner. Als Admiral begann, den Klub zu sponsern, kickte die ASV-Elf mit ihren blau-weißen Trikots noch in der 2. burgenländischen Liga Mitte – und duellierte sich dort mit Vereinen wie dem SV Edelputz oder dem SC Unterfrauenhaid.

Der prominenteste Akteur des ASV Draßburg spielte damals nicht auf dem Rasen – sondern saß auf der VIP-Tribüne. Sein Name: Christian Illedits, seit 2007 Präsident des ASV. Illedits war zu jener Zeit auch Bürgermeister von Draßburg, Bezirksvorsitzender der SPÖ Mattersburg, Vorsitzender des Sportverbands ASKÖ Burgenland und Klubobmann der SPÖ im burgenländischen Landtag.

Multifunktionsär Illedits erwies sich als Glücksbringer für den Klub. Just im selben Jahr, als er Präsident wurde, stieg auch die Novomatic als Sponsor ein. Über seinen Anwalt legte Illedits nun erstmals die Höhe der Werbepartnerschaft offen: „Die jährlichen Sponsoringbeträge waren stets erfolgsabhängig und lagen zwischen EUR 5.000,- und maximal EUR 30.000,- pro Saison.“

Die schiefe Optik entsteht, weil Illedits als SPÖ-Klubobmann im Jahr 2011 maßgeblich in die Verhandlungen jenes Gesetzes involviert war, mit dem das Automaten-glücksspiel im Burgenland legalisiert wurde – die Novomatic-Tochter Admiral bewarb sich in der Folge erfolgreich um eine der Lizenzen.

Einen Zusammenhang zwischen dem Sponsoring für Illedits' Klub und seinem politischen Einsatz fürs kleine Glücksspiel könne „definitiv ausgeschlossen werden“, hielt sein Anwalt fest. Denn Illedits habe den Sponsoringvertrag mit Novomatic „nicht persönlich verhandelt“, er sei im ASV Draßburg operativ gar nicht tätig und wirke bloß als „Galionsfigur“. Darüber hinaus sei Illedits politisch nie für die Vergabe der Glücksspiellizenzen zuständig gewesen – bloß für die Gesetzesverhandlungen. Die Sache war auch Gegenstand einer anonymen Anzeige gegen Illedits, die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsan-



**EINGELOCHT**  
Schneebergers Golfclub erhielt von Novomatic zwischen 2009 und 2019 insgesamt rund 50.000 Euro an Sponsorings.

waltschaft konnte aber keinen ausreichenden Anfangsverdacht feststellen.

Die Novomatic erklärte zum werblichen Engagement beim ASV Draßburg befragt: „Es gibt im Burgenland zwei bekannte Fußballvereine, von denen einer der ASV Draßburg ist. Aus diesem Grund war und ist dieser Verein für ein Sponsoring mit der im Sportwettbewerb bekannten Marke ADMIRAL wesentlich.“ Einen Zusammenhang zwischen den Zahlungen an den Verein des früheren SPÖ-Klubobmannes und der Glücksspiellizenz für die Novomatic-Tochter im Burgenland wies der Konzern „aufs Schärfste zurück“.

## Zwei schwarze Thinktanks

Wie bereits ausgeführt, subventionierte Novomatic jahrelang das von Wolfgang Sobotka präsierte Alois Mock Institut, eine niederösterreichische Denkwerkstatt. Zwischen 2013 und 2019 kamen so mehr als 100.000 Euro zusammen. Über Novo-Inserate in der vereinseigenen Zeitschrift, mehr noch durch Kostenübernahmen rund um die Ausrichtung von Events.

Daneben ging allerdings auch (deutlich weniger) Geld an die Julius Raab Stiftung, einen weiteren schwarzen Thinktank. Gegründet 1991 im Gedenken an „Staatsvertragskanzler“ Raab, einer der Stifter war damals der frühere ÖVP-Nationalratspräsident Andreas Khol. Für 2016 und 2017 verbuchte Novomatic Zahlungen an die Raab Stiftung von insgesamt 3000 Euro – unter dem Titel: „Novomatic Forum/Julius Raab Stiftung Podiumsdiskussion“. Der Geschäftsführer der Stiftung Christoph Robinson bestätigte die Summe auf Anfrage: „Es gab eine Kooperationsvereinbarung mit der Novomatic für das Projekt ‚Unfuck the Economy‘, welche 2016 abgeschlossen wurde.“ Die Kooperation habe die Erstellung einer Studie sowie Veranstaltungen umfasst, wofür Novomatic „Logopräsenz in den Publikationen bzw. in den Drucksorten, bei Veranstaltungen bzw. den Videos dazu sowie auf der Website der Julius Raab Stiftung“ erhalten habe. Dieses Projekt wäre, wie andere auch, „ohne die Unterstützung von Kooperationspartnern in dieser Form nicht umzusetzen“ gewesen.

## Der Ex-Innenminister als „Auftraggeber“

Ein Fußballklub, ein Politiker als Ehrenpräsident und eine Novomatic-Tochter als Sponsor – das gibt es nicht nur im Burgenland. Auch der FC Purkersdorf (Bezirk St. Pölten Land) ist einer jener Amateur-Vereine, die sich über ein Sponsoring von der Novomatic-Tochter Admiral freuen durften. Wobei die Summe eher bescheiden war. 2500 Euro erhielt der Klub im Jahr 2017 von dem Glücksspielkonzern, das war allerdings nicht die einzige Zuwendung. Zu verdanken hat das der FC Purkersdorf dem ehemaligen SPÖ-Innenminister Karl Schlögl, der bis 2018 Bürgermeister von Purkersdorf war und bis heute Ehrenpräsident des FC ist. Er habe „ein offizielles Ansuchen an Novomatic gestellt“, wie er den an der Recherche beteiligten Medien am Telefon sagte. Das ist wohl auch der Grund, warum in der Novomatic-internen Sponsoringliste in der Spalte „Auftraggeber“ der Name „Karl Schlögl“ (sic!) vermerkt ist. Schlögl hat gute Kontakte zur Novomatic, bis 2011 saß er – wie viele andere Politiker

## Die ÖVP-nahe Julius Raab Stiftung erhielt 3000 Euro – für das Projekt „Unfuck the economy“

auch – im Aufsichtsrat des Konzerns. Schlögl zum Sponsoring für den FC: „Wir haben einige Jahre ein Sponsoring bekommen. Da geht es um einen überschaubaren Betrag. Und da ist ja auch eine Gegenleistung da: Bandenwerbung am Platz des FC Purkersdorf und eine Flugblätterwähnung – bei uns im Ort gibt es ein Admiral-Wettbüro.“ Nach 2017 habe es keine Unterstützung mehr von Novomatic gegeben.

## Novomatic und das rote Wien

28.500 Euro – das ist jener Betrag, den die gemeinnützige Wiener Organisation „Verein Puls zur Bekämpfung des plötzlichen Herztodes“ im Zeitraum 2016 bis 2018 von Novomatic bekam, darunter 8000 Euro für zwei „Charity Punsch“-Events und 17.500 Euro für zwei „Admiral Darts Charitys“.

Präsident des Vereins ist Harry Kopietz, ein Urgestein der Wiener SPÖ. Seit 1984 sitzt er für die SPÖ im Wiener Landtag, zwischen 2008 und 2018 war er auch dessen Präsident. Der Verein Puls definiert sich als überparteiliche Plattform, die es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, ein flächendeckendes Netz an öffentlich zugänglichen Defibrillatoren aufzubauen. Um das zu erreichen, greift man auf Sponsoren zurück. Auf der Website werden ein Dutzend davon angeführt, Novomatic ist einer davon. Auf Anfrage erklärte Kopietz, dass der Konzern 2019 und 2020 keine Zahlungen mehr an den Verein geleistet habe.

Stärker noch war das Engagement von Novomatic im Kulturbereich der SPÖ-regierten Hauptstadt. Laut der Liste sponserte der Konzern das Wiener „Wir sind Wien“-Festival allein zwischen 2016 zu 2018 mit insgesamt rund 85.000 Euro. Veranstalter ist die stadtteigene Kulturinstitution Basis.Kultur.Wien. Tatsächlich subventionierte Novomatic den Event sogar länger: „Das Festival wurde von 2009 bis 2019 (ausgenommen 2015) unterstützt“, schreibt Geschäftsführerin Monika Erb auf Anfrage. Durchschnittlich seien es 20.000 bis 30.000 Euro pro Festival und Jahr gewesen. Laut Erb war Novomatic ein Sponsor unter vielen. Die Geschäftsführerin verweist zudem auf „Sponsorverträge, die die Leistungen der Partner sehr genau definiert haben“.

Wer in Wien bei großen Events dabei sein will, kommt am Echo Medienhaus nur schwer vorbei. Das Unternehmen stand bis 2013 im Einflussbereich der SPÖ, mittlerweile wird es von Unternehmern rund um den Medien-



**KARL SCHLÖGL**  
„Wir haben einige Jahre ein Sponsoring bekommen.“



**EVENTS**  
Novomatic sponserte in Wien auch Veranstaltungen mit Bezug zur SPÖ, darunter das „Maifest“.

profi Christian Pöttler kontrolliert. Nach der Entflechtung blieb das rote Wien aber als einer der Auftraggeber erhalten. Und auch Novomatic war nicht weit.

Für das von Echo organisierte Wiener „Maifest“ (die große SPÖ-Sause im Anschluss an die Maiaufmärsche) ließ der Konzern zwischen 2016 und 2018 insgesamt rund 45.000 Euro Sponsorbeitrag springen, für weitere Echo-Projekte wie „Christmas in Vienna“, „Eine Stadt Ein Buch“ und „Österreichischer Vorlesetag“ insgesamt rund 50.000 Euro. „Diese öffentlichen Veranstaltungen wären ohne Sponsoren völlig undenkbar“, sagt Christian Pöttler. „Novomatic war einer unter anderen. Zu dieser Zeit war das Unternehmen allerdings einer der wichtigsten Förderer des Kulturbereichs. Das sollte man in der Nachbetrachtung nicht vergessen.“



**UMARMT**  
Der frühere Novomatic-CEO Harald Neumann (li.) mit Harry Kopietz (Mitte) bei einer „Darts Charity“ 2017 (mit Darts-Profi Michael van Gerwen)

## Austria Wien: Die rot-schwarz-bunten Violetten

700.000 Euro sind kein Pappenstiel – auch nicht für einen Fußballverein wie die Wiener Austria. Der Novomatic-Sponsoringliste zufolge erhielten die Veilchen aus Wien-Favoriten diese Summe allein für die Jahre 2016 und 2017. Im Jahr 2018 kam noch einmal ein sechsstelliger Betrag dazu. Die Austria wollte auf Anfrage keine Angabe zur Höhe des erhaltenen Sponsorings machen, betonte jedoch, dass den Beträgen „ein entsprechender, objektiv erhobener und bewerteter Werbewert“ gegenüberstehe. Bei Novomatic bezeichnet man die „mehrjährige Kooperation“ als „international marktüblich“ und verweist ebenfalls auf „zahlreiche Gegenleistungen“. Nun ist Fußball-Sponsoring für einen Glücksspielkonzern, der auch Sportwetten anbietet, per se nicht ungewöhnlich. Auffallend scheint jedoch, dass es sich um das einzige Bundesliga-Sponsoring handelt, das in der vorliegenden Liste auf Ebene der Mutterfirma Novomatic AG vermerkt ist. Dem Grunde nach läuft das Sportsponsoring beim Teilkonzern Admiral zusammen. Dieser sponsert unter anderem das österreichische Frauen-Fußballnationalteam und mehrere Bundesligavereine, die Austria ist einer davon.

Austria-Präsident war jahrelang der mächtige SPÖ-Gewerkschafter Wolfgang Katzian. Als Vorsitzender des Kuratoriums fungiert bis heute der Wiener Altbürgermeister Michael Häupl, der burgenländische Ex-Landeshauptmann Hans Niessl ist einer seiner Stellvertreter. Dennoch handelt es sich bei den Violetten um keine rein rote Veranstaltung. So sitzt etwa der frühere ÖVP-Chef Josef Pröll seit 2012 im Aufsichtsrat der FK Austria Wien AG – mittlerweile ist er auch Vizepräsident des Vereins. Überhaupt hat man am Verteilerkreis in Favoriten politisch zuletzt stark diversifiziert: Dem Austria-Verwaltungsrat gehören nunmehr nicht nur der aktuelle ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior, sondern auch der frühere Bundespartei sekretär der Grünen und Wahlkampfleiter von Alexander Van der Bellen, Lothar Lockl, an – genauso wie der blaue Ex-Finanzstaatssekretär und nunmehrige Nationalratsabgeordnete Hubert Fuchs. Wer heutzutage den Violetten Geld gibt, bereitet nicht nur Roten eine Freude.

**HERZENSSACHE**  
Der Wiener Verein „Puls“ erhielt von Novomatic rund 26.000 Euro in drei Jahren. Präsident ist der SPÖ-Politiker Harry Kopietz.

Verein Puls  
28.500 €



## Karlheinz Kopf: Spende zum 60er

In der Sponsoringliste von Novomatic findet sich unter anderem auch folgender Eintrag: „Spende 2. Nationalratspräsident Karlheinz Kopf“, in der Spalte daneben steht „Lebenshilfe Vorarlberg“. Zugeordnet ist ein Geldbetrag von 300 Euro für das Jahr 2017. Der Vorarlberger Kopf, der damals tatsächlich dieses hohe Amt bekleidete, bis heute für die Volkspartei im Nationalrat sitzt und Generalsekretär der Wirtschaftskammer ist, lässt über einen Sprecher die Hintergründe erläutern: Demnach lud 2017 der ÖVP-Parlamentsklub zu einer 60er-Feier Kopfs in den Budgetsaal des Parlaments. Unter dem Motto „Weil Hilfe das schönste Geschenk ist“, hieß es in der Einladungskarte: „Wenn Sie dem Jubilar eine Freude machen wollen, so tun Sie das bitte mit einer Spende an die Lebenshilfe Vorarlberg für die Renovierung ihrer Gründungswerkstätte in Götzis“, wo auch ein Verwandter Kopfs betreut wurde.

Diese Freude wollte der Glücksspielkonzern dem 2. Nationalratspräsidenten offenbar nicht versagen. Novomatic hält dazu fest, dass die Spende „mit Sicherheit nicht Herrn Karlheinz Kopf zugekommen“ sei, sondern der Lebenshilfe, die man „in vielen Bundesländern“ unterstütze. Angesichts dessen ist freilich der konkrete Verweis auf Kopf in der Spendenliste bemerkenswert. Möglicherweise wollte man ja nicht durcheinanderkommen.

## Markus Tschank: Der blaue Vereins-Experte

Kaum war die FPÖ in der Regierung, schon schaffte es ein Verein des blauen Rechtsanwalts und damaligen Nationalratsabgeordneten Markus Tschank auf die Sponsoringliste von Novomatic: 100.000 Euro für das Jahr 2018 sind darin für das „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) vermerkt. Dabei handelte es sich um eine erste Teilzahlung an den Tschank-Verein. Insgesamt flossen 2018 und 2019 – inklusive Steuern – 240.000 Euro. Der Vertrag wurde offenbar während den damaligen Regierungsverhandlungen angebahnt. Novomatic behauptet, dass es sich um ein – an eine adäquate Gegenleistung gekoppeltes – Sponsoring gehandelt habe. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hegt hingegen im Rahmen der Ermittlung zur Causa Casinos den Verdacht, dass ein Scheinvertrag erstellt wurde und über das ISP verdeckte Zahlungen laufen sollten. Der Verdacht lautet auf Bestechung in Richtung Heinz-Christian Strache – alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe.



**JOHANNA MIKL-LEITNER**  
Das Land empfiehlt – Sponsoren sponsorn.

„NÖ SPONSORING“  
Novomatic förderte Kunst und Kultur in Niederösterreich.  
Darunter auch die Ignaz Pleyel Gesellschaft – deren Ehrenpräsidenten Johanna Mikl-Leitner und Erwin Pröll heißen.

## Gerhard Hrebicek: Der Mann für die Marke

Der Wert der Marke Novomatic entwickelte sich in den vergangenen Jahren fulminant. Das „European Brand Institute“ (EBI) adelte den Glücksspielkonzern bereits im Juli 2017 in einer Presseaussendung als „wachstumsstärkstes Markenunternehmen Österreichs“. Ein Jahr später war die Novomatic Group erneut „Wachstumskaiser“. Und im Juli 2020 verkündete das EBI gar, dass den Gumpoldskirchnern der Sprung auf Rang zwei der wertvollsten Marken Österreichs gelungen war (hinter Red Bull). Offenbar konnten weder der Ibiza-Skandal noch die Casinos-Ermittlungen den Erfolgslauf der Marke „Novomatic“ stoppen: „Europas größter Hightech Gaming-Technologiekonzern NOVOMATIC besticht mit kontinuierlichem Markenwertwachstum, einzigartiger Innovationskraft mit 4.700 registrierten IP-Schutzrechten und rückt erstmals auf Platz 2 vor“, hieß es in einer Aussendung des EBI, dessen Präsident Gerhard Hrebicek auch als Autor der Markenstudie genannt wurde. Nun taucht Hrebicek mehrfach in der vorliegenden Sponsoringliste von Novomatic auf: Von 2016 bis 2018 kamen Unternehmen beziehungsweise Organisationen in seinem Nahebereich demnach zu Begünstigungen im sechsstelligen Euro-Bereich. Dabei dürfte es sich unter anderem um Veranstaltungssponsorings gehandelt haben. Zusätzlich bemerkenswert scheint, dass – laut Liste – auch der Rotary Club Klosterneuburg, dem Hrebicek in führender Funktion angehörte, in den Genuss eines Veranstaltungssponsorings im noblen Novomatic-Forum gekommen sein dürfte. „Dr. Hrebicek war 2016/2017 Präsident eines lokalen Rotary-Clubs und hat ein für alle Rotary-Clubs zugängliches Zukunftsforum gegründet, welches im Novomatic-Forum stattfand“, teilte Hrebiceks Anwalt Gerald Ganzger auf Anfrage mit. Geldsummen aus der Liste, mit denen profil Hrebicek konfrontiert hatte, bezeichnete der Anwalt als „nicht richtig und nicht nachvollziehbar“. Sollte ein Teil durch Novomatic-interne Verrechnung – etwa von Veranstaltungskosten im Forum – erfolgt sein, verwundert das nicht. Positiv für Hrebicek wäre es dennoch gewesen. Anwalt Ganzger bestätigt jedenfalls, dass die Novomatic AG zu den „Unterstützern und Förderern“ rund um die Markenwertstudien des EBI gehöre. Dies sei auch öffentlich bekannt. Die jährliche Studie werde „nach internationalen Standards völlig unabhängig“ erstellt: „Es gab keine wie immer geartete Einflussnahme der Unterstützer und Sponsoren, auch nicht der Novomatic AG, auf das Ergebnis der Markenwertstudie.“ Novomatic zufolge kooperierte man auch abseits der Markenstudie im Veranstaltungsbereich mit einem früheren Hrebicek-Unternehmen. Eine Beeinflussung bestreitet man: „Ein erfolgreiches Unternehmen wie NOVOMATIC hat es nicht nötig, sich seinen Markenwert ‚zu erkaufen‘.“

## Und nun: Anzeige

Am Donnerstag hatte man bei Novomatic noch behauptet, diese Liste gar nicht zu besitzen. Tags darauf war sie dann doch gefunden. Und der Firmenanwalt kündigte noch vor Redaktionsschluss eine Strafanzeige wegen der „rechtswidrigen Weitergabe von vertraulichen und sensiblen Unternehmensinformationen“ an. ■

„OÖN“, 01.03.2021

# Novomatic bringt vielen Glück: Lange Spendenliste

Die meisten Zuwendungen in Niederösterreich – Causa Tojner: Brandstetter lehnt Rücktritt weiter ab

WIEN. Novomatic hat in den vergangenen Jahren reges Sponsoring auch im politiknahen Bereich betrieben. Dieser Eindruck wird durch eine von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bei einem Konzernmitarbeiter gefundene Spendenliste erhärtet. 1,7 Millionen Euro wurden so verteilt. Novomatic hat bereits vor deren Veröffentlichung durch „profil“, ORF und „Standard“ Anzeige gegen unbekannt wegen „rechtswidriger Informationsweitergabe“ erstattet.

Als größten Profiteur weist die Liste den verstorbenen Unternehmer Niki Lauda aus. Größere Summen soll es für den Fußballverein Austria Wien gegeben haben. Die Klubs ASV Draßburg (Burgenland,

5000 bis 30.000 Euro pro Jahr) und FC Purkersdorf (NÖ, 2500 Euro) mit den Ex-SP-Politikern Christian Illiedits und Karl Schlögl im Präsidium erhielten über Jahre Geld. Auch im roten Wien gab es Zuwendungen für Vereine bis hin zum 1.-Mai-Fest, für das es über drei Jahre gesamt 45.000 Euro gab.

Zentrum des Novomatic-Sponsorings war Niederösterreich. Neben den schon bekannten 100.000 Euro für das Alois-Mock-Institut (Präsident: Wolfgang Sobotka, VP) scheint etwa der Golfclub Föhrenwald (Präsident: VP-NÖ-Klubchef Klaus Schneeberger, 5000 Euro pro Jahr) auf. Geld gab es in Niederösterreich auch für den VP-Wirtschaftsbund (10.000 Euro) und für



Golfclub-Präsident Schneeberger (Gepa)

den SP-Wirtschaftsverband (7000 Euro). Novomatic wies in all diesen Fällen Hintergedanken etwa im Zusammenhang mit Glücksspiel-lizenzen „aufs Schärfste zurück“.

Neue Details gab es auch in der Causa um Ex-Justizminister und Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter (VP). Der VfGH sei ei-

nem Amtshilfe-Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien gefolgt, er habe deshalb Brandstetters Diensthandy übergeben, sagte VfGH-Präsident Christoph Grabenwarter. Brandstetter lehnt einen Rücktritt als Höchststrich weiter ab („Könnte als Schuldeingeständnis missverstanden werden“).

Die Justiz hegt den Verdacht, dass Brandstetter seinem Freund und ehemaligen Mandanten, dem Investor Michael Tojner, als Minister eine Hausdurchsuchung wegen eines Immobiliendeals verraten habe. In dieser Causa wird auch gegen den vorläufig suspendierten Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek ermittelt. Es gilt die Unschuldsvermutung.

**FALL 1: VERRATENE HAUSDURCHSUCHUNG**



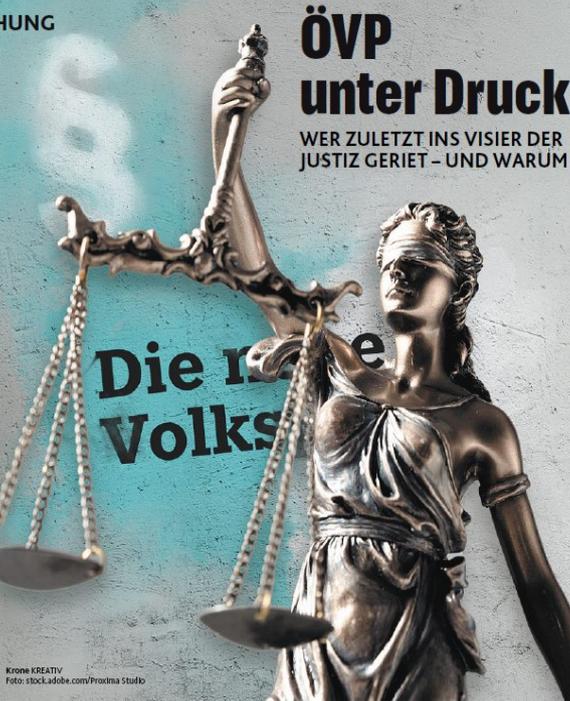
**WOLFGANG BRANDSTETTER**  
EX-JUSTIZMINISTER

Es war der vorerst letzte von vielen Justiz-Knalleffekten der vergangenen Wochen, in denen man fast den Überblick verlieren konnte: Die Staatsanwaltschaft nahm Verfassungsrichter und Ex-ÖVP-Justizminister Brandstetter den Laptop ab, nachdem sie ins Höchstgericht geplatzt war. Brandstetter steht unter Verdacht des Amtsmissbrauchs, der Grund dafür: Er soll eine nahe Hausdurchsuchung an einen Freund, Investor Michael Tojner, verraten haben. Er bestreitet das und bleibt weiterhin Höchstrichter.



**CHRISTIAN PILNACEK**  
JUSTIZ-SEKTIONSCHEF

Geht es nach der Staatsanwaltschaft, soll auch der mächtige Justizbeamte Christian Pilnacek in die zwei Jahre nach Brandstetters Regierungs-Abschied ausgeplauderte Hausdurchsuchung involviert sein. Der Sektionschef im Justizministerium, von Kritikern über viele Jahre als ÖVP-nah und Schattenminister bezeichnet, wurde aufgrund der Vorwürfe gegen ihn bereits suspendiert. Dieser Schritt wird nun von der Bundesdisziplinarbehörde überprüft, das darf maximal einen Monat dauern.



**ÖVP unter Druck**

WER ZULETZT INS VISIER DER JUSTIZ GERIET – UND WARUM

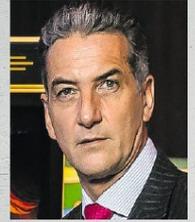
Die rechte Volks

**FALL 2: HEIKLES SPENDENANGEBOT**



**GERNOT BLÜMEL**  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Sie war der Auslöser des tobenden Justizstreits: die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft glaubt, dass die Nummer zwei der Türken im Wahljahr 2017 eine vages Novomatic-Spendenangebot mit gewünschter Gegenleistung – der Hilfe bei einem Steuerproblem in Italien – an die Regierung weitervermittelt hat. Diese Woche waren die Ermittler auch im Finanzressort. Blümel, bereits einvernommen, bestreitet die Vorwürfe vehement, zudem seien keine Spenden geflossen.



**HARALD NEUMANN**  
EX-GESCHÄFTSFÜHRER DES NOVOMATIC-KONZERNS

Der Ex-Geschäftsführer des Glücksspielkonzerns Novomatic ist im Grunde genommen der Ausgangspunkt der Justizprobleme Blümels und der ÖVP: 2017 schrieb er, der auch als „Beschuldigter“ geführt wird, Blümel eine Nachricht, in der er um einen Termin bei Sebastian Kurz bat – und zwar „1. wegen einer Sache und 2. wegen eines Problems, das wir in Italien haben“. Dem Konzern drohte dort damals nämlich eine Steuernachzahlung, daher suchte man Hilfe in der Politik.

◀ Via U-Ausschuss kam in Umlauf, wen die Novomatic aller

**Spendenliste sorgt**

Novomatic zahlt viele: Mehrere Medien berichteten über eine nun aufgetauchte Spendenliste des niederösterreichischen Glücksspielkonzerns. Darauf tauchen auch etliche Profiteure der Zuwendungen auf, die der Politik ausgesprochen nahe stehen. Dass es irgendwann politische Gegenleistungen dafür gab, wird bestritten.

Im Ibiza-Video sagte Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) einst den mittlerweile fast legendären Satz: „Novomatic zahlt alle (...)“ Wie breit der Glücksspielkonzern seine Zuwendungen streut, ist nun wieder einmal Gegenstand einer

Debatte – ausgelöst von einer angeblichen Spendenliste, über die „Standard“ und andere Medien berichteten. Die Liste stammt aus Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft rund um den niederösterreichischen Konzern, sie schlug

mittlerweile im Ibiza-U-Ausschuss auf.

Insgesamt geht es laut den Berichten für die Jahre 2016 bis 2019 um rund 18 Millionen Euro; und neben politisch harmlosen Erkenntnissen wie Sponsorings für Niki Lauda finden sich dort auch Zuwendungen an Vereine, Veranstalter, die im Nahbereich der Politik stehen. So etwa der burgenländische Fußballklub ASV Draßburg, für den die Novomatic jährlich bis zu 30.000 Euro lo-

„sponsert“ ▶ Nähe zu ÖVP und SPÖ

**für viel Wirbel**

ckergemacht haben soll. Brisant: Präsident des Klubs ist Christian Illedits, einst SPÖ-Klubchef im Landtag und damit auch für Glücksspiel-Gesetzgebung zuständig. Auch gesponsert wurden Veranstaltungen im Umfeld der Wiener SPÖ. Vor allem aber blieb das Geld des Konzerns in Niederösterreich: So kam auch der Golfklub des Wiener Neustädter Bürgermeisters Klaus Schneeberger (ÖVP) – ebenfalls Klubobmann im Landtag –

in den Genuss der finanziellen Güte des Glücksspielkonzerns. Auch für ein Filmfestival in Wiener Neustadt flossen einige Tausend Euro. Zudem gab es Zuwendungen an den niederösterreichischen ÖVP-Wirtschaftsbund und den SPÖ-Wirtschaftsverband. Allerorten wird bestritten, dass es politische Gegenleistungen gegeben hat, Novomatic kündigte überdies eine Anzeige wegen „rechtswidriger Informationsweitergabe“ an.



Ex-Kanzler Gusenbauer

Causa Gernot Blümel

**Gusenbauer „nicht tätig“**

Hat Altkanzler Alfred Gusenbauer 2017 in Italien für Novomatic lobbyiert? Nein, sagt der SPÖ-Mann: Gusenbauer habe von den dortigen Steuerproblemen, bei denen der Glücksspielkonzern eben auch Gernot Blümel um Hilfe gebeten hatte, zwar gewusst – sei aber in Italien in dieser Causa aber „nicht tätig“ geworden, behauptet er. „Beratern“ habe er den Konzern in anderen Ländern.



WERNER PÖCHINGER  
**Oberösterreich**  
**Inoffiziell**

# Glücksspiel-Vergangenheit holt Minister Anschöber ein

- Als Landesrat in OÖ hat er illegale Praktiken aufgezeigt
- Nun gibt's Verschärfungen

Wenn einen die Vergangenheit einholt, ist das selten was Positives. Anders im Fall des grünen Ministers **Rudolf Anschöber**, dem die Regierungs-beteiligung im Bund nun einen späten Erfolg verschaffte. Denn in seiner Zeit als Landesrat, damals noch als „Rudi“, war er in Oberösterreich vor allem 2018 und 2019 intensiv mit den Auswüchsen der Glücksspielbranche befasst – aber nicht so, wie es sich unser Karikaturist ausmalt...

Es ging Anschöber darum, auch mit dem Input von geschäftstüchtigen, aber in der Legalität bleibenden Insidern aus der Szene der Spielautomaten-aufsteller, illegale

Praktiken (verbotene Automaten, kein Spielerschutz) und die Schwäche der gesetzlichen Maßnahmen dagegen aufzuzeigen. Auf Bundesebene blieben die Bemühungen aber – obwohl auch vom damaligen FPÖ-Landesrat **Elmar Podgorschek** mitgetragen – am seinerzeitigen Finanzstaatssekretär **Hubert Fuchs**, ebenfalls von der FPÖ, hängen.

Dieser Tage jedoch haben sich ÖVP und Grüne in der Bundesregierung auf ein Glücksspielpaket geeinigt. „Es bringt Maßnahmen für mehr Spielerschutz und stärkt die Behörden im Kampf gegen das illegale Glücksspiel“, freut sich Minister Anschöber nun.



## ÜBERBLICK

### **Novomatic I**

Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) hat Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Steuerproblem der Novomatic in Italien dementiert. „Ich bin in Italien in dieser Causa nicht tätig geworden“, sagte Gusenbauer am Freitagabend. Laut Vermerk der WKStA hatten Novomatic-Vertreter auch Gusenbauer in der Sache kontaktiert.

### **Novomatic II**

Die Novomatic hat bei ihren Sponsorings ein breites Feld beackert, das geht aus einer Spendenliste des Konzerns hervor, die nun teils an die Öffentlichkeit gelangte: Das meiste Geld floss demnach an den mittlerweile verstorbenen Niki Lauda, größere Summen erhielt auch der Fußballverein Austria Wien, kleinere Gaben wurden demnach von Vereinen und Veranstaltungen im ÖVP- oder SPÖ-Umfeld lukriert.

„www.noen.at“, 28.02.2021

## **FORDERUNG DER GRÜNEN**

# **Land NÖ soll Verbindungen zu Novomatic offenlegen**

Die niederösterreichischen Grünen haben am Sonntag die Offenlegung aller Verbindungen des Landes zu Novomatic gefordert.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) solle alle Einnahmen durch Inserate, Sponsoringverträge, Zuwendungen und Kooperationen öffentlich machen, betonte Landessprecherin Helga Krismer in einer Aussendung. Sie habe eine entsprechende Anfrage an Mikl-Leitner gestellt, die zeigen soll, wie stark das Land Niederösterreich mit Novomatic zusammenarbeitet.

Konkret geht es den Grünen um alle Verbindungen zwischen dem Land bzw. Landesgesellschaften und der Novomatic AG sowie ihren Töchtern seit 2006, also seit der Legalisierung des Automatenglücksspiels in Niederösterreich. "Viele Bürger wollen kein Naheverhältnis mit Novomatic im öffentlichen Bereich des Landes wissen", sagte Krismer. Auch NEOS-Landessprecherin Indra Collini hatte zuvor bereits mehr Transparenz bei den Finanzen von Parteien, Vereinen aus dem politischen Umfeld und Vorfeldorganisationen gefordert.

„Tiroler Tageszeitung“, 28.02.2021

# Novomatic-Spenden: Ein breites Spektrum an Empfängern

„Die Novomatic zahlt alle“, sagte Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video. Stück für Stück zeigt sich, was genau der Ex-FPÖ-Chef damit gemeint haben könnte.

## Wien, Gumpoldskirchen–

Die Novomatic hat bei ihren Sponsorings ein breites Feld beackert, das teils auch mit Politbezug. Das geht aus einer Spendenliste des Glücksspielkonzerns hervor, die von *profil*, *ZiB2* und *Standard* in Teilen veröffentlicht wurde. Das meiste Geld floss an den mittlerweile verstorbenen Unternehmer Niki Lauda, größere Summen auch an den Fußball-Verein Austria Wien, aber kleinere Gaben wurden demnach von Vereinen und Veranstaltungen im VP- oder SP-Umfeld lukriert.

Die Liste war laut *profil* von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft im elektronischen Postfach eines Novomatic-Mitarbeiters gefunden worden und liegt dem gerade laufenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss vor. Sie hatte schon im Vorfeld der Veröffentlichung für Aufsehen gesorgt, ging doch die Novomatic mit den Anfragen der Medien an die Öffentlichkeit und kündigte eine Anzeige gegen unbekannt wegen „rechtswidriger Informa-



Die Zentrale des Glücksspielkonzerns Novomatic in Gumpoldskirchen/Niederösterreich. Foto: APA/Jäger

tionsweitergabe“ an die Journalisten an.

Die Liste selbst zeigt dann eben diverse Sponsorings an Vereine, die über gute politische Kontakte verfügen. Dazu zählt der burgenländische Fußballverein ASV Draßburg, dessen Präsident der ehemalige SPÖ-Klubobmann und Landesrat Christian Illedits war, für den zwischen 5000 und 30.000 Euro pro Jahr flossen. Auch der FC Purkersdorf

mit dem ehemaligen Bürgermeister und Innenminister Karl Schlögl (SPÖ) durfte sich über Sponsoring freuen. Gleiches gilt für den Verein „Puls – zur Bekämpfung des plötzlichen Herztodes“, ein Projekt des langjährigen Wiener Landtagspräsidenten Harry Kopietz, sowie für diverse Veranstaltungen im Nahbereich des roten Wien.

Der Hauptfokus des Sponsorings scheint aber

dann doch in Niederösterreich gelegen zu sein. Neben den bereits bekannten Zuwendungen für das „Alois Mock Institut“, das von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) präsidiert wird, profitierte auch der Golfclub Föhrenwald, dessen Präsident der Wiener Neustädter Bürgermeister Klaus Schneeberger ist, der nebenbei als Klubchef der niederösterreichischen

ÖVP dient. Auch für ein Kunst- und ein Filmfestival in Wiener Neustadt ließ die Novomatic ein paar tausend Euro fließen. Das VP-nahe Raab-Institut gehörte ebenso zu den Beschenkten wie der VP-Wirtschaftsbund Niederösterreich und der sozialdemokratische Wirtschaftsverband in dem Bundesland.

Unterdessen hat Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Steuerproblem der Novomatic in Italien dementiert. „Ich bin in Italien in dieser Causa nicht tätig geworden“, erklärte Gusenbauer gegenüber der APA. Es könne sein, dass er E-Mails bekommen habe, und er habe auch von Problemen der Novomatic in Italien gewusst, so der Ex-Politiker. Sein Aufgabenbereich im Glücksspielkonzern sei jedoch Beratung bezogen auf Lateinamerika, Osteuropa und den westlichen Balkan gewesen. Er sei diesbezüglich auch nicht von der Wirtschafts- und Korruptionsanwaltschaft (WKStA) befragt worden. (APA)

„Kleine Zeitung“, 28.02.2021

# Speckgürtel,

Die aktuellen Affären werfen ein Licht auf sehr „besondere“ Verhältnisse: eine Nähe, die Österreich für Korruption anfällig gemacht hat.

Von Claudia Ggler

**W**ie korrupt ist Österreich? Anti-Korruptionsexperte und Ex-Rechnungshofchef Franz Fiedler hält im Interview mit dem ORF fest, „dass wieder einmal offenkundig wurde, dass die Verflechtung und Verfilzung zwischen Politik und Wirtschaft zu eng ist“ und die Korruptionsanfälligkeit dadurch genährt werde.

Insbesondere die ÖVP kontert mit Kritik an der Justiz. Das wiederum empört die ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Irmgard Griss: „Wenn solche Vorwürfe von der Regierungsspitze kommen, haben diese besonderes Gewicht. Das schädigt die Justiz, und das Vertrauen in die Justiz ist für einen Rechtsstaat die Grundvoraussetzung.“

Gestern wurde eine Liste derer, die von der Novomatic Zahlungen erhalten haben, bekannt. Aber erst wenn man nicht mehr auf „Zufallsfunde“ angewiesen ist, ist ein Fortschritt in Sicht.

**Das Verbrechen** suche sich seinen Weg. „Wenn man die Strukturen nicht stärkt, wird der Speckgürtel rund um den Staat

# Sauschädel und SMS

noch fetter werden“, sagt Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokurator, der das verfilzte „Berater- und Interessensnetzwerk“ rund um die Politik seit der Eurofighter-Affäre aufs Korn genommen hat.

Korruptionsexperte Martin Keutner nennt das Kind im „Kurier“ mit Namen: Problematisch werde es immer dort, „wo Entscheidungseliten in Politik und Wirtschaft meinen, sie müssten sich bei Kaffeekränzchen oder Sauschädelessen Dinge ausmauscheln“.

**Ein Problem** sehen Keutner und Peschorn aber auch in der vorzeitigen Veröffentlichung aus Ermittlungsakten, die Verursacher seien nicht die Journalisten, sondern die Anwälte, die



**Peschorn: „Ein Speckgürtel um den Staat“**



**Fiedler: „Die Verfilzung ist zu eng“** APA(Z)

Parteieneinsicht haben und Informationen leaken. Das gefährde die Ermittlungen und schade oft auch Dritten.

Kein Tag vergeht ohne neue Details zur Causa Brandstetter-Pilnacek oder zur Novomatic-Affäre rund um Finanzminister Blümel. Die „Presse“ veröffentlichte einen Chatverkehr vom Tag der Hausdurchsuchung bei Investor Michael Tojner. Ex-Mi-

nister Brandstetter, damals dessen Anwalt, schrieb: „Wenn die heute kommen, ganz ruhig bleiben. Rechtsmittel gegen diese HD machen absolut Sinn. (...) Bin per SMS erreichbar! Venceremos!“

**Woher wusste** Brandstetter, dass „heute“ eine Durchsuchung stattfinden soll? „Wusste er nicht“, sagt sein Anwalt Georg Krakow laut „Presse“. „Ersetzen Sie das Wort ‚wenn‘ durch ein ‚falls‘. So war es gemeint.“

Auch Tojners Anwalt hielt ein weiteres Mal fest, dass es keine Information Brandstetters bezüglich der Razzia gegeben habe. Dieser habe lediglich „Empfehlungen über das Verhalten im Falle einer Hausdurchsuchung“ gegeben.

„OÖ Nachrichten“, 27.02.2021

## **Novomatic: Anzeige wegen Sponsoring-Datei**

**WIEN.** Der Glücksspielkonzern Novomatic geht gegen eine Berichterstattung rechtlich vor, die noch gar nicht erschienen ist. Es geht um 13 Fragen zu konkreten Sponsoring-Aktivitäten und Geldflüssen, die „profil“, ORF-ZiB2 und „Der Standard“ in einer Rechercheoperation an den Konzern gerichtet haben. Basis dafür ist eine „Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG und der Novomatic Gaming Industries für 2016 bis 2018“.

Novomatic dementierte jegliche Spendenaktivität Richtung Politik und kündigte am Freitag eine Anzeige gegen Unbekannt wegen „rechtswidriger Weitergabe von sensiblen Unternehmensinformationen“ an.

Denn die betreffende Datei sei bisher nur den Ermittlungsbehörden, also der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), sowie den Fraktionen im Ibiza-Untersuchungsausschuss vorgelegen. Und dort unterliege sie der Verschwiegenheitspflicht.

# „Eine Hausdurchsuchung kann jeden treffen“

**Martin Kreutner.** Der Korruptionsexperte erklärt, warum Mauscheleien zwischen Politik und Wirtschaft weiter ein Problem sind, und welchen Vorteil Politiker im Vergleich zu einfachen Bürgern haben

VON CHRISTIAN BÖHMER

Als Ermittler hat er im Innenministerium korrupte Polizisten verfolgt, als Dekan baute er die Anti-Korruptionsakademie in Laxenburg auf: Mit dem KURIER sprach Martin Kreutner darüber, wie korrupt Österreich ist.

**KURIER:** Herr Kreutner, gegen den Finanzminister und einen Ex-Minister wird ermittelt, der wichtigste Sektionschef im Justizministerium wurde suspendiert. Von außen macht Österreich gerade einen eher seltsamen Eindruck. Täuscht der?

**Martin Kreutner:** Eines vorweg: Was die Verwaltung angeht – von der Polizei über das Gesundheitswesen bis hin zur Justiz und den Gemeinden –, kann Österreich stolz sein: Da hat sich eine positive Kultur etabliert. Um es mit einem Beispiel zu sagen: Wer bei einer Verkehrskontrolle 50 Euro in den Führerschein legt, um den Beamten zu bestechen, bekommt ziemlich sicher Probleme. Dieses Amtsverständnis hat dazu geführt, dass man wirtschaftlich gut dasteht, denn der Wirtschaftstandort profitiert massiv von einer guten Justiz und Verwaltung. In anderen Bereichen sehe ich allerdings noch Aufholbedarf.

**Wo zum Beispiel?**

Generell wird es immer dort problematisch, wo – auch aufgrund der Kleinheit des Landes – Entscheidungseliten in Politik und Wirtschaft meinen, sie müssten sich bei Kaffeekränzchen oder Sauschälchen Dinge ausmatscheln. Die Übergänge sind da fließend. Aber die Nähe, die manche Protagonisten zueinander pflegen, wird im Ausland kritisch gesehen.

Bei der Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft ist der Vorwurf genau anders: Es wird moniert, die Justiz agiere gegenüber der Politik überschießend und ignoriere den Image-Schaden, der etwa bei Ministern entsteht.



Kreutner: Bundesstaatsanwalt sollte nicht aus einer Einzelperson bestehen

FRANK GRUBER

## Zur Person

**Ermittler**  
Martin Kreutner hat Jus und „Policing and Public Order“ studiert, ist Offizier und wechselte nach mehreren Jahren im Ausland 2000 ins Innenministerium. 2001 wurde der gebürtige Tiroler (\*1964) mit dem Aufbau der Anti-Korruptionsstelle im Ministerium beauftragt, die er später auch führte

**2011**  
wurde er Dekan an der Internationalen Anti-Korruptionsakademie in Laxenburg

**2019**  
machte sich Kreutner selbstständig. Seither berät er Organisationen und Staaten in Fragen der Korruptionsbekämpfung

Die Justiz hat den gesetzlichen Auftrag zu ermitteln, ohne „Politiker-Bonus“ aber auch ohne „Politiker-Malus“. Ein Staatsanwalt wacht nicht in der Früh auf und sagt: „Ich verfolge“ jetzt den Herrn Mayer, weil mir das gerade einfällt.“ Ein Staatsanwalt macht sich strafbar, ermittelt er nicht auf klarer gesetzlicher Grundlage. Was den politischen Diskurs betrifft, bräuchte es mehr Gelassenheit und Abgeklärtheit.

**Bei Hausdurchsuchungen?**

Verstehen Sie mich nicht falsch: Eine Hausdurchsuchung ist ein massiver Grundrechtseingriff. Aber diese kann bei entsprechender Verdachtssituation theoretisch jeden Staatsbürger treffen. Und der oder diejenige muss das aushalten, ohne sich – anders als Politiker – medial wehren zu können. Ich plädiere für mehr Vertrau-

en in die Justiz: Zwangsmaßnahmen wie Hausdurchsuchungen werden von Richtern kontrolliert und genehmigt. Und zusätzlich gib's den Instanzenzug. Wenn Maßnahmen widerrechtlich waren, werden sie aufgehoben.

**Betroffene irritiert, dass nicht diskret ermittelt wird ...**

Als ehemaliger Ermittler sage ich Ihnen: Die unmittelbar am Fall arbeitenden Ermittlungsbehörden haben das allergeringste Interesse, dass etwas in die Öffentlichkeit kommt. Alles, was nach außen dringt, macht die Arbeit komplizierter, mehr noch: Mitunter gefährdet es die gesamten Ermittlungen, weil Betroffene vorgewarnt werden. Die sogenannten Leaks kommen in den meisten Fällen von anderen, die Akten-Einsicht haben – nicht von Ermittlern selbst.

**Was halten Sie vom geplanten Bundesstaatsanwalt?**

Viel. Ich fände es gut, ihn als Kollegialorgan anzulegen. Man könnte die Senatspräsidenten von Oberlandesgerichten und Ähnlichem die letzten drei oder fünf Jahre ihrer Karriere ins Gremium entsenden.

**Und was ist mit der parlamentarischen Kontrolle?**

Gegenfrage: Warum soll die Letztverantwortung beim Parlament liegen? Wir haben verfassungsgesetzlich verankerte Gewaltenteilung. Und wir haben Oberste Gerichte, den Verfassungsgerichtshof etc. Sie alle unterliegen nicht der Endkontrolle der Politik. Die Politik ist berufen, Justizpolitik zu machen. Aber wenn das Parlament beginnt, im Nachhinein einzelne Fälle zu bewerten, landen wir im rechtsstaatlichen Mittelalter.

## (Ex-)Politiker im Visier der Justiz

ÖVP und FPÖ am stärksten vertreten

**Ermittlungen.** Die Liste an Politikern und Ex-Politikern, bei denen die Staatsanwaltschaft angeklagt hat, wird immer länger. Die Vorwürfe: Bestechlichkeit, Untreue, Betrug, Verletzung des Amtsgeheimnisses. Der KURIER gibt einen Überblick.

2019 brachte das Ibiza-Video den Stein ins Rollen: Der damalige FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und sein Weggefährte Johann Gudenus wurden wegen möglicher verdeckter Parteispenden angezeigt, später auch der FPÖ-Abgeordnete Markus Tschank, der in einigen FPÖ-nahen Vereinen Funktionen hatte. Die Ermittlungen wurden im Vorjahr eingestellt, gegen Strache wird noch in der Spesenaffäre ermittelt.

Bei zwei weiteren FPÖ-Politikern wurde rund um möglichen Mandatskauf ermittelt: Die ehemalige EU-Abgeordnete Barbara Kappel soll von einem bulgarischen Geschäftsmann Geld angenommen haben, um dieses an ihre Partei weiterzuleiten. Ihr Platz auf der FPÖ-Liste für die EU-Wahl 2019 soll damit verknüpft gewesen sein, lautete der Verdacht.

Ähnlich gelagert ist der Fall Thomas Schellenbacher: Auch für sein Mandat, diesmal im Nationalrat, soll Geld aus der Ukraine geflossen sein. Er soll der FPÖ für sein Mandat zwei Millionen Euro versprochen haben. Schellenbacher taucht auch im Wirecard-Skandal auf: Er soll dem international gesuchten Ex-Wirecard-Chef Jan Marsalek zur Flucht verholfen haben.

Die Ermittlungen in der Ibiza-Causa führten im Sommer 2019 zur Casinos Austria AG. Die Bestellung des Ex-FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo soll mit einem politischen Deal verbunden gewesen sein. In der Causa wird u. a. gegen Ex-ÖVP-Vizekanzler Josef Pröll (2008 bis 2011), der im Casag-Aufsichtsrat sitzt, ermittelt – sowie gegen Ex-ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger (2017 bis 2019). Von beiden wurden auch die Handys sichergestellt. Aus der ehemaligen türkisch-blauen Regierung geriet auch Hubert Fuchs, Ex-FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium (2017 bis 2019), ins Visier.

Im Februar wurde bekannt, dass auch der aktuelle Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) als Beschuldigter geführt wird, diesmal im Zusammenhang mit möglichen Parteispenden der Novomatic.

Seit Donnerstag steht mit dem Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter ein Ex-Justizminister (2013 bis 2017, auf ÖVP-Ticket) auf der Liste (siehe S. 3). Bei ihm geht es um mögliche Verletzung des Amtsgeheimnisses in der Causa Heumarkt/Tojner.

Auch ein SPÖ-Politiker hat Ärger mit der WKStA: Dem mächtigen Wiener Bezirksvorsteher Ernst Nevrivy wird unter anderem Bestechlichkeit und Verletzung des Amtsgeheimnisses vorgeworfen. Er soll Infos zu einem Grundstücksdeal unlaubt weitergegeben haben – und dafür unter anderem VIP-Fußballtickets erhalten haben.

Für alle gilt die Unschuldsvermutung. LIN

# Blümel nach Einvernahme: „Habe alle Fragen beantwortet“

Mehrere Stunden Befragung. WKStA wirft Blümel vor, „Mittelsmann“ für ein „pflichtwidriges“ Ansinnen an Kurz gewesen zu sein

**Causa Novomatic.** Die Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel am 11. Februar hat international für Schlagzeilen gesorgt. Es kommt nicht alle Tage vor, dass bei einem Finanzminister die Privatwohnung durchsucht wird und die Justiz dem Amtsträger das Handy abnimmt.

Diesen Freitag, zwei Wochen nach dieser spektakulären Aktion, hatte Blümel seinen Einvernahmetermin bei der WKStA. Die Einvernahme dauerte mehrere Stunden. Sie begann am Vormittag, am Nachmittag um 15.30 Uhr kam ein Statement des Ministers per Mail.

„Es war gut und wichtig, dass es einen raschen Termin gegeben hat“, so Blümel. „Ich



Finanzminister Gernot Blümel wurde am Freitag mehrere Stunden von der WKStA einvernommen

habe von Beginn an klargestellt, dass ich möglichst schnell und umfassend zur Aufklärung der falschen Vorwürfe beitragen und alle Fragen vollumfänglich beantwortet werde. Genau das habe ich heute gemacht.“

Was wollten die Korruptionsjäger nun genau wissen?

Die Vorwürfe gehen aus der Anordnung zur Hausdurchsuchung an Blümels privater Adresse hervor. Ausgangspunkt ist eine SMS, die der frühere Novomatic-Chef Harald Neumann am 12. Juli 2017 an Blümel sandte. Darin bat er um einen Termin mit dem damaligen Außenminis-

ter Sebastian Kurz noch in derselben Woche, „erstens wegen Spenden und zweitens wegen eines Problems, das wir in Italien haben“. Der Novomatic drohte damals in Italien eine Steuernachzahlung in Höhe von 60 Millionen.

Im Juli 2017 war Blümel nichtamtshührender Stadtrat von Wien. Er hat Neumanns Ansinnen an den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, weitergeleitet.

Die Gesetzeslage ist so, dass eine Amtshandlung, für die Geld in Aussicht gestellt wurde – es muss gar nicht geflossen sein – strafbar ist.

Blümel wird von den Ermittlern als „Mittelsmann“ bezeichnet, um an den dama-

ligen Außenminister ein „pflichtwidriges“ Ansinnen durch Neumann heranzutragen. Wörtlich heißt es in der Anordnung zur Hausdurchsuchung: „Nach der Verdachtslage haben Mag. Neumann und Mag. Blümel das Verbrechen der Bestechung nach Par 307 Abs 1 und 2 begangen.“

**Außenministerium sucht**

Wie der KURIER berichtete, hat die WKStA inzwischen auch im Finanzministerium die Suche nach Unterlagen, Akten, Mailverkehr etc. zur Causa Novomatic/Italien angeordnet.

Am Freitag wurde bekannt, dass die WKStA das Außenministerium um Amts-

hilfe ersucht, Unterlagen, Mails etc. zu dem Fall sicherzustellen und den Ermittlern auszuhändigen. Das Außenamt erklärte, dass „nach eingehender Recherche im Aktenbestand sichergestellt ist, dass es 2017 keine wie immer geartete Hilfeleistung des Außenministeriums oder seiner Vertretungsbehörden in Italien für Novomatic gab“.

Blümel und Kurz haben alle Verdächtigungen, sie hätten unkorrekte Amtshandlungen gesetzt oder gar Geld von der Novomatic genommen, strikt zurückgewiesen. Kurz hat der WKStA einen Brief geschrieben, wonach er aussagen möchte. Er warf ihr „fehlerhafte Fakten“ vor.

IDA METZGER, DANIELA KITTLNER

„Der Standard“, 27.02.2021

# Mitten ins Schwarze

Die ÖVP hat sich stets dessen gerühmt, die Partei der Wirtschaft zu sein. Doch zusehends scheint es so, als sei die Nähe zwischen der Partei und ihren reichen Unterstützern mitunter zu groß. Wegen möglicher Gefallen ermitteln Staatsanwälte gegen drei (ehemalige) Finanzminister, den ehemaligen Justizminister, einen Sektionschef und den Manager der Staatsholding.

ANALYSE:  
Fabian Schmid, Katharina Mittelstaedt



Strafrechtssektionschef Christian Pilnacek (links) wurde am Freitag suspendiert. Am Donnerstag hat die Staatsanwaltschaft Wien beim ehemaligen Justizminister und heutigen Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter (Mitte) einen Laptop sichergestellt. In beiden Fällen geht es um den Verdacht der Verletzung des Amtsgeheimnisses. Investor Michael Tojner (rechts) soll Informationen erhalten haben. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Es sind merkwürdige Zeiten, die dieses Land erlebt. Wer dachte, mit Ibiza-Video samt Regierungsaufklärung hätten vermeintliche Korruptionsskandale hierzulande ihren Höhepunkt erreicht, wurde in den vergangenen Wochen eines Besseren belehrt. Erstmals wurde die Wohnung eines amtierenden Finanzministers durchsucht; erstmals ein Höchstrichter und ehemaliger Justizminister in seinem Büro am Verfassungsgerichtshof (VfGH) von Ermittlern besucht. Von den Maßnahmen betroffen ist politisch nur die ÖVP, die gleichzeitig in Umfragen meilenweit vor den anderen Parteien liegt – und ihre Macht dazu nützt, gegen die Justiz aus allen Rohren zu schießen. Doch die Botenschaft der ÖVP verfährt nicht: Es ist nicht mehr nur die ungeliebte Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die gegen die Türkei ermittelt. Auch die Staatsanwaltschaften (StA) in Wien und Innsbruck haben nun einstige ÖVP-Politiker und einen ÖVP-nahen Beamten im Visier. Seither herrscht Schock im Justizpalast.

## 1. Der Fall Brandstetter

Wolfgang Brandstetter hat eine perfekte Karriere hinter sich. Der 64-jährige Niederösterreicher hat alles erreicht, wovon junge Juristen träumen: Er war Professor für Strafrecht; Verteidiger eines Bundeskanzlers (nämlich von Werner Faymann, SPÖ, in der Inseratenaffäre); die ÖVP nominierte ihn zum Justizminister, schließlich wurde er unter Türkis-Blau an den Verfassungsge-

richtshof entsandt. Vergangene Woche kam die bittere Wende: Der *Trend* berichtete, dass Brandstetter ins Visier der Ermittler geraten war. Eine Hausdurchsuchung beim Milliardär Michael Tojner lieferte Hinweise darauf, dass Brandstetter während und nach seiner Zeit als Justizminister rote Linien überschritten hatte – es gilt die Unschuldsvermutung.

## Alijew-Anwalt

Schon während seiner Amtszeit in den Jahren 2013 bis 2017 hatte es hinter vorgehaltener Hand immer wieder Kritik an Brandstetter gegeben. Er galt als Anwalt, der seine Mandanten mit allen Mitteln unterstützte: Der Diplomat Rakhmat Alijew – der von seinem Schwiegervater, dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew verfolgt wurde – hatte einst seinen offiziellen Wohnsitz an Brandstetters Privatadresse.

Nach dem Rücktritt von ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner wurde Brandstetter sogar noch kurzzeitig Vizkanzler. Drei Monate nach seinem Ausstieg aus der Politik schlug ihn die Regierung Kurz I dann als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes vor. Auch deshalb soll nun eine Cooling-off-Phase kommen, also eine Zwangspause zwischen politischen Funktionen und jenen in unabhängigen Institutionen. Off musste sich Brandstetter am Verfassungsgerichtshof seiner Stimme enthalten, weil über Gesetze verhandelt wurde, die während seiner Amtszeit eingebracht wurden.

Kein Cooling-off gab es auch bei Brandstetters Tätigkeit als Anwalt.

„Einer der Kernbereiche des türkisen Images, der sogenannte neue Stil in der Politik, wird derzeit heftig konterkariert.“

Politikberater Thomas Hofer

Während seiner Zeit am Verfassungsgerichtshof „zogen“ ihn die Rechtsanwälte von Michael Tojner „bei“, wie es in einer Presseausendung hieß. Der Milliardär und der Verfassungsrichter kennen einander schon ewig: Beide wuchsen im niederösterreichischen Haag auf, ihre Eltern waren befreundet.

Der Investor hatte bei Immobilien des sogenannten Stadterweiterungsfonds zugeschlagen – und so das Heumarkt-Areal erworben. Der aus der Ära von Kaiser Franz Joseph stammende Stadterweiterungsfonds sollte einst die prachtvolle Wiener Ringstraße mitfinanzieren und blieb als Relikt aus der Monarchie beim Innenministerium verankert. In den 2000er-Jahren beschloss man, den Fonds aufzulösen und die Immobilien zu versilbern.

Die Einnahmen sollten gespendet werden.

Das Gebaren des Fonds machte Ermittler der WKStA aber damals stutzig, rasch wurde ein Verfahren eingeleitet, das sich fast ein Jahrzehnt lang hinzog und mit Freisprüchen endete. Am Heumarkt gab es jedoch Streit über Flächenumwidmungen – und Spenden von Tojner an den Verein des ehemaligen grünen Planungssprechers Christoph Chorrherr. Auch dazu ermittelt die WKStA, es gilt die Unschuldsvermutung.

## 2. Der Fall Pilnacek

Bei einer Razzia bei Tojner vergangene Woche fanden Ermittler nun Hinweise darauf, dass Brandstetter den Verfahrensstand in der Causa Chorrherr an Tojner weitergeleitet hat. Außerdem soll er später, als Tojners Anwalt, vorab von einer Hausdurchsuchung erfahren haben. Der ehemalige Justizminister stellt das vehement in Abrede; die Staatsanwaltschaft Wien führt in als Beschuldigten und stellte am Donnerstag seinen Laptop sicher.

Hier kommt nun der mächtige Sektionschef Christian Pilnacek ins Spiel. Ab dem Jahr 2010 hatte dieser die Staatsanwaltschaften kontrolliert, bevor ihn Justizministerin Alma Zadic (Grüne) nach heftiger Kritik der Grünen und der Opposition entmachtete und zum Sektionschef für Legistik berief. Zuvor war es über ein Jahrzehnt lang so, dass alle bedeutsamen Verfahren auf Pilnaceks Schreibtisch landeten. Mit den meisten Ministern, die „unter ihm“ dienten, wie ein gängiges Bonmot im Justizpalast lautet, konnte sich Pilnacek gut arrangie-

ren; mit Brandstetter verstand er sich hervorragend.

Nun steht der Verdacht im Raum, dass Pilnacek im Jahr 2019 eine Hausdurchsuchung bei Michael Tojner vorab an Brandstetter verraten hat. Dem Vernehmen nach existiert eine explizite SMS, die das Eintreffen der Ermittler bei Tojner ankündigt und um eine Vorgehensweise „wie besprochen“ bittet. Pilnacek äußert sich zu den Vorwürfen nicht, es gilt die Unschuldsvermutung – am Freitagvormittag wurde er vorläufig suspendiert.

In fast allen politisch aufgeladenen Verfahren wurde Pilnacek von der jeweiligen Opposition kritisiert: Bei der Causa Eurofighter schlug er der WKStA vor, Verfahrensstränge zu „derschlagen“; bei der Causa Casinos empfing er im Ministerium zwei Beschuldigte, um sich deren Beschwerden über die WKStA anzuhören. Justizministerin Zadic empfand das als Affront, sie verbot derartige Treffen prompt.

## 3. Der Fall Schmid

Pilnacek, der für die ÖVP das Justizkapitel bei den Koalitionsverhandlungen mitbetreute, ist gut vernetzt. Er war gerngesehener Gast beim „Sauschädlessen“ der Raiffeisen-Spitze und auf Du und Du mit anderen ÖVP-nahen Spitzenbeamten. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck prüft derzeit, ob Pilnacek in der erwähnten Causa Stadterweiterungsfonds für die ÖVP-nahen Kollegen im Innenministerium interveniert hat; außerdem steht der Verdacht der Falschaussage im Casinos-Verfahren im Raum. So sagte Pilnacek im U-Ausschuss, er habe erst



Öbag-Chef Thomas Schmid (links), Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann (Mitte) und Finanzminister Gernot Blümel werden von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in der Causa Casinos als Beschuldigte geführt.



Focus/APA (3)

nach deren Durchführung von der Hausdurchsuchung beim langjährigen ÖVP-Kabinettsmitarbeiter und heutigen Öbag-Chef Thomas Schmid erfahren.

Interne Dokumente zeigen jedoch anderes. Schmid war, ebenso wie Tojner, gut auf die Razzia vorbereitet. Als die Ermittler eintrafen, waren fast alle Daten von seinem Smartphone gelöscht.

Nicht bedacht hatte Schmid, der mit Pılınacek freundschaftlich-kollegial verbunden war, dass er ein Backup seines Handys angelegt hatte. Nun sitzen die Ankläger auf über 300.000 Chatnachrichten, die Schmid an andere Spitzenbeamte und ÖVP-Politiker geschickt hatte. Sie zeigen, wie eng die Neuaufstellung der Öbag mit Schmid an der Spitze mit der Neubesetzung des Casinos-Vorstands zusammenhing. Dort unterstützte die Novomatic den FPÖ-Lokalpolitiker und Finanzmanager Peter Sidlo.

#### 4. Der Fall Blümel

Das enge Verhältnis der Novomatic zur Politik sorgt nun auch für juristische Turbulenzen bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Dieser erhielt im Juli 2017 eine SMS vom damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann, in der er um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) bat. Wegen: „1. Spende, 2. eines Problemles, das wir in Italien haben.“ Blümel

„Hätte eine Bitte:  
bräuchte einen  
kurzen Termin bei  
Kurz (erstens wegen  
Spende und  
zweitens bezüglich  
eines Problemles  
(sic!), das wir in  
Italien haben!).“

SMS von Neumann an Blümel

schaltete daraufhin Schmid ein, der zu dieser Zeit Kabinettschef im Finanzministerium war. Am Donnerstag besorgten sich Ermittler nun sämtliche elektronische Akten aus Finanz- und Außenministerium im Bundesrechenzentrum; am Freitag fand außerdem die erste formelle Einvernahme Blümels statt, der die Vorwürfe vehement bestreitet.

Blümels Kabinettschef ist mittlerweile Clemens Niedrist, der früher im Justizministerium mit Pılınacek zu tun hatte. Als die SPÖ im Wahlkampf 2017 Steuerdaten zum ÖVP-Großspender Stefan Pierer präsentierte, richtete Niedrist Schmid aus, Pılınacek werde „ein Auge auf die Sache“ haben. Eng mit Pierer verbunden ist wiederum Tojner: In einem Konsortium wollten die beiden die gemeinnützige B&C-Stif-

tung knacken. Dem Vernehmen nach ein Vorgang, der auch die Ermittler zu interessieren beginnt – plante Türkis-Blau doch eine Novelle des Stiftungsrechte, die Kritiker als „Lex Tojner“ bezeichnet hatten.

Aber was bedeutet das nun alles für die ÖVP? „Die Kanzlerpartei ist seit einigen Wochen permanent in

der Defensiv“, sagt der Politikberater Thomas Hofer. „Auch wenn derzeit niemand weiß, was bei den Ermittlungen herauskommt, werden die schlechten Nachrichten für die Türkisen fast täglich aufgedoppelt.“ So erklären sich für den Politikbeobachter auch

die harten Attacken der ÖVP gegen die Justiz – die Kanzlerpartei bange offenbar um ihren Ruf. „Einer der Kernbereiche des türkisen Images, der sogenannte neue Stil in der Politik, wird derzeit heftig konterkariert“, sagt Hofer. „Und die Art der Reaktion zeigt, dass das tief geht in der ÖVP.“

Die nächsten Wochen werden jedenfalls nicht ruhiger: Im U-Ausschuss geladen ist unter anderem PR-Beraterin Gabi Spiegelfeld, die im Wahlkampf Treffen zwischen Kurz und Unternehmern organisiert hat. Er verlieh ihr dann als Kanzler das Goldene Verdienstkreuz.

Kommentar Seite 48

„Der Standard“, 27.02.2021

## Kuriose Novomatic-Begründung eines Sponsorings

ASV Draßburg, seinerzeit fünftklassig, wäre einer von „zwei bekannten Fußballvereinen im Burgenland“

Wien – „Das Sportsponsoring des ASV Draßburg besteht bereits seit 2007. Es gibt im Burgenland zwei bekannte Fußballvereine, von denen einer der ASV Draßburg ist. Aus diesem Grund war und ist dieser Verein für ein Sponsoring mit der im Sportwettbewerb bekannten Marke Admiral wesentlich.“ Das ist Teil einer Stellungnahme, die die Firma Novomatic, konfrontiert mit einer Anfrage eines Rechercheteams aus Profil, ORF (ZIB 2) und STANDARD, selbst öffentlich gemacht hat.

Die Verwunderung reicht über den Sport und über das Burgenland hinaus. Den ASV Draßburg als einen von zwei bekannten Fußballverei-

nen dieses Bundeslands zu bezeichnen ist entweder frech oder einer Unwissenheit geschuldet, die man Novomatic nicht zutrauen möchte. Der 1946 gegründete Verein kickte schließlich lange richtig unterklassig, ehe er sich in der Landesliga festsetzte, aus der er 2019 in die Regionalliga Ost aufstieg, die Österreichs dritthöchste Liga ist.

Novomatic, das auch vom Bundesligisten Austria Wien als „sehr starker und verlässlicher Partner“ bezeichnet wird, stieg laut eigener Stellungnahme 2007 beim damals fünftklassigen ASV Draßburg ein. Dessen Präsident Christian Illedits war SPÖ-Landesrat in einem Land,

in dem Novomatic (Admiral Casinos) 2013 eine Lizenz zur Aufstellung von 110 Spielautomaten erhielt. Novomatic weist „konstruierte Vorwürfe und Zusammenhänge aufs Schärfste zurück“.

Illedits trat im August 2020 von seinen politischen Ämtern zurück. Zuvor war bekannt geworden, dass ihm Martin Pucher, Präsident des SV Mattersburg und Chef der Commercialbank-Mattersburg, einen 100-Gramm-Goldbarren geschenkt hatte. Illedits ließ zu Novomatic auf Anfrage wissen: „Die jährlichen Sponsoringbeträge waren erfolgsabhängig und lagen zwischen 5000 und 30.000 Euro pro Saison.“ Die

Darstellung, dass mehr als 50.000 Novomatic-Euro nur 2016 an den ASV Draßburg flossen, sei „definitiv falsch“. Illedits sei operativ nicht tätig, agiere nur „als Galionsfigur“.

Was die von Novomatic erwähnte Bekanntheit angeht, liegt und lag der erwähnte SV Mattersburg gewiss vor dem ASV Draßburg. Doch das würden auch andere Vereine von sich behaupten: Baumgarten, Güssing, Jennersdorf, Klängenbach, Neuberg, Neusiedl/See, Oberwart, Pinkafeld, Purbach, Ritzing, Rohrbach, Sigleß oder Stegersbach. Die Liste stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Umso größer die Verwunderung. (fri, fsc)

# Ungeklärte Rolle des Geburtshelfers der Bank

**Commerzialbank.** Der U-Ausschuss fand auf die zentrale Frage keine Antwort / Geschädigte sehen Bund mehr in der Pflicht

VON THOMAS OROVITS

Ein halbes Jahr tagte der von ÖVP, FPÖ und Grünen beantragte Untersuchungsausschuss zur Commerzialbank. 63 Zeugen wurden befragt, darunter die Ex-Bankchefs Martin Pucher und Franziska Klikovits. Nach Ostern liegt der Ausschussbericht vor.

## ? Was sollte der U-Ausschuss klären?

Die Übernahme der Revisionsbefugnis für die Muttergenossenschaft der Bank durchs Land im Jahr 1994 und wie das Land die Aufsicht bis zum Ende der Bank 2020 wahrgenommen hat; Geschäftsbeziehungen von Land und Gemeinden mit der Commerzialbank sowie Bankgründer Pucher; Sponsorings, Fußballtickets und Geschenke an Landes- und Gemeindepolitiker und allfällige Gegenleistungen; Mögliche Zusammenhänge zwischen der Novelle zum kleinen Glücksspiel und Zuwendungen von Glücksspielunternehmen an Politiker; Ehrenzeichen des Landes für Pucher und Anstellung eines Ex-SVM-Trainers beim Land; Informationsfluss vor Schließung der Bank, wer wann davon erfahren hat und daraus etwaige Vorteile zog; Auswirkungen der Pleite auf Land, Unternehmen und Gemeinden, besonders Mattersburg.

## ? Wichtigste Resultate?

Warum das Land nach Abgang (oder Rauswurf) Puchers von Raiffeisen als Aufsichtsbehörde für die Muttergenossenschaft der Bank eingesprungen ist und damit indirekt Geburtshelfer der späteren Pleitebank wurde, blieb unklar. Wollte das rote Land der schwarzen Raiffeisenbank eins auswischen, indem es einem Konkurrenten half? Karl Stix, damals Landeshauptmann, starb 2003. Noch lebende Politiker und



Wegen Corona tagte der U-Ausschuss im großen Saal des Kulturzentrums Eisenstadt, die vierköpfige Opposition (li.) stand fünf SPÖ-Abgeordneten gegenüber

Beamte der Zeit konnten oder wollten sich nicht erinnern.

Was der Ausschuss klärte: Die rot-schwarzen Regierungen bis 2015 interessierten sich weder für die Genossenschaft noch für die Bank. Auf dem Papier war der Wirtschaftslandesrat (ÖVP) zuständig, in der Realität der Finanzlandesrat (SPÖ). Mit der Prüfung der Genossenschaft hatte das Land externe Wirtschaftsprüfer beauftragt (diese prüften auch die Bank). Ein Jurist der Finanzabteilung, der die jährlichen Berichte zur Genossenschaft auf Ungereimtheiten prüfte – und keine fand – erinnerte sich:

2015 wollte das Land die Aufsicht loswerden. „Warum soll ich austreten“, fragte Pucher. Damit war die Sache erledigt, die Aufsicht blieb beim Land.

Ob das Land aus dieser Aufsicht eine (Mit-)Schuld am Desaster trifft, war Zankapfel zwischen SPÖ und ÖVP. Die SPÖ sagte Nein und bot den Sachverständigen Herbert Motter zweimal als Zeugen auf. Die ÖVP meinte Ja und legte ein Gutachten von Nicolas Raschauer vor, auf eine Ladung verzichtete sie.

## ? Und sonst?

Breiten Raum nahmen Geschenke an Politiker ein,

nachdem SPÖ-Landesrat Christian Illedits im August zurückgetreten war, weil er zum 60. Geburtstag 2018 von Pucher ein Goldplättchen zum heutigen Wert von 5.400 Euro erhalten hatte. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt auch gegen Bürgermeister wie Mattersburgs Ingrid Salamon (SPÖ) oder Zemdorfs Josef Haider (ÖVP). Dass es für Präsente (Salamon dementierte solche Gegenleistungen gegeben hätte, konnte vom Ausschuss ebenso wenig nachgewiesen werden wie beim Sponsoring der Novomatic

Tochter Admiral für Illedits' Heimatklub ASV Draßburg. Geladen waren auch Ex-Landeshauptmann Hans Niessl und dessen Nachfolger Hans Peter Doskozil (SPÖ). Niessl wies Puchers Behauptung von Goldgeschenken zurück, alle Geburtstagsgeschenke seien in einen Sozialfonds geflossen. Doskozil und FMA-Chef Helmut Ertl waren uneins über den Informationsfluss vor dem Bank-Crash.

## ? Fernwirkung des Ausschusses?

Viel gewichtiger als der politische Ausschuss ist die rechtliche Klärung der Schuldfrage

bei der Pleite mit 870 Millionen Euro Schaden. Weil sich die Ex-Bankchefs Pucher und Klikovits, die sich selbst angezeigt haben und Hauptbeschuldigte im Ermittlungsverfahren der WKStA sind, in Privatkonkurs befinden, wollen sich geschädigte Ex-Kunden der Bank an der Aufsicht schadlos halten. Für die Bankenaufsicht (Finanzmarktaufsicht, Nationalbank) ist der Bund zuständig, für die Kontrolle der genossenschaftlichen Bankmutter das Land. Wie sehen das die Geschädigten? Rund 15 Klagen gegen die Republik steht eine Klage gegen das Land gegenüber.

„Die Presse“, 27.02.2021

# Novomatic wehrt sich gegen Weitergabe von Firmen-Infos

**U-Ausschuss.** Der Konzern erstattet Anzeige, weil Abgeordnete eine Spendenliste an Journalisten weitergegeben haben könnten.

**Wien.** Es gehört zu den Grundprinzipien korrekter journalistischer Arbeit, bei Vorwürfen den Betroffenen die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben. Genau das hat auch eine Recherchegemeinschaft von „Profil“, „Standard“ und „ORF“ gemacht, als sie an eine Spendenliste des Glücksspielkonzerns Novomatic gelangte. Die Journalisten wollten von Novomatic nähere Auskünfte über Spenden an Vereine mit einem politischen Naheverhältnis in Höhe von 1,7 Mill. Euro.

So weit, so normal. Ungewöhnlich ist die Antwort des Glücksspielkonzerns vom Donnerstag, die nicht an die Fragesteller gerichtet war, sondern per Aussendung an die Öffentlichkeit, womit gleichzeitig auch die Recherchen öffentlich gemacht wurden. Es gebe übrigens keinen Zusammenhang zwischen Sponsoring und politischer Funktion

der Empfänger, so der Tenor der Antwort des Konzerns.

Am Freitag ging Novomatic nochmals in die Offensive und kündigte eine Anzeige gegen unbekannt wegen „rechtswidriger Informationsweitergabe“ an die Journalisten an. Bei der Spendenliste handle es sich um „vertrauliche Unternehmensinformationen, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten“. Die Datei sei bisher ausschließlich der Ermittlungsbehörde sowie dem Ibiza-Untersuchungsausschuss vorgelegen und unterliege dort der Verschwiegenheit. Sollten die Unterlagen über Mitglieder des Ausschusses an die Recherchekooperation gelangt sein, stellt das für den Glücksspielkonzern „eine rechtswidrige Weitergabe von sensiblen Unternehmensinformationen dar“. (APA/maf)

„Die Presse“, 27.02.2021

# Minister Blümel von der WKStA einvernommen

Das Verfahren gegen den Finanzminister läuft weiter, die Justiz sichert Unterlagen in Ministerien.

**Wien.** Nach der Hausdurchsuchung vergangene Woche war es der nächste Schritt im Verfahren gegen Finanzminister Gernot Blümel wegen des Verdachts der Bestechlichkeit: Die Staatsanwaltschaft lud den Minister am Freitag zur Einvernahme, die am späten Vormittag begann. Kurz vor 17 Uhr schickte ein Sprecher des Ministers ein dürres Statement dazu aus: „Es war gut und wichtig, dass es einen raschen Termin gegeben hat. Ich habe von Beginn an klargestellt, dass ich möglichst schnell und umfassend zur Aufklärung der falschen Vorwürfe beitragen und alle Fragen vollumfänglich beantworten werde. Genau das habe ich heute gemacht“, so der Minister.

Bei den Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geht es um die Frage, ob der Glücksspielkonzern Novomatic das Angebot gemacht hat, ein Amtsgeschäft – Hilfe für den Konzern bei einem Steuerproblem in Italien – mit einer Spende zu verknüpfen und ob Blümel dieses an den damaligen Außenminister, Sebastian Kurz, gerichtete Angebot weitervermittelt hat. Die WKStA stützt sich auf diverse SMS-Nachrichten, alle Beteiligten dementieren sowohl das Angebot als auch, dass tatsächlich eine Spende getätigt worden sei. Die ÖVP hat sich in der Folge auf die WKStA eingeschossen und wirft ihr „Patzer“ und „falsche Fakten“ vor.

## **Außenministerium hat keine Akten**

Die Staatsanwaltschaft hat unterdessen nicht nur den Minister befragt, sondern auch weitere Ermittlungsschritte in den beteiligten Ministerien gesetzt. Sowohl im Finanz- wie auch im Außenministerium wurden per Amtshilfe Unterlagen über eine all-fällige Unterstützung der Novomatic in Italien seit 2017 angefordert. „Das Außenministerium kommt diesem Ersuchen selbstverständlich vollinhaltlich nach“, heißt es dazu in einer Aussendung. Allerdings habe man nach eingehender Recherche im Aktenbestand bereits festgestellt, „dass es 2017 keine wie immer geartete Hilfeleistung oder Unterstützung des Außenministeriums oder seiner Vertretungsbehörden in Italien für Novomatic AG gab“.

Das Finanzministerium beauftragte den Chef der Finanzprokurator, Wolfgang Peschorn, damit, die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft zu koordinieren sowie „Abgrenzungsfragen“ und den Umfang der Anfrage zu regeln. Peschorn ist de facto der Anwalt der Republik. Darüber hinaus wollte das Ministerium die Ermittlungen am Freitag nicht kommentieren. Anders als am Donnerstag von manchen Seiten berichtet hat es beim Bundesrechenzentrum keine direkte Nachschau der Ermittler gegeben, wie eine Sprecherin der IT-Firma des Bundes am Freitag sagte. (maf/APA)

„Süddeutsche Zeitung“, 27.02.2021

## Mehr Transparenz wagen

Wien reagiert auf mutmaßliche Korruptionsfälle mit einem neuen Glücksspielgesetz

**Wien** – Das kommt wahrlich nicht alle Tage vor: Ein Kabinettsmitglied muss bei der Staatsanwaltschaft aussagen. Österreichs Finanzminister Gernot Blümel war am Freitag bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in Wien vorgeladen, die ihn als Beschuldigten führt. Die Ermittler wollen herausfinden, ob es eine verdeckte Parteispende des Glücksspielkonzerns Novomatic im Gegenzug für Hilfe der Regierung in einer Steuersache in Italien gegeben haben könnte. Er sei froh über die Einvernahme, die auf eine Hausdurchsuchung vor zwei Wochen folgte, sagte Blümel davor. Er werde die "Gelegenheit nutzen, die falschen Vorwürfe auszuräumen".

Aber es gab weitere pikante Nachrichten: Nicht nur ein Regierungsmitglied der ÖVP machte mit Korruptionsvorwürfen Schlagzeilen, auch ein Abteilungsleiter im Justizministerium und ein ehemaliger Justizminister, der jetzt immerhin Verfassungsrichter ist, bekamen dieser Tage Besuch von Staatsanwälten: Wolfgang Brandstetter, von 2013 bis 2017 Ressortchef der Justiz und seit 2018 am Verfassungsgericht, musste am Donnerstag der Staatsanwaltschaft Wien seinen Laptop aushändigen. Er steht wegen der möglichen Weitergabe von Informationen in einem Verfahren gegen einen Bekannten im Visier der Ermittler, was er bestreitet. Involviert sein könnte auch ein hoher Beamter des Justizministeriums, Christian Pilnacek, der am Freitag vorläufig suspendiert wurde. Pilnacek gilt als Widersacher der WKStA im Justizapparat; er war im vergangenen Mai bereits degradiert worden.

Aber während Politik und Medien vor allem über die jüngsten Skandale

diskutieren, werden, ausgelöst durch die erneute Debatte über die allzu enge Verzahnung von Politik, Spendern und unternehmerischen Interessen, in Wien auch einige Gesetzesvorhaben vorangetrieben. Ein Transparenzgesetz, die Installierung eines unabhängigen Bundesanwalts sowie das Verbot verdeckter Parteispenden sind in Arbeit, dürften aber dauern. Bereits weit fortgeschritten ist hingegen ein "Glücksspielpaket", mit dem die Aufsicht des Finanzministeriums über die Branche an eine weisungsfreie Behörde übertragen werden soll. Als kürzlich die Ermittlungen gegen ihn öffentlich wurden, hatte Blümel darauf hingewiesen, dass er sich seit Langem für eine Entflechtung von politischer Aufsicht und Glücksspielbranche einsetze.

Geplant ist ein unabhängiger Senat, der über die Vergabe begehrter wie einträglicher Casino-Lizenzen entscheiden soll; Spenden, Sponsoring und Werbung, wie sie etwa derzeit vom österreichischen Konzern Novomatic flächendeckend und parteiübergreifend betrieben werden, sollen verboten werden. Konkret sollen Höchstesätze bei Automaten reduziert und mit Blick auf das boomende Online-Gaming registrierte, personalisierte Spielerkonten eingeführt werden, um Höchstesätze zu kontrollieren. Mit einer Spielerdatei sollen sich Spielsüchtige selbst anbieterübergreifend sperren können.

Die grüne Abgeordnete Nina Tomaselli, die das Glücksspielgesetz federführend mit erarbeitet hat, sagte der *Süddeutschen Zeitung*, die Branche sei bisher "zu hundert Prozent abhängig gewesen" von der Politik. Diese habe über milliardenschwere Lizenzen entschieden, was bisher Kor-

ruption begünstigt habe. Mit der Reform sei zum einen ein besserer Spielerschutz, zum anderen Korruptionsprävention beabsichtigt. Studien zufolge seien bis zu 40 Prozent aller Spieler suchtgefährdet, im Automatenpiel sei die Zahl der Gefährdeten noch höher. Wenn es gelinge, so die Parlamentarierin Tomaselli, das Suchtpotenzial durch weniger Anreize und mehr Kontrolle zu reduzieren, dann sei auch das Geschäft mit der Sucht nicht mehr so einträglich.

Der deutsche Glücksspielexperte Gerhard Meyer von der Universität Bremen hält den österreichischen Ansatz für prinzipiell sinnvoll. Ähnliches sei auch in Deutschland mit einem neuen Glücksspielstaatsvertrag avisiert, der im Sommer in Kraft treten soll. Meyer kritisiert jedoch, dass im geplanten Wiener Gesetz keine Rede von Sportwetten sei, wie sie etwa die Novomatic-Tochter Admiral anbietet. Besonders wichtig sei zudem für den Spielerschutz die Verpflichtung für Anbieter, erkennbar süchtige Spieler von sich aus mit Sperren zu belegen, sowie eine spielformübergreifende Sperrdatei.

**CATHRIN KAHLWEIT**

**Ein unabhängiger Senat soll künftig die begehrten Casino-Lizenzen vergeben**

**Monopol**

**Alle zwölf "landbasierten" Spielbanken in Österreich betreibt die Casino Austria AG. Hauptaktionär: die tschechische Sazka-Gruppe, Sitz in Zypern.**

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27.02.2021

## Unruhe in der ÖVP

lów. WIEN. In Österreich haben staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen frühere und aktuelle Spitzenpolitiker und Beamte, die der ÖVP von Bundeskanzler Sebastian Kurz zugerechnet werden, zu erheblicher Unruhe im Wiener Regierungsviertel geführt. Am Freitag wurde Christian Pilnacek, Sektionschef im Justizministerium, suspendiert, weil er unter dem Verdacht des Geheimnisverrats steht. Tags zuvor hatte die Staatsanwaltschaft bei ihm ein Mobiltelefon und einen Computer sichergestellt, ebenso ein Notebook des früheren Justizministers Wolfgang Brandstetter, der inzwischen Verfassungsrichter ist. Wie Medien berichteten, bestehe der Verdacht, Pilnacek habe im Jahr 2019 über Brandstetter den Immobilieninvestor Michael Tojner vor einer bevorstehenden Razzia gewarnt und bereits 2017 über Ermittlungen informiert. Brandstetter weist jeden Vorwurf zurück, Pilnacek hat sich bislang nicht geäußert.

Dies fiel wohl zufällig zusammen mit weiteren Sicherstellungen im Finanzministerium und im Bundesrechen-

zentrum in Sachen Novomatic. Der niederösterreichische Glücksspielkonzern wird verdächtigt, 2017 der ÖVP eine Spende oder dergleichen als Gegenleistung dafür angeboten zu haben, dass ÖVP-Regierungspolitiker Novomatic in einer Steuerangelegenheit in Italien helfen sollten. Der Anfangsverdacht gründet auf einer SMS-Nachricht des damaligen Novomatic-Chefs an den heutigen Finanzminister Gernot Blümel.

Die Untersuchungen zielen aber letztlich auf Kurz. Entsprechend empfindlich hat die ÖVP reagiert, zumal bislang außer dem vagen Verdacht keine konkreten Zahlungen oder Leistungen bekanntgeworden sind. ÖVP-Politiker kritisierten offen die Korruptionsstaatsanwaltschaft. Kanzler Kurz selbst veröffentlichte einen Brief an die Behörde, in dem er sich gegen "die in den Raum geworfenen Anschuldigungen" verwahrte. Er wolle "diese fehlerhaften Fakten" rasch widerlegen. Die Opposition, aber auch der grüne Koalitionspartner kritisierten die Kritik an der Justiz.

„www.orf.at“, 27.02.2021

## **Novomatic: Gusenbauer dementiert Aktivitäten in Italien**

Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) hat Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Steuerproblem der Novomatic in Italien dementiert. „Ich bin in Italien in dieser Causa nicht tätig geworden“, sagte Gusenbauer gestern Abend der APA. Laut einem veröffentlichten Amtsvermerk der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hatten Novomatic-Vertreter nicht nur ÖVP-Politiker kontaktiert, sondern auch E-Mails an Gusenbauer geschrieben.

Es könne sein, dass er E-Mails bekommen habe, und er habe auch von Problemen der Novomatic in Italien gewusst, sagte der Ex-Politiker. Sein Aufgabenbereich im Glücksspielkonzern sei jedoch ein anderer gewesen. „Meine Beratungstätigkeit für die Novomatic hat sich auf Lateinamerika, Osteuropa und den westlichen Balkan bezogen“, sagte Gusenbauer. Er sei diesbezüglich auch nicht von der WKStA befragt worden, betonte er. Die Causa Blümel wollte er nicht kommentieren.

### **„Herr Brodis“ Rolle**

Ein vom Onlinemagazin Zackzack.at veröffentlichter WKStA-Amtsvermerk vom Dezember 2020 zitiert drei Mails von Novomatic-Verantwortlichen an Gusenbauer. „Alfred bitte asap Herrn Brodi (Ex-Ministerpräsident Romano Prodi, Anm.) und vielleicht gelingt es Dir einen Termin im Finanzministerium zu erreichen“, wandte sich etwa der damalige Konzernchef Harald Neumann am 11. Juli 2017 an Gusenbauer.

Einen Tag später informierte jedoch der damalige Novomatic-Finanzvorstand Peter Stein den Ex-Bundeskanzler, dass Italiens Finanzminister Pier Carlo Padoan zum Lager von Matteo Renzi gehöre und ein interner Konflikt in der Partito Democratico mit Romano Prodi im Zusammenhang mit der Bank Monte dei Paschi di Siena bestehe. Prodi gilt als Vertrauter von Gusenbauer. Die beiden betrieben unter anderem auch gemeinsam Lobbying für die Ukraine, wobei Prodi auch von Gusenbauer Geld erhielt.

„www.burgenland.orf.at“, 27.02.2021

## **ASV Draßburg: Kuriose Begründung für Novomatic-Sponsoring**

Die Novomatic hat bei ihren Sponsorings ein breites Feld beackert, teils auch mit Politbezug. Zu den unterstützten Vereinen zählt auch der Fußballverein ASV Draßburg. Novomatic begründet das Sponsoring damit, dass Draßburg „einer von zwei bekannten Fußballvereinen im Burgenland ist“, was nicht nur unter Fußballfans für Erstaunen sorgt.

„Novomatic zahlt alle“, dieser Satz, gefallen in einer Finca auf Ibiza, ausgesprochen vom damaligen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, ist in die jüngere österreichische Geschichte eingegangen. „Novomatic zahlt nicht alle“, sagen Spitzenvertreter der Unternehmens selbst. Wen Novomatic wirklich zahlt oder gezahlt hat, das geht aus einer internen Liste des Glücksspielkonzerns hervor, die ein Rechercheverbund der ZiB2, von „profil“ und „Standard“ ausgewertet hat. Die Spendenliste zeigt diverse Sponsorings an Vereine, die über gute politische Kontakte verfügen – mehr dazu in **Rechercheteam veröffentlicht Teile der Novomatic-Spendenliste**. Dazu zählt der ASV Draßburg, dessen Präsident der ehemalige SPÖ-Klubobmann und Landesrat Christian Illedits war.

### **2011: Aufstieg in die Burgenlandliga**

Seit 2007 sponsert die Novomatic-Tochter Admiral den ASV Draßburg. Der wurde am Ende der Saison 2006/07 Dreizehnter – in der Zweiten Landesliga Mitte. Insgesamt lagen von der Bundesliga abwärts 59 burgenländische Mannschaften vor Draßburg. Eine Saison später lief es besser, Platz vier in Liga fünf. Wer Draßburg bis 2011 in der höchsten burgenländischen Liga suchte, tat das vergeblich – erst vor zehn Jahren gelang der Aufstieg dorthin. 2012 entstand in Draßburg die erste Öko-Sportanlage des Landes, die 900.000 Euro kostete und aus Mitteln der Dorferneuerung gefördert wurde.

2019 dann der größte Erfolg der Draßburger: Meister der Burgenlandliga, Aufstieg in die Regionalliga. Nach dem Aus des SV Mattersburg im Zuge des Commerzialbankskandals trifft die Aussage von Novomatic sogar zu: Beste burgenländische Mannschaft ist derzeit Neusiedl, gefolgt von Draßburg. Beide Mannschaften spielen in der Regionalliga Ost.

Illedits ließ auf Anfrage des Rechercheteams wissen, dass das Sponsoring von Novomatic/Admiral zwischen 5.000 und 30.000 Euro pro Saison – je nach Erfolg – betragen habe.

### **Novomatic bringt Anzeige wegen Infoweitergabe ein**

Novomatic ist mit den Anfragen der Medien an die Öffentlichkeit gegangen und hat eine Anzeige gegen unbekannt wegen „rechtswidriger Informationsweitergabe“ an die Journalisten angekündigt.

„www.derstandard.at“, 27.02.2021

## Interne Novomatic-Liste enthüllt Spenden und Sponsorings

Der Glücksspielkonzern unterstützt ein breites Netz an Vereinen und Veranstaltungen. Meist sind Politiker nicht weit



Auf Ibiza sagte der damalige FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, Novomatic zahle alle – das bestritten er selbst und der Glücksspielkonzern später. Klar ist aber: Novomatic zahlt einige, vor allem Vereine.

Novomatic möchte nicht, dass Sie diese Geschichte lesen. Als ein Rechercheverbund aus STANDARD, "Profil" und ORF-"ZiB 2" eine Anfrage an den Anwalt des Glücksspielgiganten stellt, reagiert dieser ungewöhnlich – nämlich mit einer Antwort, die per Presseaussendung öffentlich gemacht wird, mitsamt den übermittelten Fragen. Am nächsten Tag folgt dann eine Anzeige, noch bevor dieser Text erschienen ist – Inhalt und Zweck der Anzeige ist unbekannt. Von "konstruierten Vorwürfen" und "falschen Unterstellungen" sprach Novomatic-Verteidiger Peter Zöchbauer; und von der "rechtswidrigen Erlangung von vertraulichen Unternehmensinformationen".

Was die Novomatic offenbar so stört, ist, dass der Rechercheverbund im Besitz einer Liste ist, die enthüllt, wie der Glücksspielkonzern systematisch mit Spenden und Sponsorings Geld verteilt hat. Oft auch an Vereine, in denen Politiker aktiv sind.

## **Sobotkas Thinktank**

Manches ist schon bekannt: Das von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) gegründete Alois-Mock-Institut wurde in den vergangenen sieben Jahren mit Leistungen im Geldwert von über 100.000 Euro unterstützt. Im Gegenzug konnte Novomatic bei der Auswahl der Diskussionsteilnehmer bei Veranstaltungen mitreden und im "Mock-Report" inserieren.

Ebenso bekannt ist, dass die Novomatic mit dem im Zuge der Casinos-Ermittlungen prominent gewordenen "Institut für Sicherheitspolitik" kooperiert hat. Ab dem Jahr 2018 bekam der FPÖ-nahe Verein insgesamt 240.000 Euro. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Von der ÖVP im U-Ausschuss oft ins Feld geführt wurde die Unterstützung des "Maifests" der SPÖ, das damals der Echo-Verlag organisiert hat. 45.000 Euro flossen dafür zwischen 2016 und 2018 als Sponsoringbeitrag.

## **Der rötlich schimmernde Echo-Verlag**

Bislang unbekannt ist aber die Vielzahl an weiteren Vereinen und Kulturveranstaltungen mit Politikerbezug, die oft kleinste Beträge von der Novomatic erhalten hat. Stichwort Echo-Verlag: Dessen Projekte "Christmas in Vienna", "Eine Stadt, ein Buch" und der "Österreichische Vorlesetag" erhielten rund 50.000 Euro. Derartige Veranstaltungen seien ohne Sponsoren "völlig undenkbar", sagt Echo-Geschäftsführer Christian Pöttler. Und: Das Unternehmen sei zu dieser Zeit "einer der wichtigsten Förderer des Kulturbereichs" gewesen.

Ebenfalls rötlich schimmernd: Der FC Purkersdorf. Ehrenpräsident ist Ex-Innenminister und Ex-Bürgermeister Karl Schlögl, der einst im Novomatic-Aufsichtsrat saß. 2.500 Euro erhielt der Fußballverein zumindest im Jahr 2017; als Gegenleistung gab es "Bandenwerbung und eine Flugblätterwähnung". Schlögl sagt, er habe selbst offiziell bei Novomatic um Unterstützung angesucht.

## **Fußball- und Golfclubs**

Ein weiteres Sponsoring, das merkwürdig scheint: Der ASV Draßburg, der gesponsert wurde, als er noch in der burgenländischen Regionalliga spielte. Sein Präsident: Christian Illedits, als er Klubobmann der SPÖ Burgenland war. Sein Anwalt sagt zu STANDARD, "Profil" und ORF-"ZiB 2": "Die jährlichen Sponsoringbeträge waren stets erfolgsabhängig und lagen zwischen 5.000 und maximal 30.000 Euro pro Saison."

War Illedits zu dieser Zeit nicht in Verhandlungen für das kleine Glücksspiel im Burgenland involviert? Ein Zusammenhang könne "definitiv ausgeschlossen werden", Illedits habe einerseits den Sponsoringvertrag "nicht persönlich verhandelt" und sei andererseits nie für die Vergabe von Glücksspiellizenzen zuständig gewesen. Die Novomatic sagt, der ASV Draßburg sei einer von zwei "bekannten Fußballvereinen" im Burgenland, deshalb habe die Novomatic-Tochter Admiral ihn gesponsert. Einen Zusammenhang mit Glücksspiellizenzen weist der Konzern "aufs Schärfste zurück".

In Niederösterreich verhandelte die Glücksspielgesetzgebung der ÖVP-Klubobmann Klaus Schneeberger mit. Unabhängig davon erhielt der Golfclub Föhrenwald zwischen 2009 und 2019 jährlich 5.000 Euro von der Novomatic, deren Logo dann auf den Golfcaddys des Clubs landete. Auch 16 Tagespässe erhielt der Konzern. Präsident des Golfclubs Föhrenwald: Klaus Schneeberger. Auf der internen Liste der Novomatic scheint er als "Auftraggeber" auf, auch bei einem Kunst- und Filmfestival in Wiener Neustadt, wo er Bürgermeister ist.

Schneeberger sagt, er sei "jedem Sponsor dankbar, der Kulturveranstaltungen in Wiener Neustadt möglich macht". Novomatic sei "einer von vielen Partnern", einen Zusammenhang zwischen Sponsorings und seiner politischen Arbeit gebe es nicht.

### **Inserate beim ÖVP-Wirtschaftsbund**

Auch Parteiorganisationen erhielten Geld; der Wirtschaftsbund Niederösterreich beispielsweise 10.000 Euro für zwei Inserate. Die Kommunikationsabteilung des Wirtschaftsbunds habe der Kommunikationsabteilung der Novomatic einen Vorschlag unterbreitet, danach wurde gebucht, sagt der Wirtschaftsbund. Wie passt das damit zusammen, dass die ÖVP im Bund keine Spenden aus der Glücksspielbranche annimmt? "Der Wirtschaftsbund Niederösterreich ist ein rechtlich selbstständiger Verein und eigenständiger Rechtsträger und verfolgt seine eigene Medien- und Inseratenstrategie."

Der sozialdemokratische Wirtschaftsverband in Niederösterreich erhielt für seine Bälle insgesamt 7.000 Euro; dessen Vizepräsident Ernst Riedl war bis 2014 im Spieleapparatebeirat der Stadt Wien, der das Automatenglücksspiels kontrolliert. Stichwort Wien: Der "Verein Puls zur Bekämpfung des plötzlichen Herztodes" bekam zwischen 2016 und 2018 insgesamt 28.500 Euro; sein Präsident ist der Wiener Landtagsabgeordnete und einstige Landtagspräsident Harry Kopietz. Novomatic sei dort ein Sponsor unter vielen – genau wie beim Kulturfestival "Wir sind Wien", das allein 2016 bis 2018 rund 85.000 Euro bekam. Geschäftsführerin Monika Erb verweist auf "Sponsorverträge, die die Leistungen der Partner sehr genau definiert haben".

## **"Machts es einmal mit dem und einmal mit dem"**

Viel Unterstützung für die Kulturlandschaft gab es auch in Niederösterreich. Eine Gesellschaft, die sich dem eher unbekanntem Komponisten Ignaz Joseph Pleyel verschrieben hat, bekam 40.000 Euro. Bekannter als Pleyel sind, zumindest heutzutage, die Ehrenpräsidenten des Vereins: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und ihr Vorgänger Erwin Pröll (beide ÖVP). Insgesamt 55.000 Euro bekam das Festival Schloss Weitra, 61.000 die niederösterreichischen Tonkünstler. 8.000 Euro flossen an das Kammerorchester Waidhofen an der Ybbs, bei dem gern Wolfgang Sobotka dirigiert.

Wie kommt Novomatic auf solche Initiativen? Auf Oe24.tv erklärte Sobotka unlängst: "Das Land Niederösterreich berät die Novomatic und sagt: Machts es einmal mit dem und einmal mit dem."

## **Novomatic "nimmt gesellschaftliche Verantwortung wahr"**

Festzuhalten ist, dass diese Spenden und Sponsorings oft eine gute Sache unterstützen – und dass sich viele andere Unternehmen ebenfalls für Vereine, Initiativen und Kulturveranstaltungen engagieren. Als Glücksspielkonzern ist Novomatic allerdings auf besondere Art und Weise von der Politik abhängig, da Glücksspielgesetze oft verändert und Lizenzen vergeben werden. Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer sagt, die Novomatic "nimmt ihre gesellschaftliche Verantwortung insofern wahr, indem sie ohne politischen Hintergrund die für sie sinnvollen Projekte und Sponsorings nach objektiven Kriterien auswählt".

Der Konzern "schließt ausdrücklich aus und verwehrt sich gegen die Unterstellung, dass die (...) genannten Kooperationen, Sponsorings oder Unterstützungsleistungen mit irgendwelchen etwaigen politischen Gegenleistungen in Verbindung gestanden sind oder stehen". (Fabian Schmid, 27.2.2021)

„www.orf.at“, 26.02.2021

## **Novomatic bringt Anzeige wegen Infoweitergabe ein**

Der Glücksspielkonzern Novomatic geht als Reaktion auf eine Recherche von „profil“, „Standard“ und ZIB2 - deren Ergebnisse noch nicht einmal veröffentlicht wurden - weiter in die Offensive. In einer Anfrage hatten die Medien dem Glücksspielkonzern eine Sponsoring- und Spendenübersicht vorgehalten, die bei Ermittlungen sichergestellt worden war. Novomatic kündigte heute via Aussendung eine Anzeige gegen unbekannt wegen „rechtswidriger Informationsweitergabe“ an die Journalisten an.

Laut Novomatic handelt es sich um „vertrauliche Unternehmensinformationen, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten“. Die Datei sei bisher ausschließlich der Ermittlungsbehörde sowie dem „Ibiza“-Untersuchungsausschuss vorgelegen und unterliege dort der Verschwiegenheit.

### **Für Novomatic „rechtswidrige Weitergabe“**

Auch der Verdacht, dass die Unterlagen über Mitglieder des Ausschusses an die Recherchekooperation gelangt sein könnten, stellt für den Glücksspielkonzern „eine rechtswidrige Weitergabe von sensiblen Unternehmensinformationen dar“.

Bereits einen Tag zuvor war Novomatic in eine ungewöhnliche Offensive gegangen und veröffentlichte vor dem Erscheinen allfälliger Berichte die schriftliche Anfrage der Medienkooperation - samt Antworten darauf. Dabei weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoring und einer direkten Einflussnahme auf Politiker zurück. Die Fragen richteten sich größtenteils auf konkrete Geldflüsse an einzelne Organisationen.

„APA“, 26.02.2021

## **NOVOMATIC bringt Strafanzeige wegen rechtswidriger Informationsweitergabe ein**

**Utl.: NOVOMATIC bringt aufgrund der rechtswidrigen Weitergabe von vertraulichen und sensiblen Unternehmensinformationen eine Strafanzeige ein.**

Gumpoldskirchen (OTS) - Begründet wird dieser Schritt damit, dass eine Recherchekooperation bestehend aus „profil“, „Der Standard“ und „ORF-ZiB2“ in einer Medienanfrage vertrauliche Unternehmensinformationen verwendet hat, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten. Es handelt sich dabei um eine Datei, die bislang ausschließlich der Ermittlungsbehörde sowie dem U-Ausschuss vorliegen dürfte und dort der Verschwiegenheit unterliegt.

Die Recherchekooperation hat mittlerweile selbst bestätigt, dass ihre Anfrage auf einer – namentlich exakt bezeichneten – Datei beruht, die im Zuge einer Hausdurchsuchung bei NOVOMATIC sichergestellt und auch an den Ibiza-U-Ausschuss übermittelt wurde. Daraus wird klar, dass es sich hierbei um die rechtswidrige Erlangung von vertraulichen Unternehmensinformationen handelt, zumal es sich bei den gegenständlichen Ermittlungen um einen Verschlussakt handelt, bei dem besondere Geheimhaltung gilt.

Auch der Umstand, dass diese Unterlagen über Mitglieder des U-Ausschusses an die Recherchekooperation gelangt sein könnten, stellt eine rechtswidrige Weitergabe von sensiblen Unternehmensinformationen dar, denn auch Informationen und Unterlagen des U-Ausschusses sind nicht (medien-)öffentlich, sondern unterliegen unter anderem den Beschränkungen des Informationsordnungsgesetzes.

Diese – mittlerweile fast übliche – rechtswidrige Weitergabe von vertraulichen Daten an Journalisten und Medien konterkariert faire und objektive Ermittlungen und führt zu einem massiven Schaden für die Betroffenen, aber auch für den Rechtsstaat. NOVOMATIC prüft deshalb zusätzlich weitere rechtliche – insbesondere auch datenschutz- und zivilrechtliche – Schritte und behält sich ausdrücklich auch Schadenersatz- und/oder Amtshaftungsklagen vor.

Rückfragehinweis:

Dr. Peter Zöchbauer

Rechtsanwalt

[office@medienanwaelte.at](mailto:office@medienanwaelte.at)

„Kurier“, 26.02.2021

## Novomatic contra „Profil“, „Standard“, ZiB 2

Konzern veröffentlicht Medienanfrage

**Geheimhaltung.** Der Konflikt zwischen dem Glücksspielkonzern Novomatic und einigen Medien spitzt sich zu. Am Donnerstag griff der Konzern zu einer bislang äußerst unüblichen Vorgangsweise und veröffentlichte über das OTS-Netz der *Austria Presseagentur (APA)* die Kommunikation mit anfragenden Medien.

Konkret handelt es sich um 13 Fragen, welche diese Woche von einer Recherchekooperation aus *Profil*, *Standard* und *ZiB 2* an das Unternehmen gemailt wurden. Mit dem Ersuchen um Stellungnahme. Dabei geht es um Kooperationen, Sponsoring und Spenden der Glücksspielgruppe für die Jahre 2016 bis 2018.

### Vereine, Messkelch

Die Fragen drehen sich darum, ob es einen möglichen Nahebezug zur Politik gibt. Die Bandbreite ist groß. Von Sponsoring der Austria Wien über die Novomatic-Tochter Admiral, Vereine in Niederösterreich, Spenden im Burgenland bis zu Kleinigkeiten wie 300 Euro für die Lebenshilfe Vorarlberg oder 1.000 Euro für einen Messkelch.

Seit Beginn des Ibiza-Casino-Strafverfahrens mit längst mehr als 20 Beschuldigten steht der niederösterreichische Gaming-Konzern permanent im öffentlichen Scheinwerferlicht. „Es scheint mittlerweile fast üblich zu sein, dass vertrauliche

Daten auf rechtswidrige Weise an Journalisten weitergegeben werden“, erklärt Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer dazu gegenüber dem KURIER. Auch Informationen des U-Ausschusses „sind nicht öffentlich, und auch nicht medien-öffentlich, sondern unterliegen – unter anderem – den Beschränkungen des Informationsordnungsgesetzes“. Da man um „größtmögliche Transparenz“ bemüht sei, stelle Novomatic die Fragen und Antworten jetzt der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Der Konzern spricht wieder von „konstruierten Vorwürfen und völlig falschen Unterstellungen“, die man auf das Schärfste zurückweise. Die aufgelisteten Kooperationen, Sponsorings und Unterstützungen würden keinesfalls „mit irgendwelchen etwaigen politischen Gegenleistungen in Verbindung stehen“.

Novomatic droht außerdem mit Klagen. Zum Schutz der Reputation des Unternehmens und der mehr als 22.500 Mitarbeiter werde man prüfen, welche rechtlichen Schritte man einleiten werde.

„Journalisten bekommen Informationen auf den Tisch und recherchieren dazu. Genau das haben wir hier gemacht. Ich weise im Namen aller Beteiligten zurück, dass wir an irgendeiner Rechtsverletzung beteiligt wären“, kontert *Profil*-Ressortleiter Michael Nikbakhsh.

ANDREA HODOSCHKE



Novomatic hat den Stammsitz in Gumpoldskirchen und beschäftigt weltweit 22.500 Mitarbeiter

## WKStA sicherte Mails im Ministerium

Nächster Paukenschlag auch in der Causa Blümel: Die WKStA fordert Akten und Mails von Ministerium und Bundesrechenzentrum

**Knalleffekt.** Die Suche der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nach belastendem Material in der Causa Novomatic und Gernot Blümel läuft auf Hochtouren. Am 11. Februar gab es den Auftakt. Zuerst die Hausdurchsuchung beim ÖVP-Finanzminister und dann im Novomatic-Headquarter. Heute wird ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel seine erste Aussage als Beschuldigter im Verfahren vor den Staatsanwälten machen. Am Mittwoch tauchten plötzlich Ermittler im Finanzministerium und im Bundesrechenzentrum mit einer „Anordnung zur Sicherstellung“, mit Eingangsdatum vom 23. Februar 2021, auf (sie liegt dem KURIER vor).

Das entspricht zwar nicht einer Hausdurchsuchung, ist aber auch eine Form der Zwangsmaßnahme, die bei Ministerien eigentlich nicht häufig passiert. Faktum ist: Die Schlagzahl der Korruptionsjäger erhöht sich von Woche zu Woche. Damit wird der Druck auf die Kanzler-

partei permanent erhöht. In der Sicherstellung fordert die WKStA, dass vom Finanzministerium folgende Daten an die Korruptionsbehörde ausgehändigt werden: sämtliche im Bundesministerium für Finanzen befindliche eMails, bezugshabende ELAKs (Elektronische Akte), physische Datenträger, in denen Informationen zum Spendenangebot und zum Terminersuchen von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann rund um den 12. Juli 2017 zu finden sind – oder allenfalls Indizien für Zahlungsflüsse von Novomatic an Sebastian Kurz, die ÖVP oder ÖVP-nahe Vereine.

### Kurz im Visier

Von größtem Interesse ist für die WKStA vor allem die Korrespondenz von und an Ex-Kabinettschef Thomas Schmid und andere Beamte im Finanzministerium. Außerdem sucht die WKStA nach einer Kommunikation auf Beamtenebene zwischen Österreich und den italienischen Finanzbeamten. Ge-



Heute muss Finanzminister Gernot Blümel seine erste Aussage als Beschuldigter vor der WKStA machen

APF/HELMUT FOHRINGER

BANDIANT 1122/ISTOCKPHOTO

prüft werden auch Unterlagen in Bezug auf allfällige Auswirkungen der italienischen Causa auf die Novomatic.

### Aussage von Kurz

Zur Erinnerung: Die Anti-Korruptionsbehörde untersucht, ob der Glücksspielkonzern Novomatic der ÖVP 2017 Geld im Abtausch für die Unterstützung bei einem Steuerproblem in Italien geboten hat. Für Debatten sorgte zuletzt ein Kalendereintrag bei Novomatic-Gründer Johann Graf über ein Treffen mit „Kurz“ in dieser Zeit. Dazu hat die frühere Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz eine eidesstattliche Erklärung abgegeben. Grafs Schwiegertochter beteuerte darin, dass sie selbst und nicht der heutige Kanzler Kurz sich am 25. Juli 2017 mit dem Milliardär getroffen habe.

Höhepunkt der Eskalation zwischen der WKStA und dem Kanzleramt war, dass Sebastian Kurz vor wenigen Tagen in einem offenen Brief der Behörde anbot, jederzeit

eine Aussage vor den Staatsanwälten zu machen.

Gerade im Bundesrechenzentrum hat die Anordnung zur Sicherstellung für Wirbel gesorgt, ist sie doch formell eine GesmbH und nur ein Dienstleister für die Ministerien. Man schickte die Ermittler zur Rückfrage ins Wirtschaftsministerium. Auch hier war man über die Vorgangsweise der WKStA irritiert, denn der übliche Weg wäre, um eine Amtshilfe anzusuchen. Bei einer Sicherstellung suchen die Ermittler nicht selbst nach eMails, Akten etc. im Ministerium, sondern sie fordern bestimmte Akten vom Ministerium an, das diese dann liefern muss. Ein weiterer Unterschied zur Hausdurchsuchung ist auch, dass es keine richterliche Genehmigung braucht. Die Entscheidung wird von der Staatsanwaltschaft gefällt.

Der Anwalt der Republik, Wolfgang Peschorn, wurde nun eingeschaltet, damit die Kooperation zwischen den Ministerien und der WKStA kooperativ abläuft.

# Ibiza, die ÖVP und die WKStA

Und wieder hat ein (Ex-)Politiker hinten herum erfahren, dass er als Beschuldigter geführt wird. Diesfalls geht es um den früheren Justizminister und jetzigen VfGH-Richter Wolfgang Brandstetter. Die Causa hat mit dem Komplex Novomatic, der zuletzt beinahe täglich für Schlagzeilen gesorgt hat, nichts zu tun. Und hier ist die WKStA nur in den zugrunde liegenden Verfahren zuständig, gegen Brandstetter ermittelt die Staatsanwaltschaft Wien. Dennoch bleibt für den Bürger ein unguter Eindruck: von Strafverfolgungsbehörden – meist der WKStA – bei denen man das Gefühl gewinnen könnte, dass der Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit aus dem Blick verloren worden, vor denen kein Handychat oder Mailverkehr sicher ist. Dazu gehört auch, dass aus Ermittlungsverfahren an die immer gleichen Medien irgendwelche Infos gespielt werden, was dann durch ein Zusammenspiel mancher Journalisten samt befreundeter Twitteria über Tage auf lodrender Empörungflamme am Kochen gehalten wird.

Im Vordergrund steht natürlich derzeit der Ibiza/Casinos/Novomatic-Komplex, also all das, was im derzeit laufenden „Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“ verhandelt wird. Dieser hat sich längst zum Forum einer von Rot und Pink im Paarlauf betriebenen Generalabrechnung mit der ÖVP entwickelt. Ibiza selbst interessiert kaum noch jemanden, auch wenn dort alles seinen Ausgang genommen hat – insbesonde-

## LEITARTIKEL

VON RUDOLF MITLÖHNER



*Es ist längst an der Zeit, das Agieren der WKStA kritisch zu hinterfragen.*

*Mit ihrem Unmut ist die ÖVP keineswegs alleine*

re durch den Strache-Sager „Novomatic zahlt alle“. Die derzeitige Debatte erweckt freilich eher den Eindruck, als hätte Strache gesagt: „Novomatic zahlt die ÖVP“. Im Fokus der Aufmerksamkeit stand zunächst Finanzminister Blümel – wobei klar ist, dass er der „Sack“ ist, den man schlägt, um den „Esel“ Kurz zu treffen. Die scharfe Kritik der ÖVP an der WKStA ist vor dem Hintergrund des Vorgehens gegen Blümel natürlich durchschaubar. Allerdings muss man hinzufügen, dass der Unmut über die WKStA seitens der ÖVP (und Teilen der schweigenden Justiz) ja schon weiter zurückreicht, und dass die ÖVP mit diesem Unmut nicht alleine ist – siehe oben.

Ob die Partei gut beraten war, staccatoartig die WKStA zu attackieren, steht auf einem anderen Blatt. Noch mehr gilt dies für den Brief des Bundeskanzlers an die Behörde: Auch wenn das Schreiben inhaltlich in vielem nachvollziehbar ist, bleibt das Vorgehen an sich irritierend. Einmal mehr erweist sich hier der Hang von Kurz zur Überinszenierung als kontraproduktiv. Die Kritik einer Anlassgesetzgebung bei einer allfälligen Neustrukturierung der Staatsanwaltschaften (die mit den Grünen ohnedies so nicht kommen wird) ist indes zumindest zu relativieren: Es gibt keine Gesetzgebung im luftleeren Raum, jede verdankt sich einem „Anlass“. Das Beste aus beiden Welten, es ist auch im Bereich der Justiz schwer auszumachen.

rudolf.mitloehner@kurier.at

# Wenn der Staatsanwalt viermal klingelt

**Ermittlungen.** Neuer Höhepunkt der spektakulären Aktionen der Justiz – Ermittler wurden im Verfassungsgerichtshof vorstellig und kassierten das Handy des einst mächtigen Justiz-Sektionschefs

**A**ufregung im Regierungsviertel in der Wiener Innenstadt. In einer Dichte, wie es sie wohl selten zuvor gegeben hat, bekommen derzeit höchste Institutionen der Republik Besuch vom Staatsanwalt.

Binnen 24 Stunden haben Vertreter von Staatsanwaltschaften das Finanzministerium, dessen angeschlossenes Bundesrechenzentrum, den altherwürdigen Verfassungsgerichtshof auf der Freyung und spektakulärerweise sogar das Justizministerium zum Schauplatz von Ermittlungen gemacht.

Der einst mächtige Chef der Strafsektion im Justizministerium, Christian Pilnacek, ist nun selbst unter Verdacht geraten. Der Spitzenbeamte ist seit Donnerstag Früh sein Handy los – und dürfte vor der Suspendierung stehen.

Der ehemalige Justizminister und derzeitige Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter musste sein Notebook aushändigen.

Im Finanzministerium werden Unterlagen in Bezug auf Verbindungen der ÖVP mit dem Novomatic-Steuerakt in Italien ausgeforscht und sichergestellt.

Der Generalprokurator der Republik, Wolfgang Peschorn, ficht mit den Ermittlern wegen beabsichtigter „Sicherstellungen“ im Bundesrechenzentrum.

## Heilige Hallen

Die Verfassungshüter, die sich gerade zu ihrer Frühjahrssession versammelt hatten, verbateten sich am Donnerstag übrigens die justizielle „Amtshandlung“ in ihren heiligen Hallen, die Übergabe des Notebooks musste in einer Anwaltskanzlei stattfinden.

Was ist da los? Erleben wir einen Krieg zwischen Politik und Justiz? Oder ist Österreich wirklich so korrupt und verfilzt, wie es angesichts der vielen Ermittlungen den Anschein hat?

Eines kann man sagen: Ein akkordierter Gegenschlag der Justiz gegen die Politik ist das nicht. Tatsache ist vielmehr: Es sind zwei voneinander unabhängige Ermittlungen im Gang.

Die eine betrifft die „Strafsache Strache“, wie es im Briefkopf der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft heißt. Infolge des Ibiza-Videos (Strache: „Novomatic zahlt alle“) ermittelt die WKStA, ob die ÖVP als Gegenleistung für ein Spendenangebot bei italienischen Behörden interveniert hat, damit Novomatic dort weniger Steuern zahlen muss (siehe Story rechts).

Die ÖVP dementiert sowohl eine Intervention als auch den Erhalt einer Spende.

## Geheimnisverrat

Die andere Ermittlung betrifft ein Verfahren gegen den Immobilieninvestor Michael Tojner. Brandstetter und offenbar auch Pilnacek werden verdächtigt, Amtsgeheimnisse an den Beschuldigten verraten zu haben. In diesem Strang der Causa Tojner ermittelt nicht die WKStA, sondern die Staatsanwaltschaft Wien (siehe Story unten).

Die Sicherstellungen von elektronischen Geräten und eMails durch die beiden Staatsanwaltschaften fielen zufällig zeitlich zusammen. Das hat zu dieser Dichte von Besuchen in diversen Amtsgebäuden geführt und zur Folge, dass nach Finanz-

minister Gernot Blümel erneut Würdenträger ihrer elektronischen Utensilien verlustig gingen.

Auch wenn die Verfahren nichts miteinander zu tun haben – das Verhältnis zwischen ÖVP und Justiz wird dadurch sicherlich nicht entspannter. Brandstetter war auf ihrem Ticket unabhängiger Justizminister – zumindest insofern laufen die Fäden zusammen.

## Zweidrittelmehrheit

Die Regierung hat sich vorgenommen, eine Bundesstaatsanwaltschaft als neue Aufsichtsbehörde für die Staatsanwaltschaften einzuführen. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit nötig, was eine – wohl langwierige – Einigung von Türkis, Grün und SPÖ voraussetzt (die FPÖ ist gegen den Bundesstaatsanwalt).

„Standard“, 26.02.2021

# Hat die ÖVP die WKStA verleumdet?

Vom Kanzler abwärts behaupten ÖVP-Politiker seit Tagen, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft Aktenteile nach außen trägt. Damit unterstellt Türkis den Staatsanwälten strafbares Verhalten – was selbst sanktionierbar wäre.

Fabian Schmid

N ahezu mantraartig haben Vertreter der ÖVP seit der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel dieselben Kritikpunkte gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wiederholt. Sie monierten beispielsweise das Vorgehen der Korruptionsjäger in der Causa BVT, wo es zu einer nachträglich für rechtswidrig erklärten Hausdurchsuchung gekommen war – oder die lange Verfahrensdauer, die Beschuldigte belastete.

Regelmäßig thematisiert wurden auch angebliche Aktenweitergaben durch die WKStA. „Man hat durch zahlreiche Leaks falsche Anschuldigungen verbreitet“, meinte etwa der türkise Klubobmann August Wöginger. Auch Verfassungsministerin Karoline Edstadtler, selbst karezierte stellvertretende Leiterin der WKStA, erwähnte in ihrer Aufzählung von angeblichen Verfehlungen der Behörde, dass „Aktenteile in die Öffentlichkeit gelangen“. ÖVP-Justizsprecherin Michaela Steinacker schrieb in einer Presseaussendung von „WKStA-Leaks“; Kanzler Kurz sprach von „vielen Verfehlungen“ dort: „Immer wieder gibt es in Österreich Leaks.“ Auch in seinem Brief an die WKStA erwähnte Kurz „fehlerhafte Fakten und falsche Annahmen aus Ihren Akten, die an die Öffentlichkeit gelangt sind“.

Derartige Aussagen könnten allerdings ein Nachspiel für die türkisen Politiker haben. Denn sie unterstellen der WKStA beziehungsweise deren Oberstaatsanwälten ein strafbares Verhalten. Gibt ein Ermittler Aktenanteile weiter, verletzt er das Amtsgeheimnis und begeht Amtsmissbrauch.

## Anfragen der Opposition

Wenn Wöginger, Kurz und Co wussten, dass sie die WKStA „falsch verdächtigen“ und trotzdem derartige Behauptungen aufstellen, dann könnten sie selbst das Delikt der Verleumdung begangen haben. So argumentieren zumindest die Neos in einer parlamentarischen Anfrage. Sie weisen darauf hin, dass wegen ähnlicher Aussagen von Kanzler Kurz zu Leaks aus der WKStA bereits ein Strafverfahren geführt und

mangels Beweisen wieder eingestellt wurde. Sowohl die Zeugenaussagen von Kanzler Kurz als auch die seines Kronzeugens, des Journalisten Richard Schmitt (einst *Krone*, Ö24), lieferten keine konkreten Hinweise auf Leaks durch die WKStA.

Die Neos verlangen nun, dass das Justizministerium das Protokoll der staatsanwaltschaftlichen Zeugen- einvernahme von Sebastian Kurz an den U-Ausschuss liefert. Außerdem wollen sie vom Bundeskanzleramt wissen, ob sich Kurz über Akten-Leaks mit Justizministerin Alma Zadić (Grüne) oder Sektionschef Christian Pilnacek, der aufseiten der ÖVP in

den Regierungsverhandlungen das Justizprogramm mitverhandelt hat, unterhalten hat.

## WKStA ist zurückhaltend

Auch der freiheitliche Justizsprecher Harald Stefan will in einer Anfrage wissen, ob die Staatsanwaltschaft gegen den türkisen Klubobmann August Wöginger ermittelt.

Die WKStA sagt auf Anfrage, dass ein rechtliches Vorgehen gegen derartige Aussagen für sie „derzeit kein Thema“ sei. Anfang des Jahres war die Behörde in die Kritik geraten, weil sie einen Journalisten der Presse wegen Verleumdung und „Be-

leidigung einer Behörde“ bei der Staatsanwaltschaft Wien angezeigt hatte. Für diesen Schritt hagelte es Kritik, die StA Wien nahm nicht einmal Ermittlungen auf.

Allerdings bräuchten Ermittlungen wegen Verleumdung gegen ÖVP-Politiker nicht die Zustimmung der WKStA. Dieses Delikt kann von Amts wegen verfolgt, die StA Wien etwa von jeder Bürgerin und jedem Bürger in Form von Sachverhaltsdarstellungen darauf aufmerksam gemacht werden.

Auf eine Anfrage, ob derartige Anzeigen bereits eingegangen sind oder sogar schon Ermittlungen ge-

führt werden, reagierte die StA Wien am Donnerstag nicht; für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Die Angriffe der ÖVP gegen die WKStA gingen unbeeindruckt davon weiter: So kritisierte Justizsprecherin Steinacker per Presseaussendung erneut die WKStA, weil diese angeblich den Beschuldigtenstatus von Ex-Justizminister und derzeitigem Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter (ÖVP) geheim gehalten hatte. Der Haken dabei: Die Ermittlungen führt die StA Wien, nicht die WKStA (siehe Artikel Seite 10).

## Ermittler im Ministerium

Auch in der Causa Blümel gab es wieder Bewegung: Wie der *Kurier* berichtete, führte die WKStA eine sogenannte Sicherstellung im Finanzministerium durch. Sie suchte dort nach Kommunikation mit dem italienischen Finanzministerium bezüglich des „Problems in Italien“, das die Novomatic offenbar mithilfe von ÖVP-Politikern lösen wollte.

Eine SMS des damaligen Novomatic-Chefs Harald Neumann an Gernot Blümel im Juli 2017, in der Neumann um einen Termin beim damaligen Außenminister Kurz wegen erstens Spende, zweitens Problem in Italien bat, führte ja zur Hausdurchsuchung beim amtierenden Finanzminister.

Diese soll übrigens nicht beim ersten Anlauf von der zuständigen unabhängigen Richterin genehmigt worden sein. Diese fragte vielmehr bei der WKStA nach, was der Zweck der Hausdurchsuchung sei. Die WKStA argumentierte laut *Falter*, dass Blümel offenbar nicht nur sein Diensthandy, sondern auch noch ein weiteres Gerät für berufliche Kommunikation verwende. Bei der Hausdurchsuchung hoffe man, das entsprechende Smartphone zu finden. Aus der ÖVP hieß es, dass Blümel stets dieselbe Telefonnummer benutze. Heute, Freitag, soll es jedenfalls zur ersten offiziellen Beschuldigteneinvernahme von Blümel kommen. Ihm wurde ein Termin am Vormittag bei der WKStA avisiert.



„Fehler und falsche Annahmen der WKStA“ beklagte unter anderem ÖVP-Klubobmann August Wöginger.

Foto: APA/Heilmuth

# „Die Entwicklung ist derzeit beunruhigend“

Eben erst hat Österreich den Lockdown aufgeweicht, da schießen die Infektionszahlen schon wieder hinauf. Gesundheitsminister Rudolf Anschöber erklärt, warum seine Politik trotzdem nicht leichtsinnig sei.

INTERVIEW: Gerald John

Es war letzten Sonntagabend, als Rudolf Anschöber seinem Ärger Luft machte. Der Gesundheitsminister empfand einen Artikel des STANDARD, der Österreichs Anti-Corona-Politik wenig schmeichelhaft mit jener Deutschlands verglichen hat, als ungerecht. Ein flüchtiger Austausch von Argumenten und Zahlen per Mail mündete in eine Interviewanfrage an den Grünen-Politiker, der ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie einmal mehr vor einer kniffligen Entscheidung steht. Eigentlich will die Regierung kommenden Montag über weitere Lockerungen des Teil-Lockdowns – zur Debatte steht etwa eine Öffnung der Wirtschaft – entscheiden. Doch nun steigt die Infektionsrate rasant: Am Donnerstag zählte die Statistik fast 2400 Sars-CoV-2-Neuansteckungen, am Tag davor waren es noch 2000.

**STANDARD:** Was vermissen Sie nach einem Jahr Pandemie am meisten?

**Anschöber:** Einen freien Tag dann und wann, um mich auszuschlafen. Mit Freunden ein Bier im Gastgarten trinken, ins Kino gehen.

**STANDARD:** Werden Sie sich einen Gefallen tun und neue Lockerungen beschließen?

**Anschöber:** Ich habe die gleiche Sehnsucht danach wie alle anderen. Aber die Entwicklung ist derzeit beunruhigend, die Infektionszahlen steigen stark. Je stärker der Anstieg, desto unwahrscheinlicher ist es, dass es kurzfristig zu Öffnungen kommen kann.

**STANDARD:** Wissen Sie denn schon genau, was die Infektionsraten so treibt?

**Anschöber:** Die Anfang Februar gewährten Lockerungen dürften es eher nicht sein. Eine entscheidende Rolle spielt, dass die britische Mutation des Virus wie in ganz Europa auch hierzulande stark auf dem Vormarsch ist: In Ostösterreich macht diese ansteckendere Variante schon deutlich über 50 Prozent der Neuinfektionen aus. Aber ein Teil des Anstiegs ist wohl auch mit der Ausweitung der Tests zu erklären – bis Montag sollten wir wissen, wie groß dieser Anteil ist. Dann haben wir ein klares Bild.

**STANDARD:** Es verwundert, dass die Regierung angesichts der Lage überhaupt an Öffnungen denkt. Als die Marke von 2000 Infektionen an einem Tag im Herbst überschritten wurde, waren wir drei Wochen später bei fast 10.000 Fällen. War es nicht schon leichtsinnig, dass Österreich überhaupt zu lockern begonnen hat?

**Anschöber:** Meinem Eindruck nach waren Lockerungen überfällig – vor allem an den Schulen. Die Lockdowns haben sich massiv abgenützt, psychosoziale Probleme machen sich breit. Unsere Entscheidungen dürfen sich nicht nur nach den Infektionszahlen richten, sondern auch nach einer anderen Frage: Wie geht es einer Gesellschaft mit dem Lockdown? Außerdem haben wir die Öffnungen mit einem Schutzpaket abgedeckt, vom verschärften Contact-Tracing bis zum Ausbau der Massentests, die großartig funktionieren.

**STANDARD:** Der Infektiologe Günter Weiss, der Sie berät, sagt: Massentests helfen nicht wirklich dabei, die Infektionsraten zu drücken.

**Anschöber:** Wir holen damit sehr wohl Menschen, die keine oder kaum Symptome zeigen, aus dem Ansteckungskreislauf heraus.

**STANDARD:** Aber nicht viele.

**Anschöber:** Jeder Einzelne ist wichtig. Wenn wir diese Personen nicht rechtzeitig finden, können sie zu Multiplikatoren werden.

**STANDARD:** Was misstrauisch macht: Die Regierung hat schon einmal, als im Herbst die zweite Welle heranrollte, die Gefahr sträflich unterschätzt. Tappt sie wieder in die Falle?

**Anschöber:** Da widerspreche ich. Wir sind keiner Fehleinschätzung aufgewessen, sondern haben immer vor dem schwierigen Herbst gewarnt. Das Schwierige daran war, die Menschen nach dem fast normalen Sommer, der allen so gutgetan hat, wieder in den Ernst der Lage zurückzuführen. Ein Teil ist den Weg nicht mehr mitgegangen.

**STANDARD:** Sie haben doch am 27. Oktober, als die Infektionszahlen längst massiv gestiegen sind, selbst noch gesagt, ein Lockdown sei in Ferne. Was, wenn nicht Unterschätzung, hat Sie dazu getrieben?

**Anschöber:** Davon, dass wir das nicht ernst genommen haben, kann keine Rede sein. Schon im Juli hat der Ministerrat auf meinen Antrag hin einen 17-Punkte-Plan zur Vorbereitung auf den Herbst beschlossen. Aber die zweite Welle hat ganz Europa mit massiver Wucht getroffen – mit einer Ausnahme: Deutschland.

**STANDARD:** Dort gab es diese Explosion an Infektionen nicht, auch die Rate der an Covid-19 Verstorbenen ist insgesamt niedriger.

**Anschöber:** ... wobei seit einigen Wochen aber nun Österreich die geringeren Todeszahlen pro 100.000 Einwohnern aufweist.

**STANDARD:** Was hat Österreich im ersten Jahr im Vergleich zu Deutschland falsch gemacht?

**Anschöber:** Ich habe meinem Amtskollegen Jens Spahn selbst Rosen gestreut und gefragt. Seine Erklärung: „Wir sind, wenn es darauf ankommt, halt sehr diszipliniert.“

**STANDARD:** Herrscht unter den Österreichern also einfach mehr Schlandrian?

**Anschöber:** Nein. Es ist uns bei einem Teil der Bevölkerung offensichtlich zu wenig gelungen, ihn mitzunehmen.

**STANDARD:** Dann war es also die Regierung, die den klaren Kurs aus den Augen verloren hat. Sie hat widersprüchliche Botschaften ausgesendet, ständig neue, verwirrende Regeln aufgestellt, die selbstgesteckten Ziele ignoriert.

**Anschöber:** In der ganzen Welt gibt es kein Land, wo keine Fehler passiert sind. Schuldzuweisungen sind das Schlechteste inmitten einer Pandemie. Danach wird es aber eine Evaluierung geben, aus der nicht nur einzelne Politiker, sondern wir alle lernen müssen. Die Pandemie ist weltweit ein laufender Lernprozess. Ich erinnere mich an Mai, als wir über die Einführung des Mund-Nasen-Schutzes diskutiert haben. In meinem Beraterstab hat die Hälfte Ja gesagt, ein Drittel Nein, wie auch die Weltgesundheitsorganisation WHO, der Rest „na ja“. Da ist es schwierig, eine evidenzbasierte Entscheidung zu treffen.

**STANDARD:** Sebastian Kurz drängt auf einen „grünen Impfpass“ nach Vorbild Israels, der immunisierten Menschen die alten Freiheiten vom Reisen bis zum Restaurantbesuch zurückgeben soll. Sollte sich die EU nicht einigen, will der Kanzler einen Alleingang Österreichs. Sie auch?

**Anschöber:** An der technischen Vorbereitung arbeiten wir schon längst. Ein solcher Pass wird die Grundlage sein, um wieder reisen zu können. Ein großes ethisches und demokratiopolitisches Thema ist aber die Frage der Anwendung des Passes: Wo ergibt er Sinn? Wo

gibt's Bereiche, die ausgenommen werden können? Da aber noch nicht einmal fünf Prozent der Bevölkerung geimpft sind, kommt diese Debatte zu früh, außerdem müssen wir wissen, ob geimpfte Menschen andere trotzdem anstecken können oder nicht. Auf jeden Fall brauchen wir eine europäische Lösung. Ein Alleingang ist sinnlos, denn wir wollen ja nicht nur bis zum schönen Bodensee reisen können.

**STANDARD:** Die ÖVP beschwert sich über die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, wälzt Pläne zu deren Zerschlagung. Goutieren Sie das als Koalitionspartner?

**Anschöber:** Die Kritik der ÖVP von außen an der Justiz ist entbehrlich. Da braucht es eine Cool-down-Phase. Unsere Aufgabe als Grüne ist es, die Justiz vor politischen Zugriffen zu schützen. Weil wir das tun, hat sich aus der Situation eine erfreuliche Dynamik ergeben. Auf unseren Druck wird es eine Bundesstaatsanwaltschaft, ein Informationsfreiheitsgesetz und eine weisungsfreie Glücksspielbehörde samt besserem Spielerschutz geben.

**STANDARD:** Als Koalitionspartner müssen die Grünen der ÖVP letztlich den Rücken stärken ...

**Anschöber:** Einspruch! Wir haben der ÖVP nicht den Rücken gestärkt, sondern uns klar positioniert und drei Anliegen, über die seit Jahrzehnten geredet wird, durchgesetzt.

**STANDARD:** Werden die Wähler den Grünen nicht allein den Umstand übelnehmen, dass sie einer Partei, die etwa auch bei den Abschiebungen von Kindern unerbittlich vorgeht, die Mehrheit beschaffen?

**Anschöber:** Dass ÖVP und Grüne sehr unterschiedliche Parteien sind, ist nicht wirklich eine Neuigkeit. Verändert hat sich nur: Wir tragen die Konflikte jetzt transparent aus. Trotzdem gibt es tagtäglich viele gemeinsame Projekte, die gut laufen. Allein in den vergangenen Tagen: vom neuen Sozialpaket bis zur Totalreform des Glücksspiels.

**RUDOLF ANSCHÖBER** (60) aus Wels, ehemals Volkshullehrer und Landesrat, ist seit Jänner des Vorjahres Sozial- und Gesundheitsminister.



Ausblick in bessere Zeiten? Minister Anschöber dämpft Hoffnungen auf ein rasches Frühlingserwachen nach Corona.

Foto: Heibert/Corbis

„Die Presse“, 26.02.2021

## Was die Staatsanwälte von Gernot Blümel wissen wollen

**S**penden. Der Finanzminister wird heute zum Verdacht der illegalen Finanzierung der ÖVP durch Novomatic befragt.

Von Martin Fritzl

Wien. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) per offenem Brief aufgefordert, ihn doch einzuvernehmen. Das macht die WKStA vorerst nicht, dafür muss Finanzminister Gernot Blümel heute als Beschuldigter aussagen. Blümel hat bisher alle Vorwürfe zurückgewiesen und wird das wohl auch heute machen. Vergangene Woche hat eine Hausdurchsuchung beim Minister stattgefunden, die Staatsanwälte können ihn mit dem konfrontieren, was dabei gefunden wurde.

### Der Vorwurf

Das Blümel-Verfahren ist ein Nebenstrang der Ermittlungen gegen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dem vorgeworfen wird, der Novomatic für die Bestellung von Peter Sidlo zum Casinos-Vorstand Vorteile angeboten zu haben. Bei den Ermittlungen stieß die WKStA auf ein SMS von Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel, in dem um einen Termin beim damaligen Außenminister, Sebastian Kurz, gebeten wurde - wegen einer Spende und eines Problems, das Novomatic in Italien hat. Das lässt eine Vermischung von Spende und Amtsgeschäft vermuten, womit der Tatbestand der Korruption erfüllt wäre. Der Termin mit Kurz dürfte nicht zustande gekommen sein, Blümel hat seinen engen Vertrauten Thomas Schmid, damals Generalsekretär im Finanzministerium, gebeten, sich um die Sache zu kümmern - und zwar mit den Worten "Tu es für mich". Was Schmid gemacht hat, will die WKStA

nun genau wissen: Am Donnerstag hat sie die entsprechenden Mails dazu im Finanzministerium beschlagnahmt.

### Das Handy

Was hat die WKStA eigentlich in der Wohnung des Finanzministers gesucht? Beschlagnahmt wurde ein Laptop, in erster Linie dürfte es aber um Handys gegangen sein. Blümel hatte neben seinem Diensthandy immer auch ein privates Handy. Bei seinem Auftritt im Ibiza-Untersuchungsausschuss im Vorjahr sagte er aus, dass er dieses in den vergangenen Jahren mehrmals gewechselt hat und dass der SMS-Verkehr jeweils auf dem alten Handy verblieben ist. Die Staatsanwälte waren daher auch auf der Suche nach alten Mobiltelefonen, um Entscheidungen aus dem Jahr 2017 nachvollziehen zu können. Ob die Suche erfolgreich war, ist nicht überliefert.

### Novomatics Italien-Problem

Novomatic drohten 2017 hohe Strafzahlungen in Italien wegen der Zahlung angeblich nicht marktkonformer Lizenzgebühren an die Konzernmutter. Neumann ist, wie aus dem Akt der WKStA hervorgeht, extrem unzufrieden mit der Vorgehensweise des zuständigen Vorstandsmitglieds, das "nicht alle Hebel und Beziehungen einsetzt, die wir im Unternehmen haben". Der Versuch des Vorstandskollegen, über den Berater und Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer Kontakt mit dem "Renzi-Lager" in Italien aufzunehmen, ist Neumann zu wenig, er schreibt das eingangs erwähnte SMS an Blümel, damals nicht amtsführender Stadtrat in Wien. Blümel und Neumann kennen sich schon seit Jahren, sie sind gemeinsam im Fit-

nessstudio, Neumann bittet Blümel auch um einen Job für seine Freundin in einem Ministerium.

### Die Spende

Hat es nun tatsächlich eine Spende gegeben oder ist eine solche zumindest angeboten worden (was in Zusammenhang mit einem Amtsgeschäft auch schon strafbar wäre)? Ein Beleg dafür liegt nicht vor, auch nicht in den Akten der WKStA, soweit diese bisher bekannt sind. Und Blümel hat ja per eidesstattlicher Erklärung versichert, dass weder Bundes- noch Landes-ÖVP noch ihm nahestehende Vereine eine derartige Spende erhalten hätten. Die WKStA fasst ihre Ermittlungen allerdings etwas breiter: Laut der Begründung der Hausdurchsuchung geht es darum zu untersuchen, ob es "zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic in die Sphäre des Sebastian Kurz" gekommen sei. "Zuwendung" und "Sphäre": Es geht also nicht unbedingt um eine Spende, diese muss auch nicht direkt bei der ÖVP gelandet sein.

Dass sich Novomatic mit dem Thema Zuwendungen an die ÖVP beschäftigt hat, zeigen Nachrichten von Neumann und von Novomatic-Presse Sprecher Bernhard Krumpel, einst auch Sprecher von ÖVP-Politiker Wolfgang Sobotka. Da geht es darum, dass Kurz als neuer ÖVP-Obmann dringend Geld braucht. Zum Industriellen Stefan Pierer, der damals die Spenden an die ÖVP verdoppelte und 436.000 Euro an die Partei überwies, heißt es bei Neumann: "Wir haben etwas noch Besseres vor." Was das war? Und ob das umgesetzt wurde? Das gehört zu den Fragen, die die Staatsanwaltschaft heute an Gernot Blümel richten wird.

„Tiroler Tageszeitung“, 26.02.2021

## Sämtliche Novomatic-Daten angefordert

Wien-Nach der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) am 11. Februar hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) jetzt die Sicherstellung der gesamten E-Mails, Daten, Datenträger und sonstiger Unterlagen im Zusammenhang mit der Novomatic und deren italienischen Steuerschulden angefordert. Am gestrigen Mittwoch seien Ermittler mit der "Anordnung zur Sicherstellung" im Ministerium und im Bundesrechenzentrum aufgetaucht, berichtet der Kurier.

Dem Bericht zufolge geht es den Ermittlern vor allem um die Korrespondenz von Ex-Kabinettschef Thomas Schmid und anderer Beamter im Finanzministerium. Außerdem suche die WKStA nach einer Kommunikation auf Beamtenebene zwischen Österreich und den italienischen Finanzbeamten.

"Sicherstellungen" sollen außerdem im Bundesrechenzentrum beabsichtigt worden sein, so der Kurier. Dort habe die Anordnung aber für Wirbel gesorgt, weil das Bundesrechenzentrum eine GesmbH und nur ein Dienstleister für das Ministerium ist.

Finanzminister Blümel wird heute von der WKStA einvernommen. Sie ermittelt gegen ihn wegen Bestechlichkeit- und auf der anderen Seite gegen den früheren Novomatic-Chef Harald Neumann. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet illegale Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic. Blümel, ÖVP und Neumann weisen die Vorwürfe zurück. (APA, TT)

„Kleine Zeitung“, 26.02.2021

Spendenliste aufgetaucht

## Novomatic weist Vorwürfe schon vorab zurück

In einem ungewöhnlichen Schritt hat der Glücksspielkonzern Novomatic Fragen einer Recherchekooperation von "profil", "Der Standard" und "ZiB 2" veröffentlicht – und gleich die Antworten dazu. In seinen Antworten auf die 13 Fragen weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoring-Aktivitäten und direkter Einflussnahme auf Politiker zurück. Die Fragen bezogen sich großteils auf Geldflüsse an einzelne Organisationen.

Basis für die Fragen ist eine "Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018". Novomatic schreibt, dem Unternehmen liege diese Liste nicht vor, sie beinhalte "Informationen, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten". Die Liste soll 2020 bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden sein.

„www.nachrichten.at“, 25.02.2021

## Novomatic geht in die Offensive: "Sponsoring keine Politikerbeeinflussung"



Novomatic-Konzernzentrale in Gumpoldskirchen.

**WIEN.** In einem ungewöhnlichen Schritt hat der Glücksspielkonzern Novomatic Fragen einer Recherchekooperation von "profil", "Der Standard" und "ORF-ZiB2" veröffentlicht - und gleich die Antworten dazu.

In seinen Antworten auf die 13 Fragen weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoring-Aktivitäten und einer direkten Einflussnahme auf Politiker zurück. Die Fragen richteten sich größtenteils auf konkrete Geldflüsse an einzelne Organisationen.

Basis für die Fragen ist eine "Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018". Novomatic schreibt, dem Unternehmen liege diese Liste nicht vor, sie beinhalte "Informationen die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten". Rechtliche Schritte gegen die Recherchekooperation würden geprüft. Von der Recherchekooperation hieß es am Donnerstag auf APA-Anfrage, es handle sich um eine Liste, die 2020 bei einer Hausdurchsuchung bei einem leitenden Mitarbeiter beschlagnahmt worden sei.

Die Recherchekooperation stellt ihre Fragen zur Sponsoringtätigkeit der Novomatic. Teilweise geht das Unternehmen nicht darauf ein, unter Verweis darauf, dass die ursprüngliche Liste nicht bekannt sei. Keinesfalls aber stünden Geldflüsse mit politischen Gegenleistungen in Verbindung, betont Novomatic mehrfach. Geld komme immer den Vereinen und nicht deren Obleuten zugute. "Dass (auch) politisch tätige Personen in einzelnen Gremien in einzelnen Vereinen oder Institutionen repräsentiert sind, entspricht wohl auch der österreichischen Vereinskultur und hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung", so eine der Antworten. Auch Unternehmenseigentümer Johann Graf treffe niemals operative Entscheidungen, wer gesponsert wird. Auf die konkrete Frage ob sich Novomatic in den genannten Zusammenhängen irgendetwas vorzuwerfen habe, gibt es als Antwort ein glattes "Nein".

„www.krone.at“, 25.02.2021

**SPONSORING-LISTE**

## **Novomatic: Keine Einflussnahme auf Politiker**



Am Tag vor der [Einvernahme von Finanzminister Gernot Blümel](#) in der Causa Novomatic hat der niederösterreichische Glücksspielkonzern einen ungewöhnlichen Schritt unternommen und Recherchefragen mehrerer Medien veröffentlicht und diese auch gleich beantwortet. In seinen Antworten auf die 13 Fragen weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoring-Aktivitäten und einer direkten Einflussnahme auf Politiker zurück.

Die Fragen von „profil“, „Standard“ und der ORF-„ZiB 2“ richten sich größtenteils auf konkrete Geldflüsse an einzelne Organisationen. Basis für die Fragen ist eine „Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018“. Novomatic schreibt, dem Unternehmen liege diese Liste nicht vor, sie beinhalte „Informationen, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten“. Rechtliche Schritte gegen die Recherchekooperation würden geprüft.

### **Liste offenbar bei Hausdurchsuchung sichergestellt**

Von der Recherchekooperation hieß es am Donnerstag auf APA-Anfrage, es handle sich um eine Liste, die 2020 bei einer Hausdurchsuchung bei einem leitenden Mitarbeiter beschlagnahmt worden sei. Die Recherchekooperation stellt ihre Fragen zur Sponsoring-Tätigkeit der Novomatic. Teilweise geht das Unternehmen nicht darauf ein - unter Verweis darauf, dass die ursprüngliche Liste nicht bekannt sei. Keinesfalls aber stünden Geldflüsse mit politischen Gegenleistungen in Verbindung, wie Novomatic in der Aussendung mehrfach betont.

Geld komme immer den Vereinen und nicht deren Obleuten zugute. „Dass (auch) politisch tätige Personen in einzelnen Gremien in einzelnen Vereinen oder Institutionen repräsentiert sind, entspricht wohl auch der österreichischen Vereinskultur und hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung“, lautet eine der Antworten. Auch Unternehmenseigentümer Johann Graf treffe niemals operative Entscheidungen, wer gesponsert wird. Auf die konkrete Frage, ob sich Novomatic in den genannten Zusammenhängen irgendetwas vorzuwerfen habe, gibt es als Antwort ein glattes „Nein“.

„www.oe24.at“, 25.02.2021

# Parteispenden - Novomatic: Sponsoring keine Politikerbeeinflussung

## **Novomatic veröffentlicht Fragen einer Recherche Kooperation samt den Antworten darauf**

In einem ungewöhnlichen Schritt hat der Glücksspielkonzern Novomatic Fragen einer Recherche Kooperation von "profil", "Der Standard" und "ORF-ZiB2" veröffentlicht - und gleich die Antworten dazu. In seinen Antworten auf die 13 Fragen weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoring-Aktivitäten und einer direkten Einflussnahme auf Politiker zurück. Die Fragen richteten sich großteils auf konkrete Geldflüsse an einzelne Organisationen.

Basis für die Fragen ist eine "Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018". Novomatic schreibt, dem Unternehmen liege diese Liste nicht vor, sie beinhalte "Informationen die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten". Rechtliche Schritte gegen die Recherche Kooperation würden geprüft. Von der Recherche Kooperation hieß es am Donnerstag auf APA-Anfrage, es handle sich um eine Liste, die 2020 bei einer Hausdurchsuchung bei einem leitenden Mitarbeiter beschlagnahmt worden sei.

Die Recherche Kooperation stellt ihre Fragen zur Sponsoringtätigkeit der Novomatic. Teilweise geht das Unternehmen nicht darauf ein, unter Verweis darauf, dass die ursprüngliche Liste nicht bekannt sei. Keinesfalls aber stünden Geldflüsse mit politischen Gegenleistungen in Verbindung, betont Novomatic mehrfach. Geld komme immer den Vereinen und nicht deren Obleuten zugute. "Dass (auch) politisch tätige Personen in einzelnen Gremien in einzelnen Vereinen oder Institutionen repräsentiert sind, entspricht wohl auch der österreichischen Vereinskultur und hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung", so eine der Antworten. Auch Unternehmenseigentümer Johann Graf treffe niemals operative Entscheidungen, wer gesponsert wird. Auf die konkrete Frage ob sich Novomatic in den genannten Zusammenhängen irgendetwas vorzuwerfen habe, gibt es als Antwort ein glattes "Nein".

„www.orf.at“, 25.02.2021

## **Spenden: Novomatic geht mit Anfrage an Öffentlichkeit**

In einem ungewöhnlichen Schritt hat der Glücksspielkonzern Novomatic gestern Fragen einer Recherchekooperation von „profil“, „Der Standard“ und ZIB2 veröffentlicht - und gleich die Antworten dazu. In seinen Antworten auf die 13 Fragen weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoringaktivitäten und einer direkten Einflussnahme auf Politiker zurück. Die Fragen richteten sich größtenteils auf konkrete Geldflüsse an einzelne Organisationen.

Basis für die Fragen ist eine „Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018“. Novomatic schreibt, dem Unternehmen liege diese Liste nicht vor, sie beinhalte „Informationen, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten“.

### **2020 bei Hausdurchsuchung beschlagnahmt**

Rechtliche Schritte gegen die Recherchekooperation würden geprüft. Von der Recherchekooperation hieß es auf APA-Anfrage, es handle sich um eine Liste, die 2020 bei einer Hausdurchsuchung bei einem leitenden Mitarbeiter beschlagnahmt worden sei.

Die Recherchekooperation stellt ihre Fragen zur Sponsoringtätigkeit der Novomatic. Teilweise geht das Unternehmen nicht darauf ein, unter Verweis darauf, dass die ursprüngliche Liste nicht bekannt sei. Keinesfalls aber stünden Geldflüsse mit politischen Gegenleistungen in Verbindung, betont Novomatic mehrfach. Geld komme immer den Vereinen und nicht deren Obleuten zugute.

„Dass (auch) politisch tätige Personen in einzelnen Gremien in einzelnen Vereinen oder Institutionen repräsentiert sind, entspricht wohl auch der österreichischen Vereinskultur und hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung“, so eine der Antworten. Auch Unternehmenseigentümer Johann Graf treffe niemals operative Entscheidungen, wer gesponsert wird. Auf die konkrete Frage ob sich Novomatic in den genannten Zusammenhängen irgendetwas vorzuwerfen habe, gibt es als Antwort ein glattes „Nein“.

„APA“, 25.02.2021

## **Parteispenden - Novomatic: Sponsoring keine Politikerbeeinflussung**

**Utl.: Novomatic veröffentlicht Fragen einer Recherchekooperation samt den Antworten darauf**

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - In einem ungewöhnlichen Schritt hat der Glücksspielkonzern Novomatic Fragen einer Recherchekooperation von "profil", "Der Standard" und "ORF-ZiB2" veröffentlicht - und gleich die Antworten dazu. In seinen Antworten auf die 13 Fragen weist das Unternehmen jeden Zusammenhang zwischen Sponsoring-Aktivitäten und einer direkten Einflussnahme auf Politiker zurück. Die Fragen richteten sich größtenteils auf konkrete Geldflüsse an einzelne Organisationen.

Basis für die Fragen ist eine "Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018". Novomatic schreibt, dem Unternehmen liege diese Liste nicht vor, sie beinhalte "Informationen die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten". Rechtliche Schritte gegen die Recherchekooperation würden geprüft. Von der Recherchekooperation hieß es am Donnerstag auf APA-Anfrage, es handle sich um eine Liste, die 2020 bei einer Hausdurchsuchung bei einem leitenden Mitarbeiter beschlagnahmt worden sei.

Die Recherchekooperation stellt ihre Fragen zur Sponsoringtätigkeit der Novomatic. Teilweise geht das Unternehmen nicht darauf ein, unter Verweis darauf, dass die ursprüngliche Liste nicht bekannt sei. Keinesfalls aber stünden Geldflüsse mit politischen Gegenleistungen in Verbindung, betont Novomatic mehrfach. Geld komme immer den Vereinen und nicht deren Obleuten zugute. "Dass (auch) politisch tätige Personen in einzelnen Gremien in einzelnen Vereinen oder Institutionen repräsentiert sind, entspricht wohl auch der österreichischen Vereinskultur und hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung", so eine der Antworten. Auch Unternehmenseigentümer Johann Graf treffe niemals operative Entscheidungen, wer gesponsert wird. Auf die konkrete Frage ob sich Novomatic in den genannten Zusammenhängen irgendetwas vorzuwerfen habe, gibt es als Antwort ein glattes "Nein".

„APA“, 25.02.2021

## Stellungnahme der NOVOMATIC AG zur aktuellen Medienanfrage der Recherchekooperation von „profil“, „Der Standard“ und ORF-ZiB2.

*Gumpoldskirchen (OTS)* - Die Recherchekooperation von „profil“, „Der Standard“ und ORF-ZiB2 hat eine umfangreiche Anfrage übermittelt, die dokumentiert, dass diese Medien über eine Liste verfügen, welche angebliche unternehmensinterne Informationen enthält, die NOVOMATIC als betroffenes Unternehmen nicht vorliegt.

Die Verwendung von Informationen, die wohl nur unter Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt werden konnten, ist jedenfalls klar abzulehnen. NOVOMATIC verwehrt sich daher entschieden gegen die laufende Verletzung von Geheimhaltungsvorschriften, die eine Berichterstattung über diese angeblichen Inhalte erst möglich macht.

NOVOMATIC weist die in der Anfrage konstruierten Vorwürfe und völlig falschen Unterstellungen auf das Schärfste zurück. Da das Unternehmen um größtmögliche Transparenz bemüht ist, hat sich NOVOMATIC dazu entschlossen, die Fragen der Recherchekooperation sowie die Antworten des Unternehmens darauf der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

***Sehr geehrte Damen und Herren,***

***ich wende mich an Sie im Rahmen einer Recherchekooperation von „profil“, „Der Standard“ und ORF-ZiB2. Wir stellen diese Anfrage ausdrücklich im Namen aller Recherchepartner. Uns liegt eine Sponsoring- und Spenden-Übersicht der Novomatic AG (NAG) und der Novomatic Gaming Industries GmbH (NGI) für die Jahre 2016 bis 2018 vor (...) Viele der Sponsoringpartner bzw. Spendenbezieher wiesen einen Nahebezug zur Politik bzw. zu politischen Parteien auf.***

***Frage 1: Ist der dargestellte Sachverhalt korrekt? Falls nicht: Was stimmt nicht?***

**Antwort:** Wir verweisen zunächst darauf, dass uns die von Ihnen angesprochene „Übersicht“ oder „Auflistung“ nicht bekannt ist; sie ist zumindest derzeit nicht Teil des im Übrigen nicht öffentlichen Ermittlungsaktes der WKStA. Daher können wir zu dieser angeblichen Urkunde – aus welcher Quelle sie auch immer stammt, dies wird noch zu klären sein – keine konkrete Stellungnahme abgeben; dazu wäre erforderlich gewesen, dass Sie uns diese angebliche Unterlage übermitteln und uns die Gelegenheit geben, diese selbst zu überprüfen. Ihre Fragen zeigen aber, dass diese „Übersicht“ oder „Auflistung“ weder vollständig noch korrekt sein kann.

***Frage 2: Welche grundsätzliche Sponsoring- und Spendenstrategie verfolgte die Novomatic-Gruppe in den vergangenen Jahren?***

**Antwort:** Zunächst hält NOVOMATIC fest, dass sie von verschiedensten Vereinen, Institutionen und Hilfsorganisationen laufend Anfragen zu Sponsorings und Unterstützungen bekommt. NOVOMATIC nimmt ihre gesellschaftliche Verantwortung insofern wahr, indem sie ohne politischen Hintergrund die für sie sinnvollen Projekte und Sponsorings nach objektiven Kriterien auswählt. Dies insbesondere auch, um den Wert ihrer Kernmarken NOVOMATIC und ADMIRAL zu stärken. Die Sponsoring- und Spendenstrategie ist – für jedermann zugänglich – im Geschäftsbericht nachzulesen. Bei NOVOMATIC werden langfristige Partnerschaften sowie Transparenz bei der Umsetzung angestrebt. Diese sind die wichtigsten Kriterien für ein Sponsoring. Denn nur so kann eine positive Wirkung nachhaltig sichergestellt werden. NOVOMATIC unterstützt im Rahmen ihres gesellschaftlichen Engagements auch gemeinnützige Organisationen. Bei allen Kooperationsbeiträgen oder Spenden wird stets darauf geachtet, dass diese Förderungen zweckgewidmet verwendet werden und die größtmögliche Wirkung der Mittel gewährleistet wird.

Darüber hinaus ist NOVOMATIC unter der Marke ADMIRAL in Österreich operativ tätig und gilt als einer der größten und wichtigsten Sport-Sponsoren. Insbesondere im Sportbereich gibt es daher zahlreiche Kooperationen, durch welche die Marke ADMIRAL prominent im Inland beworben und damit auch ihr Markenwert gestärkt wird.

***Frage 3: Alleine von 2016 bis 2018 zahlte die Novomatic-Gruppe insgesamt mehr als 1,7 Millionen Euro an Vereine, Unternehmen und Organisationen mit Verbindungen zu Politikern***

***bzw. politischen Parteien. Welche Strategie wurde damit verfolgt? Ging es darum, bei politischen Entscheidungsträgern ein günstiges Klima für Novomatic zu schaffen bzw. die Politiker zugunsten von Novomatic zu beeinflussen?***

**Antwort:** NOVOMATIC schließt ausdrücklich aus und verwehrt sich gegen die Unterstellung, dass die von Ihnen genannten Kooperationen, Sponsorings oder Unterstützungsleistungen mit irgendwelchen etwaigen politischen Gegenleistungen in Verbindung gestanden sind oder stehen. Dies ist schon aufgrund der internen Compliance-Richtlinien ausgeschlossen. Der Sponsoring- bzw. Kooperationsbeitrag kommt auch nicht einem Vereinsobmann/frau oder Schirmherrn/frau zugute, sondern ausschließlich den jeweiligen Vereinen bzw. den durch den Verein unterstützten Betroffenen. Deshalb sind Ihre Unterstellungen wie „*günstiges Klima für Novomatic zu schaffen bzw. die Politiker zugunsten von Novomatic zu beeinflussen*“, völlig tatsachenwidrig und auf das Schärfste zurückzuweisen.

Dass (auch) politisch tätige Personen in einzelnen Gremien in einzelnen Vereinen oder Institutionen repräsentiert sind, entspricht wohl auch der österreichischen Vereinskultur und hat für unsere Werbe- und Sponsoring-Aktivitäten keinerlei Bedeutung.

Auffällig ist, dass Sie zahlreiche Institutionen, mit welchen NOVOMATIC im von Ihnen genannten Zeitraum kooperiert hat – wie beispielsweise das Österreichische Rote Kreuz, Licht ins Dunkel, SOS-Kinderdorf, St. Anna Kinderkrebsforschung, Vier Pfoten, Rote Nasen Clowndoctors, Licht für die Welt, Menschen für Menschen uvm. – nicht erwähnen. Wenn über die Sponsoring- und Spendentätigkeiten von NOVOMATIC berichtet wird, dann legt NOVOMATIC darauf Wert, dass nicht nur einzelne dieser Aktivitäten herausgegriffen werden, um gezielt ein falsches und negatives Bild über das Unternehmen in der Öffentlichkeit zu zeichnen.

Im Übrigen ist NOVOMATIC bei allen von Ihnen genannten Vereinen mit einem angeblichen Nahebezug zur Politik nur *einer* von vielen Kooperationspartnern. Warum Sie hier immer nur NOVOMATIC herausgreifen, ist für uns nicht nachvollziehbar.

***Frage 4: Weshalb scheinen als „Auftraggeber“ mehrerer Sponsorings Politiker bzw. parteinahe Personen in der Liste auf? Haben diese Personen bei Novomatic das jeweilige Sponsoring bestellt bzw. veranlasst?***

**Antwort:** Wie bereits eingangs festgehalten, haben Sie uns Ihr angebliches Dokument nicht übermittelt. Wir wissen daher auch nicht, woher dieses Dokument stammt und was mit „Auftraggeber“ gemeint sein könnte. Es kann jedenfalls ausgeschlossen werden, dass es „externe Auftraggeber“ für Sponsorings oder Spenden gibt, sondern selbstverständlich das Unternehmen nach den internen Richtlinien und Sponsoring- und Spendenkriterien eine Entscheidung darüber trifft, ob eine Kooperation erfolgt oder nicht. Fakt ist, dass Spenden und Sponsorings weder für oder an eine politische Partei noch für oder an einen Politiker als Person getätigt wurden, sondern entweder im Fall einer Spende für eine gemeinnützige Organisation geleistet oder im Falle eines Sponsorings für eine entsprechende (werbliche) Gegenleistung erbracht wurde oder wird.

***Frage 5: Von 2016 bis 2018 finden sich Sponsorings von mehr als 350.000 Euro, die dem Auftraggeber „NÖ Sponsoring“ zugeordnet sind. Bei den Empfängern handelt es sich Großteils um Unternehmen, Vereine und Organisationen mit Nahebeziehung zur ÖVP. Flankiert wurden die Sponsorings mitunter auch durch korrespondierende, ebenfalls gesponserte Veranstaltungen im Novomatic Forum. Wie kamen diese Sponsorings zustande? Was ist mit der Auftraggeberbezeichnung „NÖ Sponsoring“ gemeint? Handelt es sich hierbei um Sponsorings, die über eine zentralen Stelle des Landes NÖ organisiert werden? Wie genau funktioniert dieses System der Zuteilung von Sponsorgeldern?***

**Antwort:** NOVOMATIC hat ihr internationales Headquarter in Niederösterreich und beschäftigt allein in Niederösterreich weit mehr als 1.000 Mitarbeiter. Aus diesem Grund ist die Außenwahrnehmung in und bezugnehmend auf Niederösterreich für NOVOMATIC besonders wichtig und werthaltig – insbesondere, weil wir hier auch als wichtiger und verlässlicher Arbeitgeber wahrgenommen werden wollen, der sich gesellschaftspolitisch und kulturell engagiert. Wie bereits ausgeführt, kann jedenfalls ausgeschlossen werden, dass es „externe Auftraggeber“ für Sponsorings oder Spenden gibt. NOVOMATIC trifft nach internen Richtlinien und Sponsoring- bzw. Spendenkriterien eine Entscheidung darüber, ob eine Kooperation erfolgt oder nicht. Offenbar handelt es sich bei Ihrer Frage um Sponsorings mit Niederösterreich-Bezug; mangels Übermittlung Ihrer angeblichen Übersicht können wir zu Details leider nicht Stellung nehmen.

***Frage 6: In der Liste finden sich mehrere Sponsorings, die dem Auftraggeber „PG“ zugeordnet sind. „PG“ steht bei Novomatic bekanntermaßen für Eigentümer Johann Graf („Professor Graf“). Unter diesen Sponsorings finden sich mehrere an den Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband NÖ, aber zum Beispiel auch eine Zahlung von 1000 Euro im Jahr 2017***

**für einen Messkelch für ein Priesterjubiläum eines bestimmten Paters. Johann Graf bekleidet keine Organfunktion bei der NAG bzw. bei der NGL. Weshalb hat er dennoch Zugriff auf den Sponsoring-Etat?**

**Antwort:** Zunächst weisen wir Ihre Unterstellung, dass der wirtschaftliche Eigentümer von NOVOMATIC „auf das Sponsoring-Etat Zugriff hätte“, als unwahr zurück. Festhalten möchten wir an dieser Stelle noch einmal, dass sämtliche Sponsoring- oder Spenden-Anfragen gemäß interner Vorgaben und nach klaren Kriterien, – die Sie etwa in unserem Geschäftsbericht nachlesen können, – bewertet werden und dann eine Entscheidung des operativen Managements getroffen wird, ob eine Kooperation erfolgt. Es kann jedenfalls ausgeschlossen werden, dass Herr Prof. Graf solche operativen Entscheidungen trifft. Im Übrigen gilt aber auch hier, dass uns Ihre angebliche „Liste“ nicht vorliegt. Daher können wir diese auch hier nicht näher kommentieren.

**Frage 7: Wir haben bisher keinen veröffentlichten Hinweis darauf gefunden, dass Novomatic den FK Austria Wien gesponsert hat – noch dazu in einer derartigen Höhe. Weshalb wurde dieses Sponsoring nicht bekannt gegeben?**

**Antwort:** Offenbar ist Ihnen entgangen, dass die NOVOMATIC-Tochter ADMIRAL ein wesentlicher Sponsor des Österreichischen Fußballs, so auch der Austria Wien, ist. Zwischen dem FK Austria Wien und NOVOMATIC besteht daher eine mehrjährige Kooperation im Bereich des Sportsponsorings, wie sie international marktüblich ist. Wie in derartigen Verträgen üblich, erhält der Sponsoring-Partner zahlreiche Gegenleistungen, wie beispielsweise Logopräsenz auf den Trikots und Trainingsanzügen der Spieler und Betreuer sowie auf dem Revers/Sakko des Vorstands bei Meisterschaftsspielen oder sonstigen offiziellen Auftritten, Transparente, Bandenwerbung, Einblendung in den Pausen im Stadion des Klubs etc. Derartige Gegenleistungen sind auch in der von Ihnen angesprochenen Kooperation vereinbart. Ihre Behauptung, dass das Sponsoring nicht bekannt gegeben wurde, können wir daher nicht nachvollziehen. Den Nachweis, dass ADMIRAL zu den Premium-Sponsoren zählt, finden Sie unter <https://www.fk-austria.at/de/business/sponsoren/> . Das ist also bei einer einfachen Recherche im Web leicht feststellbar.

**Frage 8: Wie genau kam die Spende an Karlheinz Kopf/Lebenshilfe Vorarlberg von 300 Euro im Jahr 2017 zustande?**

**Antwort:** NOVOMATIC arbeitet immer wieder mit der Lebenshilfe zusammen, weil wir davon überzeugt sind, dass es sich dabei um eine enorm wichtige Einrichtung handelt, die Unterstützung verdient. Festzuhalten ist, dass wir in vielen Bundesländern die Lebenshilfe unterstützen. Die Spende an die Lebenshilfe Vorarlberg ist jedenfalls mit Sicherheit nicht Herrn Karlheinz Kopf zugekommen, sondern dem Verein.

**Frage 9: Welche Rolle spielte Hans Niessl in Bezug auf die jährliche Spende von 1.500 Euro für die Licht ins Dunkel Gala Burgenland? Hat Novomatic bei Hans Niessl den Wunsch deponiert, er möge sich für die Ausschreibung einer Casinolizenz – etwa für den Standort Parndorf – starkmachen?**

**Antwort:** NOVOMATIC hat an Licht ins Dunkel über viele Jahre hinweg gespendet, alleine in den letzten Jahren mehr als eine halbe Million Euro. Die von Ihnen herbeikonstruierte Unterstellung weisen wir auf das Schärfste zurück. Im Übrigen sind Spielbankenkonzessionen nicht Landes-, sondern Bundesangelegenheit. NOVOMATIC kann jedenfalls ausschließen, diesbezüglich an LH a.D. Hans Niessl herantreten zu sein.

**Frage 10: Im Jahr 2016 bezahlte die Novomatic AG 57.500 Euro an den ASV Draßburg (Präsident: Christian Illedits). Illedits war bekanntlich 2011/12 aufseiten der SPÖ an der Gestaltung des Burgenländischen Veranstaltungsgesetzes mitbeteiligt, auf dessen Grundlage Admiral Casinos 2013 eine Lizenz zur Aufstellung von 110 Automaten erhielt. Welchen Zweck hatte diese Zahlung? Ging es darum, bei Illedits positive Stimmung für Novomatic zu machen bzw. ihn zu beeinflussen? Gab es darüber hinaus auch Sponsorings der Admiral-Gruppe an den ASV Draßburg? Wenn ja, in welcher Höhe?**

**Antwort:** Auch hier weisen wir die von Ihnen konstruierten Vorwürfe und Zusammenhänge aufs Schärfste zurück – wir haben Ihnen im Übrigen diesbezüglich schon mehrmals detaillierte Antwort gegeben. Der journalistischen Sorgfalt entsprechend sollten Sie die Aussagen von Herrn Illedits im Commercialbank-Untersuchungsausschuss im Burgenland nachlesen, aus denen hervorgeht, dass diese Unterstellungen falsch sind. Das Sportsponsoring des ASV Draßburg besteht bereits seit 2007. Es gibt im Burgenland zwei bekannte Fußballvereine, von denen einer der ASV Draßburg ist. Aus diesem Grund war und ist dieser Verein für ein Sponsoring mit der im Sportwettbewerb bekannten Marke ADMIRAL wesentlich. Dass ADMIRAL in Österreich einer der wesentlichsten und wichtigsten Sportsponsoren ist, haben wir oben bereits ausgeführt.

**Frage 11: In der Sponsoring-Liste finden sich von 2016 bis 2018 Zahlungen bzw. Veranstaltungssponsorings von insgesamt mehr als 250.000 Euro zugunsten von Unternehmen bzw. Organisationen im Eigentum bzw. im Nahebereich von Gerhard H. (maX iconvienna GmbH – nunmehr EBI Brand Services GmbH, European Brand Institute GmbH, Rotary Club Klosterneuburg). Für 2019 sind weitere Zahlungen bzw. Veranstaltungssponsorings von mehr als 30.000 Euro vermerkt. Als „Auftraggeber“ ist in der vorliegenden Liste in den meisten Fällen „KR Gerhard H.“ angeführt. Gerhard H. gibt über das European Brand Institute (EBI) Markenwertstudien heraus. Auffallenderweise schneidet Novomatic in diesen Studien besonders gut ab (Rang zwei hinter Red Bull). Demzufolge hätte Novomatic nach dem Ibiza-Skandal im Markenwert sogar zugelegt. In der Presseaussendung des EBI vom 1. Juli 2020 steht wörtlich: „Europas größter Hightech Gaming-Technologiekonzern NOVOMATIC besticht mit kontinuierlichem Markenwertwachstum, einzigartiger Innovationskraft mit 4.700 registrierten IP-Schutzrechten und rückt erstmals auf Platz 2 vor.“ Hat Novomatic Zahlungen an Unternehmen von Gerhard H. geleistet bzw. seinen Rotary Club gesponsert, um – entgegen den Tatsachen – bei seinen Markenwertstudien besonders gut abzuschneiden? Falls nicht: Weshalb wurden dennoch derart hohe Zahlungen geleistet? Weshalb scheint Gerhard H. gar als „Auftraggeber“ der meisten dieser Zahlungen in der Liste auf?**

Antwort: NOVOMATIC weist die von Ihnen in diesem Zusammenhang konstruierten Vorwürfe auf das Schärfste zurück. NOVOMATIC kooperierte – wie viele andere Unternehmen auch – insbesondere im Veranstaltungsbereich mit der maX iconvienna GmbH; diese stehen in keinerlei Zusammenhang mit der von unabhängigen Experten für Marken- und Patentbewertung durchgeführten Markenwertstudie. Das GLOBAL TOP 100 BRAND CORPORATIONS RANKING des European Brand Institutes – durchgeführt von Europas unabhängigen Experten für Marken- und Patentbewertung – analysiert jährlich mehr als 3.000 Markenunternehmen und deren Marken in 16 Branchen im Vergleich Europa, Amerika und Asien, basierend auf aktuellsten ISO-Standards. Der große Markenwert von NOVOMATIC ergibt sich insbesondere auch daraus, dass die Marke NOVOMATIC in über 70 Ländern weltweit als Technologie-Markenunternehmen auftritt und wahrgenommen wird. Davon profitiert im Übrigen auch die Republik Österreich, die insbesondere auch aufgrund der internationalen Tätigkeit von NOVOMATIC umfangreiche Steuern und Abgaben lukriert und durch die hohe Markenbekanntheit von NOVOMATIC auch als Land der Innovation wahrgenommen wird. Ein erfolgreiches Unternehmen wie NOVOMATIC hat es nicht nötig, sich seinen Markenwert „zu erkauften“.

**Frage 12: In der Liste finden sich lediglich zwei Einträge zu Sponsorings/Spenden im Bereich Spielsucht (60.000 Euro für eine Forschungs Kooperation mit der Med Uni Wien sowie insgesamt 65.000 Euro für den Verein ASÖ – Anonyme Spieler Österreich). Gemessen an den Summen, die Spielsüchtige verlieren, wirkt dies sehr gering. Weshalb spendet Novomatic in diesem Bereich keine höheren Beträge bzw. an weitere Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind? Aus welchem Grund wurde gerade der Verein ASÖ ausgewählt?**

Antwort: Es ist uns leider in keiner Weise nachvollziehbar, wie Sie zu dieser völlig unrichtigen Annahme kommen. Diese Annahme belegt ein weiteres Mal, dass Ihre „Aufstellung“ oder „Auflistung“ weder korrekt, noch vollständig sein kann. Tatsächlich gibt NOVOMATIC allein in Österreich jährlich mehr als 2 Millionen Euro für den Bereich Responsible Gaming aus, darunter fallen neben der Ausbildung von Präventionsbeauftragten, umfassenden Mitarbeiterschulungen im Bereich Spieler- und Jugendschutz, Zertifizierungen im Präventionsbereich und technologischen Spielerschutzmaßnahmen auch die Kooperationen mit Einrichtungen der Suchtprävention wie etwa dem Anton Proksch Institut, pro mente, ASÖ, MedUni Wien, Tirol BIN, Diakonie de La Tour, Institut Glücksspiel & Abhängigkeit, Fachstelle für Glücksspielsucht. Alleine in Österreich hat NOVOMATIC in den letzten 3 Jahren mehr als 6 Millionen Euro für den Bereich Responsible Gaming ausgegeben.

**Frage 13: Hat sich Novomatic in den genannten Zusammenhängen irgendetwas vorzuwerfen?**

Antwort: Nein. NOVOMATIC schließt ausdrücklich aus und verwehrt sich gegen die Unterstellung, dass die genannten Kooperationen, Sponsorings und/oder Unterstützungsleistungen mit irgendwelchen etwaigen politischen Gegenleistungen in Verbindung gestanden sind oder stehen.

Abschließend halten wir fest, dass wir die Verwendung von Informationen, die unter offenkundiger Verletzung rechtlicher Bestimmungen erlangt wurden, klar zurückweisen. Das gilt ganz besonders in diesem Kontext, wo Sie uns Ihre angebliche „Übersicht“ oder „Auflistung“ erst gar nicht zur Prüfung und Stellungnahme zur Verfügung stellen, sondern bloß auszugsweise irgendwelche angeblichen Einzelheiten dieses Dokuments wiedergeben, ohne uns einen Blick auf den einzig relevanten Gesamtkontext zu ermöglichen. Dass Sie mit dieser Vorgangsweise nicht in Ansätzen die journalistische Sorgfalt wahren, ist Ihnen wohl selbst bewusst.

Zum Schutze der Reputation unseres Unternehmens und der mehr als 22.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir prüfen, welche rechtliche Schritte wir aufgrund Ihrer Vorgangsweise einleiten werden.

**Rückfragen & Kontakt:**  
Dr. Peter Zöchbauer  
Rechtsanwalt  
office @ medienanwaelte.at

„www.isa-guide.de“, 25.02.2021

## NOVOMATIC's THUNDERCASH™ Link wins SAGSE Award

**On the occasion of the SAGSE 2020 Awards, NOVOMATIC proudly won the award for the “Best Electronic Roulette” as well as the “Best Land-based Progressive”.**

Alan Burak, Vice President of Monografie, said: „The SAGSE Awards 2020 recognize last year's most outstanding companies, which have led this industry's journey towards recovery. The whole gaming industry has shown its strength, and adaptability based on social responsibility, health and safety measures, and above all, innovation in every aspect: This is and will be the comprehensive boost for the main players of the sector.”

The SAGSE Awards are based on an independent industry jury of over 2,500 votes from customers and industry participants all over Latin America. 30 categories comprise the diverse industry segments including land-based, online and lotteries, as well as many other industry players such as media and gaming labs. This year's award ceremony took place within the framework of the SAGSE powered Play'n GO event at the Hipódromo Argentino de Palermo on February, 24th.



NOVOMATIC was among the proud winners, with awards for the “Best Electronic Roulette” offering including the NOVO UNITY™ II, Lotus Roulette™ and single player Pinball Roulette™ as well as for the hugely popular THUNDERCASH™ Link as the “Best Land-based Progressive”. Both are player favourites across the Latin American region.

Max Bauer, NOVOMATIC V.P. LATAM & Caribbean, said: “It makes me particularly proud to see this recognition, knowing first-hand how diligently our teams in each country worked with our customers to find the best configuration, placement and promotions for our THUNDERCASH™ Progressive.”

Congratulations also came from the Austrian headquarters from the newly appointed V.P. Global Sales, Jakob Rothwangl: “My congratulations and thanks to all our LATAM teams for their hard work and dedication.”

„Kronen Zeitung“, 25.02.2021

➤ Neue weisungsfreie Behörde ➤ Blümel

# Glücksspiel und

Dass die dreifache Kompetenz des Finanzministers beim Glücksspiel, nämlich Eigentümerversorger und zugleich zuständig für die Lizenzvergabe und die Aufsicht, problematisch ist, war schon lange klar. Jetzt werden die Bereiche endlich entkoppelt, die Agenden wandern in eine neue, weisungsfreie Behörde. Einzig laut ÖVP hat dies nichts damit zu tun, dass Minister Gernot Blümel in der Causa Casinos Beschuldigter ist.

Der Finanzminister, bei dem es ja eine Hausdurchsuchung gegeben hat, wird am Freitag von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft einvernommen. „Ich bin froh, dass ich die Gelegenheit habe, die falschen Vorwürfe auszuräumen“, so Blümel. Unterdessen erklärte das Außenministerium, dass man im Jahr 2017 keine Hilfe für Novomatic in Italien (darum hatte der Konzern in einer SMS an Blümel gebeten, gleichzeitig war von einer Spende die Rede) geleistet habe.

In Sachen Glücksspiel legte die Regierung gestern ein umfangreiches Paket vor. Aufsicht und Lizenzvergabe werden aus dem Finanzministerium herausgelöst und an eine weisungsfreie Behörde übertragen. Außerdem kommt ein generelles Verbot von Spenden, Sponsoring und Inseraten von Glücksspielunternehmen an Parteien. Weiters werden die ungenutzten Casinolizenzen und die Bundeslizenzen für Automaten – darum drehen sich „seit 15 Jahren alle Korruptionfälle zwi-

wird am Freitag einvernommen ➤ Er zeigt sich „froh“ darüber

# Ministerium: Trennung

Die Regierung setzt nun die Entflechtung der Glücksspielkompetenzen um.



Foto: stock.adobe.com



Foto: www.picturedesk.com

**Politik und Glücksspiel vertragen sich nicht.**

Nina Tomaselli,  
Fraktionsführerin der Grünen im  
Ibiza-Untersuchungsausschuss

schen Glücksspiel und Politik“, wie es in einem Papier heißt – abgeschafft.



Die Entflechtung von Politik und Glücksspiel ist im türkis-grünen Regierungsprogramm festgeschrieben. Den-

noch ist es natürlich kein Zufall, dass das längst überfällige Paket ausgerechnet jetzt kommt. Auch wenn die ÖVP das gern so darstellt. Hinter den Kulissen ist zu vernehmen, dass die Reform am vergangenen Dienstag, also je-

nem Tag, an dem im Nationalrat der Misstrauensantrag gegen Gernot Blümel behandelt wurde, entstanden ist. Der Minister ist nun jedenfalls ein Argument seiner Gegner, jenes der Unvereinbarkeit, los.

Doris Vettermann



## Glücksspiel wird vom Finanzministerium abgetrennt

**Regierung will Pläne zur Entflechtung der Glücksspielkompetenzen jetzt umsetzen.**

**Wien.** Sie wird bereits seit Längerem von mehreren Seiten gefordert – jetzt soll sie endlich kommen: die unabhängige und weisungsfreie Glücksspielbehörde. Das gab Vizekanzler Werner Kogler am Mittwoch bekannt.

**Nicht zeitgemäß.** Laut Kogler wolle man damit Berührungspunkte zwischen Politik und Glücksspiel weiter „entflechten“. Auch Finanzminister Gernot Blümel befürwortet die neue Behörde, das alte Modell sei „nicht mehr zeitgemäß“ gewesen, worauf er schon vor einem Jahr hingewiesen hätte.

**Skepsis.** Während Novomatic und auch die Casinos Austria die Pläne befürworten, gibt sich die Opposition hingegen skeptisch. Die Neos orten eine „ÖVP-Verteidigungsstrategie“ für Blümel. FPÖ-Obmann Norbert Hofer sieht das staatliche Glücksspielmonopol gar „über Bord geworfen“.



# Blümel muss wieder zur Einvernahme

Blümel muss zur Staatsanwaltschaft.

## Termin bei der WKStA am Freitag: Minister ist »froh«

**Nach der Hausdurchsuchung hat der Finanzminister einen neuen Termin bei der WKStA.**

**Wien.** Keine Ruhe in den Casinos-Ermittlungen: Finanzminister Gernot Blümel wird nach der Hausdurchsuchung vom 11. Februar am Freitag von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) einvernommen. „Ich bin froh, dass ich bereits am Freitag die Gelegenheit habe, die falschen Vorwürfe auszuräumen

so Blümel in einem schriftlichen Statement.

**Außenamt tat nichts für die Novomatic.** Gleichzeitig ging das ÖVP-geführte Außenministerium in die Offensive: Es habe im Jahr 2017 keine Hilfe für die Firma Novomatic in Italien gegeben.

**Auslöser SMS.** Auslöser der Ermittlungen gegen Blümel war ja eine SMS von Ex-Novomatic-Chef Neumann an den ÖVP-Politiker im Juli 2017. Darin bat Neumann um einen Termin beim damaligen Außenminister

Kurz, um über eine „Spende“ und „ein Problem, das wir in Italien haben“, zu sprechen.

Nach der SMS Neumanns hatte Blümel den Generalsekretär des Finanzministeriums, Thomas Schmid, um einen Rückruf bei Neumann gebeten – mit dem Hinweis „Tu es für mich“. Blümel betonte, er habe nur einem Unternehmen helfen wollen – und keinerlei Vorteile erwartet und verlangt. Auch Neumann dementierte alle Vorwürfe.

„Die Presse“, 25.02.2021

# Neuregelung des Glücksspiels bringt mehr Einschränkungen

**Ministerrat.** Das Finanzministerium soll nicht mehr direkt für Glücksspiel zuständig sein. Im Rahmen der Reform soll auch stärker reguliert werden.

VON JAKOB ZIRM

**Wien.** Angedacht war der Schritt schon seit Längerem, und auch im türkis-grünen Regierungsprogramm ist er festgeschrieben. Dass es nun besonders schnell geht, dürfte aber vor allem mit den jüngsten Ermittlungen der Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Finanzminister Gernot Blümel rund um von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann angebotene Spenden für die ÖVP zu tun haben. Blümel weist jegliche Vorwürfe einer Spende durch Novomatic zurück. Am Mittwoch wurden im Ministerrat jedenfalls Nägel mit Köpfen gemacht und eine „Kompetenz-Entflechtung“ des Finanzministeriums beim Thema Glücksspiel beschlossen.

Bisher ist das Finanzministerium ja einerseits (über die staatliche Beteiligungsagentur Öbag) Eigentümervertreter der Casinos Austria und andererseits zuständige Kontrollbehörde für sämtliche Glücksspielunternehmen. Diese Doppelfunktion soll künftig durchbrochen werden, indem die Agenden in eine unabhängige und weisungsfreie Glücksspielbehörde übertragen werden.

## Wer bestellt die Behörde?

Konkret soll diese neue Behörde die operative Aufsicht über das Gebaren der Glücksspielunternehmen wahrnehmen. Beim noch wesentlich heikleren Thema der Konzessionsvergabe, die in der Regel alle zehn Jahre ansteht, soll zudem auch noch ein „richterlicher Kon-

zessionssenat“ zwischengeschaltet werden. Dabei soll es strenge Unvereinbarkeits-, Transparenz- und Compliance-Bestimmungen geben, um Beeinflussung durch Firmen zu verhindern.

Bei der Entflechtung wolle man sich an „internationalen Vorzeigemodellen“ orientieren, heißt es von Blümel. Und auch der Koalitionspartner zeigt sich erfreut. Es sein ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Spielsucht, so Vizekanzler Werner Kogler.

Die Details müssen jedoch erst bis zum Begutachtungsentwurf im April ausverhandelt werden. So ist etwa noch nicht klar, wie die künftig wichtige Funktion der Behördenleitung bestellt wird. Möglich seien hierbei ein Beschluss des Ministerrats auf Vorschlag des Fi-

nanzministeriums, aber auch eine Bestellung durch das Parlament oder den Bundespräsidenten, heißt es auf Anfrage der „Presse“ im – noch – zuständigen Ministerium. Ähnliches gilt für die Details des Konzessionssenats.

## Weniger Werbung

Auch bei den inhaltlichen Punkten der geplanten Reform ist noch einiges nicht ganz klar. So sollen „die Rahmenbedingungen von Werbung von Glücksspiel in Analogie zu den Bestimmungen im Tabakgesetz präzisiert“ werden. Im Finanzministerium heißt es dazu, dass dies wohl eine Verschärfung – also weniger Werbung – bringe.

Stärker eingeschränkt wird auch die Vergabe der Lizenzen. So sollen die drei nicht vergebenden

Casino-Lizenzen komplett gestrichen werden. Noch schmerzhafter für die Casinos Austria ist aber die geplante Streichung der bundesweiten Lizenz für Video-Lotterieterminals (VLT). Damit konnten auch in jenen Bundesländern Automatenspiel angeboten werden, die das sogenannte kleine Glücksspiel untersagt haben (Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien). Die Casinos betreiben 13 ihrer 21 VLT-Spielstätten in diesen Ländern.

Aber auch für die Konkurrenz sollen härtere Zeiten anbrechen. So soll die Sperre von – laut heimischer Judikatur – illegalen Seiten mittels DNS-Blocking forciert werden. Wird dies ernsthaft umgesetzt, wären davon sämtliche Online-Spielanbieter abseits der Casinos-Tochter Win2day betroffen.

„Die Presse“, 25.02.2021

## Blümel wird am Freitag einvernommen

Finanzminister hat wieder  
Termin bei der WKStA.

**Wien.** Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat wieder einmal einen Termin bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Dieses Mal wird er offiziell einvernommen. Und zwar am kommenden Freitag. „Ich bin froh, dass ich bereits am Freitag die Gelegenheit habe, die falschen Vorwürfe auszuräumen“, so Blümel, gegen den wegen Bestechlichkeit ermittelt wird. Die WKStA vermutet illegale Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic. Blümel, ÖVP und Neumann weisen die Vorwürfe zurück.

Das Außenministerium erklärte unterdessen am Mittwoch in einer Aussendung, dass es im Jahr 2017 keine Hilfe für die Firma Novomatic in Italien geleistet habe. Grund für diese nun erfolgte Klarstellung ist der Auslöser für die Ermittlungen gegen den Finanzminister, nämlich eine SMS von Ex-Novomatic-Chef Neumann an Blümel im Juli 2017. Darin bat ihn Neumann um einen Termin beim damaligen Außenminister, Sebastian Kurz, um über eine Spende und „ein Problem, das wir in Italien haben“, zu sprechen.

### Ermittlungen gegen Schmid

Nach dem SMS von Neumann an Blümel hatte Blümel dann in weiterer Folge den Generalsekretär des Finanzministeriums und nunmehrigen Chef der Staatsholding Öbag, Thomas Schmid, um einen Rückruf bei Neumann gebeten – mit dem Hinweis „Tu es für mich“.

Gegen Schmid selbst hat die WKStA laut einem Bericht der „Oberösterreichischen Nachrichten“ nun Ermittlungen wegen Falschaussage vor dem Ibiza-U-Ausschuss aufgenommen. Er soll dort im Juni angegeben haben, der frühere FP-Staatssekretär Hubert Fuchs sei in den Prozess zur Glücksspielnovelle 2018 eingebunden gewesen. Darauf gebe es „keinen aktenkundigen Hinweis“. (ath/APA)

„Die Presse“, 25.02.2021

**Ermittlungen.** Dass die ÖVP das Zitieren aus Akten verbieten will, deuten Kritiker als Angriff auf die Pressefreiheit. Das Mediengesetz reiche aus, um intime Details zu schützen, sagen Experten.

# ÖVP will Leaks aus Akten bestrafen

VON JULIA WENZEL

Wien. Häppchenweise reitet die ÖVP in diesen Tagen ihre rhetorischen Angriffe gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die von der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) im Zuge der Ermittlungen rund um vermutete Parteispenden der Novomatic ausgelöst wurden. Im Kontext recht unangenehmer medialer Berichterstattung legte die ÖVP, nach einer bereits in den Raum gestellten „Zerschlagung“ der Behörde, am Mittwoch noch einmal nach. Um eine Vorverurteilung von Beschuldigten zu verhindern, wolle man die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren gesetzlich erschweren, hieß es im „Kurier“.

Derzeit dürfen Anwälte Informationen aus Ermittlungsakten an Medien weitergeben. Diese wiederum können - unter Einhaltung des Medienrechts und einer permanenten Abwägung von öffentlichem Interesse und dem höchstpersönlichen Lebensbereich der betroffenen Personen - daraus zitieren. Die ÖVP mutmaßte in der Vergangenheit aber immer wieder, dass die Behörde selbst Informationen gezielt an Medien weitergibt. Tatsächlich finden sich in den Akten auch immer wieder pikante Details, etwa zu sexuellen Vorlieben oder vermeintlichem Drogenkonsum der Betroffenen. Kanzler Sebastian Kurz fabulierte vor einem Jahr öffentlich über „rote Netzwerke“ und Datenlecks in der WKStA. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Wien gegen unbekannte Täter wurde, wie „Profil“ am Wochenende berichtete, mittlerweile eingestellt.

Hinter dem aktuellen ÖVP-Vorstoß verbirgt sich jedoch dieselbe Argumentation. Deutschland dient dabei als Vorbild, wo es Medien tatsächlich verboten ist, aus Akten von laufenden Ermittlungen zu zitieren. In Österreich soll Ermittlern nun eine „überschießende Auswertung“ von Kommunikation verboten werden. Dabei stellt sich die Frage: Was bedeutet



Verhandelt auf ÖVP-Seite die Justizreform: Verfassungsministerin Karoline Edtstadler.

[Schneider/picturedesk.com]

„überschießend“? Aus der ÖVP war dazu am Mittwoch wenig Konkretes zu erfahren. Verfassungsministerin Karoline Edtstadler sagte im Anschluss an den Ministerrat lediglich, dass bei einem nicht öffentlichen Verfahren alles getan werden müsse, um Leaks in die Medien zu vermeiden.

## „Angriff auf Medienfreiheit“

Von einer Bestrafung für Leaks ist im türkis-grünen Ministerratsvortrag zur Justizreform ohnedies nichts zu lesen: Im Text, der der „Presse“ vorliegt, heißt es lediglich, dass Ermittlungsverfahren „unabhängig und ohne öffentlichen oder politischen Druck geführt werden“ sollen. Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit sei zu berücksichtigen, die Pressefreiheit zu schützen und „gleichzeitig mediale Vorverurteilung“ zu vermeiden.

Ermittlungen sollen beschleunigt, gleichzeitig die Beschuldigtenrechte gewahrt und gestärkt werden.

Bei Medienvertretern, Justiz und Opposition sorgt der kolportierte ÖVP-Plan inzwischen für harsche Kritik. Von einem „inakzeptablen Angriff auf die Pressefreiheit und damit unsere Demokratie“ sprach Eike-Clemens Kullmann, Bundesvorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA. SPÖ-Justizsprecherin Selma Yildirim warnte vor einer „Orbánisierung“ Österreichs. „In der ÖVP sind sie aufgeschreckt wie die Hendl, weil ermittelt wird“, sagt Neos-Justizsprecher Johannes Margreiter zur „Presse“.

Mit Verweis auf den Ministerratsvortrag versuchte die grüne Klubobfrau, Sigrid Maurer, die Befürchtungen zu entkräften: Diese

„waren und sind nicht Gegenstand der Verhandlungen“, sagte sie am Mittwoch. Justizminister und Vizekanzler Werner Kogler schrieb via Twitter: Es gehe darum, „die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Damit Staatsanwältinnen und Staatsanwälte weisungsfrei und unabhängig ermitteln können, ohne Zuruf aus der Politik.“

## Experte gibt Kritikern recht

Der auf Medienrecht spezialisierte Wiener Anwalt Thomas Höhne findet im Gespräch mit der „Presse“ das geltende Medienrecht jedenfalls ausreichend, um die Privatsphäre (von Politikern) zu wahren. „In der Abwägung würde ich sagen, dass man das in Kauf nehmen muss.“ Medien zu verbieten, Informationen zu veröffentlichen, hält er für einen „massiven Eingriff in die Medienfreiheit“.

„Standard“, 25.02.2021

## Glücksspielpaket bringt schärfere Regeln

Spielerschutz ist ein Teil der neuen Glücksspielregeln,  
eine neue Behörde soll Distanz zwischen Politik und  
Glücksspielkonzerne bringen.

Regina Bruckner



Das Glück ist beim Spielen nicht immer auf der Seite der Glücksuchenden.  
Das gilt am Spieltisch ebenso wie an Automaten.

Foto: AFP / Sebastian Bozon

Es klingt wie eine Win-win-Situation: Die Regierung will Nägel mit Köpfen machen und legt das im Regierungsprogramm angekündigte „Glücksspielpaket“ vor. Mehr Maßnahmen zum Schutz von Spielsüchtigen, mehr Distanz zwischen Politik und Glücksspielbranche lautete das Ziel.

Die Glücksspielagenden werden aus dem Finanzministerium herausgelöst und sollen in eine unabhängige und weisungsfreie Glücksspielbehörde wandern. Das gab Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) am Mittwoch nach der Ministerratsitzung bekannt. Ein Erfolg, so es einer wird – denn das Bestellverfahren ist noch offen –, den sich nun so manche auf ihre Fahne heften. Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) erklärt in einem schriftlichen Statement, die Mehrfachrolle des Finanzministeriums im Glücksspielbereich sei nicht mehr zeitgemäß, „darauf habe ich bereits vor einem Jahr hingewiesen, und auch im Regierungsprogramm ist eine entsprechende Neuordnung vorgesehen“.

Bei der geplanten Entflechtung werde man sich an internationalen Vorzeigemodellen orientieren, die Vorarbeiten im Ressort laufen seit einem Jahr. Zudem würden der Spielerschutz und der Kampf gegen illegales Glücksspiel forciert. Für die Lizenz- und Konzessionsverfahren wird ein richterlicher Konzessionsrat zuständig sein. Dabei sollen strenge Unvereinbarkeits-, Transparenz- und Compliance-Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Die Debatte um die Zuständigkei-

ten war zuletzt nach einer Hausdurchsuchung bei Blümel erneut losgebrochen. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet illegale Parteienfinanzierung durch Novomatic, Blümel und die ÖVP weisen dies strikt zurück. Novomatic guter Draht zur Politik sorgt seit Jahren für Themen für Ermittler und Medien. Nun zeigt man sich bei Europas größtem Glücksspielkonzern erfreut, „weil damit eine langjährige Forderung von Novomatic erfüllt wird und endlich eine unabhängige Glücksspielbehörde nach internationalen Standards gegründet werden soll“, wie Kommunikationschef Stefan Krenn mitteilt.

Die Grünen wiederum sehen viele ihrer Forderungen in Sachen Spielerschutz und Korruptionsbekämpfung erfüllt. Allein im Wiener Prater würden 150 Spielautomaten mit Bundeslizenz betrieben, künftig werde es dies nicht mehr geben. Wichtig sei das Verbot von Spenden, Sponsoring und Inseraten von Glücksspielunternehmen an Parteien und politische Funktionäre. Die drei nicht genutzten Kasinolizenzen sollen gestrichen, die Bundeslizenz für Automaten abgeschafft werden. Spieldauer und Höchstesätze beim Automatenglücksspiel werden reduziert. Im Online-Gaming soll es registrierte, personalisierte Spielerkonten geben, wodurch nur noch bis zu einer monatlichen Betragshöchstgrenze gezockt werden kann. Die gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung des Pakets sollen bis April in Begutachtung gehen und bis zum Herbst beschlossen werden.



Foto: APN/Feininger

Diese Woche erhält der U-Ausschuss SMS-Nachrichten von Sebastian Kurz. Geht es nach seiner Partei, sollten Medien diese Inhalte nicht im Wortlaut zitieren dürfen.

## ÖVP will Berichterstattung beschränken

Die Volkspartei will nicht nur die Justiz verändern, sondern auch die Art und Weise, wie Medien über Ermittlungen berichten. Politikberater vermissen hinter diesen Vorschlägen eine sinnvolle Strategie.

ANALYSE: Fabian Schmid, Petra Stüber

Sie wurden zu geflügelten Worten in Österreich: jene verhängnisvollen Sätze, die Politiker und Unternehmer einander in Chats oder per Telefon ausrichteten. Von Walter Maischbergers „Wo war mei Leistung?“ bis hin zu „Kurz schießt sich an“, wie der jetzige Öbag-Chef Thomas Schmid einer Mitarbeiterin schrieb. Oder zuletzt, breit zitiert: „Tu es für mich“, eine Bitte um den Rückruf bei der Novomatic mit Küsschenemotji, versandt vom heutigen Finanzminister Gernot Blümel an erwähnten Thomas Schmid, damals Kabinettschef im Finanzministerium.

Wenn es nach der ÖVP geht, sollen derartige Nachrichten künftig nicht mehr abgedruckt werden dürfen. Sie fordert ein Verbot, wörtlich aus Akten zu zitieren oder diese zu faksimilieren. Als Vorbild wird Deutschland genannt. Dort dürfen Journalisten zwar über Ermittlungsinhalte berichten, allerdings nur in indirekter Form. Erst wenn es zu einer öffentlichen Verhandlung kommt, fällt dieses Verbot.

### Schutz vor Vorverurteilung

Schon mehrfach haben Journalisten versucht, diese Regelung vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht zu kippen, bislang erfolglos. Begründet wird das Zitierverbot mit dem Schutz vor einer Vorverurteilung. Originalzitate erwecken „den Eindruck amtlicher Authentizität“ der Vorwürfe, weshalb sie eine besonders starke Wirkung auf Leserinnen und Leser hätten, erklärte das Bundesverfassungsgericht zuletzt im Jahr 2014.

Genau wegen der Frage der Authentizität sprechen sich viele Journalistinnen und Journalisten allerdings gegen ein Zitierverbot aus. Der Tübinger Strafrechtsprofessor Jörg Eisele sprach von einer „rechtspolitisch verfehlten Norm“. Fehlen die

Originaldokumente, in denen die Verdachtsmomente konkret beschrieben werden, lassen sich Anschuldigungen leichter vom Tisch wischen. Die Grünen lehnen diesen Vorstoß, der schon Thema in den Koalitionsverhandlungen war, ab.

### Überschießend auswerten

Das Zitierverbot ist aber nur eine der vielen Schrauben, an denen die ÖVP im Bereich Justiz drehen will. Bei den meisten Vorschlägen geht es darum, die Rechte von Beschuldigten statt den Kampf gegen Korruption zu stärken. So soll es ein „Verbot der überschießenden Auswertung von privater und geschäftlicher Kommunikation“ von Beschuldigten geben, wie dem *Kurier* aus der ÖVP zugetragen wurde. Als Beispiel dafür wird der ehemalige Novomatic-Chef Harald Neumann herangezogen, dessen Notizen über Gehaltspläne Eingang in den Ermittlungsakt fanden. Der *Kurier* schreibt, dass diese „nichts zur Klärung der Vorwürfe beitragen“. Allerdings prüfen Ermittler sehr wohl, ob Neumann zum Beispiel gewisse Ziele erreichen musste, um einen Gehaltsbonus zu erhalten. Das könnte wiederum ein Motiv gewesen sein, Deals mit der Politik abzuschließen – es gilt die Unschuldsvermutung.

Schon bisher gelangen nur verfahrensrelevante Teile in den Ermittlungsakt; durchsucht werden auch nur Chats oder andere Inhalte, die möglicherweise in Zusammenhang mit den Vorwürfen stehen.

So wurden bei mehreren Beschuldigten in der Causa Casinos im Einvernehmen zwischen Anwälten und der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) unzählige intime Fotos und Nachrichten gelöscht. Außerdem haben Beschuldigte das Recht, ausgelesene Chatnachrichten oder Telekomüberwachung vor Gericht anzufechten.

Ein Sonderfall sind ausgewertete Informationen, die nicht in den Ermittlungsakt gelangt sind – sogenannte „Rohdaten“. Diese sind für Strafprozesse irrelevant, für U-Ausschüsse hingegen von höchstem Interesse. Bislang haben die Abgeordneten keine einzige Chatnachricht gesehen, die von Kanzler Sebastian Kurz verfasst oder an ihn geschickt worden war. Zuletzt hat der Verfassungsgerichtshof aber die Übermittlung von Rohdaten für zulässig erklärt. Diese sollen bereits von der WKStA zur Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien gewandt sein, die sie vor der Weitergabe an den U-Ausschuss prüft.

„Ich hätte erwartet, dass es auf einer sachlichen Ebene bleibt.“

Politologin Thomas Hofer über die Angriffe der ÖVP auf die Justiz

Die WKStA hat der OStA schon mehrfach Befangenheit vorgeworfen. So wollte die OStA Wien zum Beispiel den Akt über die sogenannte ÖVP-Schredderaffäre nicht an das Parlament übermitteln – das Justizministerium drehte diese Entscheidung um. Die Opposition hat deshalb nun eine Anfrage über die Aktenweiterleitung gestellt.

Die Opposition erhofft sich, durch die Rohdaten ein Sittenbild zeichnen zu können; während die ÖVP ihre Angriffe auf die Ermittler weiterhin aufrecht halten dürfte.

Für den Politologen Peter Filzmaier bringt das Vorgehen der ÖVP in der Causa Blümel viel mehr Schaden als Nutzen. Ihm sei „nicht ganz klar, welche Strategie hinter einem solchen Vorgehen steckt“, sagt Filzmaier zum STANDARD.

### Strategische Fehler

Schon die Tatsache, dass sich der Bundeskanzler hier persönlich so massiv einbringe, sei eine Fehlentscheidung, denn: „Wie kommt er da wieder heraus?“ Es sei immer schädlich für Regierungschefs, wenn sie sich auf derartige politische Scharmützel einlassen – zudem wechsle Kurz hier permanent die Rollen, sagt Filzmaier: „Man weiß nicht, ob er hier als Kanzler oder als Parteichef agiert.“ Umfragen hätten gezeigt, dass die „Causa Novomatic/Blümel“ bisher keine besondere Breitenwirkung habe. Indem Kurz persönlich die Justiz so massiv attackiere, hebe er das Thema auf eine höhere Aufmerksamkeitsebene. Aus der Sicht des Politologen halte er die Attacken auf die Justiz für eine strategische Fehlentscheidung.

In ein ähnliches Horn wie Filzmaier stößt dessen Kollege Thomas Hofer. Ihn habe zwar nicht überrascht, dass die ÖVP in die Offensive ging, sagt Hofer: „Doch ich hätte erwartet, dass es auf einer sachlichen Ebene bleibt.“ Der Entwurf für das Informationsfreiheitsgesetz, das Lancieren eines unabhängigen Bundesstaatsanwalts, die Herauslösung der Glücksspiel-Kontrolle aus dem Finanzministerium sowie die Debatte über die Zulassung von abweichenden Meinungen am VfGH – das alles sei nachvollziehbar. Doch die Aggressivität, mit der auch Kurz persönlich die Justiz attackiere, sei zu viel. Hofer dazu: „Das kommt zum Teil auch in den ÖVP-Reihen nicht gut an.“ **Kommentar Seite 32**

## WISSEN

### Worauf sich ÖVP und Grüne geeinigt haben

Fix dürfte die Einführung eines weisungsfreien Bundesstaatsanwalts sein, dem die einzelnen Staatsanwaltschaften unterstehen. Im Ministerratsvortrag heißt es, der Bundesstaatsanwalt solle „möglichst unabhängig“ agieren können. Daher wird eine lange Funktionsperiode angedacht. Er – oder sie – muss sich aber jedenfalls einer parlamentarischen Kontrolle unterziehen. Unklar ist, wie der Bundesstaatsanwalt ernannt und, im Notfall, abberufen werden kann. Beides könnte über eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erfolgen. In anderen Bereichen sind die gewählten Formulierungen noch vager. So heißt es in der Puntaktion, dass eine „mediale Vorverurteilung“ vermieden werden sollte. Man müsse Beschuldigtenrechte wahren sowie negative wirtschaftliche Folgen von Ermittlungen hintanhalten. Wie sich diese Wünsche in konkrete Sachpolitik übersetzen lassen, ist hinter den Kulissen Gegenstand heftiger Diskussionen. Hier sollen ÖVP und Grüne dem Vernehmen nach noch **melanweit voneinander entfernt** sein. Ausarbeiten sollen das Paket Verfassungsmন্ত্রী Karoline Edtstadler (ÖVP) und Justizministerin Alma Zadić (Grüne). (fsc)



Wenn Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Chinas Präsident Xi Jinping aufeinandertreffen, geht es oft auch ums Geschäft.

Foto: Imago Images / Itar-Tass

## Die Regierung wird's schon richten

Bezüglich einer Spende und eines Problems in Italien wandte sich Ex-Novomatic-Chef Neumann einst an den heutigen Finanzminister. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Dass die Republik bei Problemen im Ausland hilft, ist nicht neu.

Aloysius Widmann

Eine SMS von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann hat jüngst Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ins Visier der Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gerückt. Der Glücksspielmanager bat den damals nicht amtsführenden Stadtrat im Sommer 2017 um einen Termin mit Sebastian Kurz, „erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems (sic), das wir in Italien haben“. Die Korruptionsjäger vermuten Bestechung, Blümel bestreitet das, und es gilt die Unschuldsvermutung.

Dass ein Konzernchef Kontakt zum Außenminister sucht – das war Sebastian Kurz damals –, ist üblich. Das Ressort sieht die Unterstützung heimischer Unternehmen „bei der Wahrung ihrer Rechte und Interessen“ als eine Kernaufgabe. Dass der Bund einem österreichischen Unternehmen bei Problemen im Ausland helfe, sei weder neu noch verworlich, wie Juristen und Außenministerium betonen. Es sei sogar seine Aufgabe.

Zum diplomatischen Werkzeugkasten gehört dabei laut Außenressort, „sich mit allen rechtmäßigen Mitteln über Verhältnisse und Entwicklungen im kommerziellen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Leben des Empfangsstaats zu unterrichten“ und den betroffenen Personen oder Unternehmen Beistand zu leisten. Auch bei strittigen Rechtsvorhaben eines Gastlandes würde man Unterneh-

men unterstützen und beraten. Was dabei zulässig ist, definiert das Recht. „Solange eine Intervention im Ausland oder in Österreich nicht gegen das Strafrecht verstößt, ist sie strafrechtlich gesehen auch nicht problematisch. Vor allem, wenn sich offizielle Vertreter Österreichs nach einer Sache erkundigen oder bitten, sich ein Problem eines heimischen Unternehmens noch einmal anzusehen“, erklärt Robert Kert, der dem Institut für Wirtschaftsstrafrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien vorsteht. „Es gibt aber auch Grenzen: zum Beispiel, wenn ein Beamter versucht, eine rechtswidrige Handlung anzuordnen, oder um einen Rechtsbruch bittet, wie zum Beispiel hinterzogene Steuern nicht nachzufordern.“

### Mozart für die Wirtschaft

Der Bund versucht sich auch als Brückenbauer für Geschäfte im Ausland. Steht ein Staatsbesuch an, können sich Unternehmen über die Wirtschaftskammer (WKO) für die Mitreise bewerben und Teil der Delegation werden. Die Außenwirtschaftscenter der Interessenvertretung organisieren oft ein wirtschaftliches Rahmenprogramm, bei dem sich heimische Betriebe vernetzen können – und im besten Fall Geschäfte an Land ziehen.

Im April 2018 machte sich beispielsweise eine rot-weiß-rote Rieseendelegation auf den Weg nach China. Bundeskanzler, Bundespräsident, vier Minister und Vertreter

von mehr als 150 Unternehmen formten die größte Delegation der Geschichte Österreichs. Sogar eine sieben Jahre alte Violinistin ließ man einfliegen. Auf einer Geige, die der einst Wolfgang Amadeus Mozart gehörte, gab sie österreichisches Kulturgut zum Besten. Unter dem Strich signierten die rot-weiß-roten Vertreter im Reich der Mitte Verträge über rund 1,5 Milliarden Euro.

„Für strategische Großprojekte erfolgt auch ad hoc gezielte politische Unterstützung.“

Aus der 2018 beschlossenen Außenwirtschaftsstrategie

Auch die deutsche Regierung setzt sich immer wieder für deutsche Unternehmen im Ausland ein. Für Kritik sorgte beispielsweise das Werben der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel für den inzwischen insolventen Zahlungsdienstleister Wirecard, als sie im September 2019 in China weilte. Merkel habe die geplante Übernahme des chinesischen Betriebs All Score Financial durch Wirecard angesprochen. Wie ein Regierungssprecher später sagte, habe sie zu dem Zeitpunkt aber nichts von dem Milliardenbetrug des Konzerns gewusst.

Für heimische Beamte gelten auch im Ausland Regeln. Wer versucht zu bestechen, ist strafbar. „Auch wenn heimische Beamte im Ausland tätig werden, unterliegen sie dem österreichischen Recht“, sagt Kert mit Verweis auf Auslandsbestechung, Korruption und Bestechung im Ausland würden aber eher selten strafrechtlich verfolgt.

### Strategische Ziele

Das liegt wohl auch daran, dass der Republik durch Interventionen im Ausland nicht immer ein Schaden entsteht. Im Gegenteil: Die rot-weiß-rote Außenwirtschaftsstrategie sieht etwa vor, heimische KMU an internationale Märkte heranzuführen. Bei der Ausgestaltung und Umsetzung handelspolitischer Maßnahmen sei auf die Anforderungen von KMU besonders zu achten. In strategisch wichtigen Märkten will man die österreichische Präsenz gezielt fördern und dafür nicht nur auf Besuchsdiplomatie setzen, sondern auch „politische Unterstützung auf Regierungsebene gezielt einsetzen“.

Aber zurück zum Anfang: Was war eigentlich das Problem der Novomatic Italia für die Nutzung von Software an die österreichische Konzerngesellschaft zahlte. Laut WKStA ging es um 50 bis 60 Millionen Euro. Letztlich musste Novomatic gut 20 Millionen Euro an Steuern nachzahlen.

### Steuerfragen

Damit international tätige Unternehmen nicht mehrfach Steuern zahlen müssen, gibt es Doppelbesteuerungsabkommen. Allerdings ist nicht immer klar, in welchem Land ein Betrieb wie viel Steuer zahlen muss. Ist das der Fall, leiten die zuständigen Behörden beider Länder ein Verständigungsverfahren ein. Das Finanzministerium (BMF) kommuniziert dann mit der zuständigen ausländischen Behörde auf schriftlichem Weg, im Wege von Telefonkonferenzen oder im Rahmen persönlicher Treffen und versucht, eine Einigung zu erzielen und den betroffenen Steuerpflichtigen von einer Doppelbesteuerung zu entlasten. Kommt es zu keiner Einigung, entscheiden Schiedsgerichte. Mit Stand 1. 1. 2020 hat Österreich kumuliert 326 offene Verständigungsverfahren. Laut BMF gab es kein Verfahren mit Novomatic.

FLORIAN SCHEUBA

## Das Damokleshandy



Mit der Prophezeiung „das Handy von Strache bietet leider noch Stoff für die nächsten zehn Jahre“ versprach vor ein paar Mona-

ten Andreas Mölzer den im Bereich der politischen Satire Werk-tätigen so etwas wie Zukunfts-sicherung.

Nun dürfen wir uns diesbe-züglich noch größere Hoff-nungen machen, hat doch die Korruptionsstaatsanwalt-schaft auf dem Mobiltelefon von ÖBAG-Chef Thomas Schmid mehr als 323.600 Nachrichten sicher-gestellt. Dies gelang, obwohl Schmid kurz vor der bei ihm

durchgeführten Hausdurchsu-chung alle Daten gelöscht und sein Handy auf Werkseinstellung zurückgesetzt hatte. Zur Frage, ob er dies aus einer bestimmten Vor-ahnung heraus gemacht hat, wis-sen wir dank ÖVP-Anwalt Werner Suppan jetzt Genaueres. Suppan erklärte nämlich in der Vorwo-che: Dass sich Gernot Blümel bei der Staatsanwaltschaft erkundigt hat, ob gegen ihn ermittelt wird, lange bevor das öffentlich be-kannt wurde, sei eine „routine-mäßige Anfrage“ gewesen.

Offenbar fragen ÖVP-Politiker also regelmäßig beim Staatsan-walt nach, ob gerade gegen sie er-mittelt wird, weshalb es denkbar ist, dass auch Schmid Informa-tionen aus „routinemäßigen An-fragen“ hatte.

Genutzt hat es ihm nichts, denn die Ermittler fanden bei der Durchsuchung einen Datenträger mit dem kompletten Back-up von Schmid's Handy. Bei der Auswer-tung der sichergestellten Nach-richten steht die Behörde erst am Anfang, woraus folgt: Das Haupt-motiv der ÖVP-Kampagne gegen die Korruptionsstaatsanwälte ist nicht durch das motiviert, was war. Sondern durch das, was kommt.

Über dem Haupt der Volkspar-tei hängt ein Damokleshandy. Das macht sie unentspannt, zumal das Verhältnis der Türkisen zur WKStA immer schon schwierig war. Für die ÖVP ist die bloße Existenz einer Korruptionsstaats-anwaltschaft eine ähnliche Zumu-tung wie das Vorhandensein der

Verkehrspolizei für die Teilneh-mer des Golf-GTI-Treffens.

Was die diesbezüglichen aktuellen Probleme Blü-mels betrifft, könnte er versuchen, seine umstrittene Intervention für Novomatic von 2017 mit „christlicher Nächsten-liebe“ zu rechtfertigen. Denn just zu dem damaligen Zeitpunkt ver-öffentlichte der OGH sein Urteil, in dem festgehalten wird, dass Novomatic über viele Jahre ille-gales Automatenglücksspiel be-trieben hat. So gesehen könnte man Interventionen für Professor Graf und Co auch als eine Form von Resozialisierungshilfe für Ge-strauchelte interpretieren.

Zur Vermeidung künftiger Ka-lamitäten könnte Blümel sich dann daran orientieren, was bei

anderen schon funktioniert hat. Konkret könnte das so ausschau-en: Er gründet ein „Michael-Spin-delegger-Institut“ samt Think-tank. Dieses Institut braucht an-fangs auch keine eigene Adresse oder Telefonnummer (die kann es sich mit der ÖVP Niederösterreich teilen) und bietet „Kooperatio-nen“ wie das Schalten von Insera-ten in einem „Spindelegger-Re-port“ an. Ergänzend wäre noch die Unterstützung eines von Blü-mel in seinem Heimatbezirk ge-gründeten Landstraßer Kammer-orchesters möglich. Und sollte es irgendwann einen U-Ausschuss zum Thema „Politische Interven-tionen bei Steuerproblemen von Glücksspielkonzernen“ geben, wäre er der logische Kandidat für das Amt des Vorsitzenden.

# Blümel regelt das Spiel mit dem Glück

Nach Vorwürfen gegen den Finanzminister kommen eine strengere Regulierung und eine unabhängige Aufsicht.

Die Korruptionsermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel seiner Kontakte zum Glücksspielkonzern Novomatic wegen bringen Bewegung in die seit Langem umstrittenen Regulierungen für diese Branche. Neben Reformen im Bereich der Strafjustiz hat die türkis-grüne Koalition am Mittwoch strengere Regeln für Glücksspielbetriebe präsentiert, die in den kommenden Monaten gesetzlich umgesetzt werden sollen.

Betroffen sind fast alle Varianten des Glücksspiels – besonders intensiv sollen die Neuerungen aber im Bereich des Online-Glücksspiels ausfallen, der derzeit kaum reguliert



ist. Darunter fallen teilweise auch „normale“ Computerspiele: So wird es in Zukunft Regeln für „Lootboxen“ geben – zufällig ausgeloste Vorteile in Online-Spielen, die Spieler gegen Geld erwerben können.

Im Online-Gaming soll es registrierte, personalisierte Spielerkonten geben, wodurch dann nur noch bis zu einer monatlichen Betrags-Höchstgrenze gezockt werden kann. Und illegale Online-Glücksspielanbieter sollen durch Blockade solcher Websites und Verpflichtung österreichischer Internet-Provider nicht mehr zugänglich werden.

Beim klassischen Automatenspiel sollen bundesweit strengere Regeln erlassen werden,

was Spieldauer, Geschwindigkeit und Höchstesätze angeht. Und auch die Werbung für Glücksspiele wird eingeschränkt, insbesondere die verherrlichende Darstellung – ähnlich wie beim Rauchen sollen hier noch strengere Regeln zur Anwendung kommen. Wieweit dies auch die Lotterien betrifft, ist noch offen.

Auch politisch ändert sich die Zuständigkeit: Die Glücksspielaufsicht soll aus dem Bereich von Blümel's Finanzministerium herausgelöst werden und einer unabhängigen und weisungsfreien Glücksspielbehörde übertragen werden. Das gab Vizekanzler Werner Kogler





(Grüne)

am Mittwoch nach der Ministerratssitzung bekannt. Details werden noch erarbeitet.

Für die Lizenz- und Konzessionsverfahren wird ein richterlicher Konzessions-Senat zuständig sein. Dabei sollen strenge Unvereinbarkeits-, Transparenz- und Compliance-Bestimmungen angewendet werden.

Blümel selbst erklärte in einem schriftlichen Statement am Mittwoch, die Mehrfachrolle des Finanzministeriums im Glücksspielbereich sei nicht mehr zeitgemäß, „darauf habe ich bereits vor einem Jahr hingewiesen“. Bereits im Regierungsprogramm sei eine Neuordnung vorgesehen gewesen.

### CAUSA BLÜMEL

#### **Einvernahme bei der WKStA**

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) wird am Freitag von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft einvernommen. Auslöser der Ermittlungen war eine SMS an Blümel von 2017, in der Ex-Novomatic-Chef Neumann um einen Termin bei Sebastian Kurz bat, um über eine Spende und „ein Problem, das wir in Italien haben“, zu sprechen. Das Außenministerium erklärte unterdessen, es habe im Jahr 2017 der Novomatic keine Hilfe in Italien geleistet.

„www.oe24.at“, 24.02.2021

# Glücksspiel-Agenden werden aus Finanzministerium herausgelöst

**Neue weisungsfreie Glücksspielbehörde geplant - Blümel:  
Mehrfachrolle des Finanzministeriums im Glücksspielbereich "nicht  
mehr zeitgemäß"**

Die Bundesregierung wird die angekündigte Entflechtung der Glücksspielkompetenzen umsetzen. Dazu sollen die entsprechenden Agenden aus dem Bereich des Finanzministeriums herausgelöst werden und in eine unabhängige und weisungsfreie Glücksspielbehörde übertragen werden. Das gab Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) am Mittwoch nach der Ministerratssitzung bekannt.

Eine neue Glücksspielaufsichtsbehörde soll die Aufgaben der operativen Glücksspielaufsicht übernehmen. Für die Lizenz- und Konzessionsverfahren wird ein richterlicher Konzessions-Senat zuständig sein. Dabei sollen strenge Unvereinbarkeits-, Transparenz- und Compliance-Bestimmungen angewendet werden. Die Debatte um die Zuständigkeiten war zuletzt auch nach einer Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) losgebrochen. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet illegale Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic, Blümel und die ÖVP weisen die Vorwürfe zurück.

Blümel selbst erklärte in einem schriftlichen Statement gegenüber der APA am Mittwoch, die Mehrfachrolle des Finanzministeriums im Glücksspielbereich sei nicht mehr zeitgemäß, "darauf habe ich bereits vor einem Jahr hingewiesen und auch im Regierungsprogramm ist eine entsprechende Neuordnung vorgesehen". Bei der geplanten Entflechtung werde man sich an internationalen Vorzeigemodellen orientieren, die entsprechenden Vorarbeiten im Ressort laufen ebenfalls seit einem Jahr. "Zudem werden der Spielerschutz und der Kampf gegen illegales Glücksspiel forciert. Unser Ziel ist eine moderne, transparente und weisungsfreie Glücksspielbehörde."

Kogler sagte nach dem Ministerrat, man werde damit die Berührungspunkte zwischen Glücksspiel und Politik "entflechten". "Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesen Entscheidungen einen wichtigen Startschuss setzen, auch was Regulierung der Spielsucht, den Kampf gegen die Spielsucht betrifft - aber auch, was die Regulation von den ganzen Verflechtungen in diesem Bereich angeht."

„APA“, 24.02.2021

## **Glücksspiel-Agenden werden aus Finanzministerium herausgelöst**

**Utl.: Neue weisungsfreie Glücksspielbehörde geplant - Blümel: Mehrfachrolle des Finanzministeriums im Glücksspielbereich "nicht mehr zeitgemäß" - Novomatic erfreut**

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Bundesregierung wird die angekündigte Entflechtung der Glücksspielkompetenzen umsetzen. Dazu sollen die entsprechenden Agenden aus dem Bereich des Finanzministeriums herausgelöst werden und in eine unabhängige und weisungsfreie Glücksspielbehörde übertragen werden. Das gab Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) am Mittwoch nach der Ministerratssitzung bekannt.

Eine neue Glücksspielaufsichtsbehörde soll die Aufgaben der operativen Glücksspielaufsicht übernehmen. Deren Bestellverfahren ist freilich noch offen, wie Kogler auf Nachfrage sagte. Für die Lizenz- und Konzessionsverfahren wird ein richterlicher Konzessions-Senat zuständig sein. Dabei sollen strenge Unvereinbarkeits-, Transparenz- und Compliance-Bestimmungen angewendet werden. Die Debatte um die Zuständigkeiten war zuletzt auch nach einer Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) losgebrochen. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutet illegale Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic, Blümel und die ÖVP weisen die Vorwürfe zurück.

Blümel selbst erklärte in einem schriftlichen Statement gegenüber der APA am Mittwoch, die Mehrfachrolle des Finanzministeriums im Glücksspielbereich sei nicht mehr zeitgemäß, "darauf habe ich bereits vor einem Jahr hingewiesen und auch im Regierungsprogramm ist eine entsprechende Neuordnung vorgesehen". Bei der geplanten Entflechtung werde man sich an internationalen Vorzeigemodellen orientieren, die entsprechenden Vorarbeiten im Ressort laufen ebenfalls seit einem Jahr. "Zudem werden der Spielerschutz und der Kampf gegen illegales Glücksspiel forciert. Unser Ziel ist eine moderne, transparente und weisungsfreie Glücksspielbehörde."

Kogler sagte nach dem Ministerrat, man werde damit die Berührungspunkte zwischen Glücksspiel und Politik "entflechten". "Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesen Entscheidungen einen wichtigen Startschuss setzen, auch was Regulierung der Spielsucht, den Kampf gegen die Spielsucht betrifft - aber auch, was die Regulation von den ganzen Verflechtungen in diesem Bereich angeht." Das Glücksspielpaket "ist ein großes", findet der Vizekanzler.

Der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic begrüßt den Schritt, "weil damit eine langjährige Forderung von Novomatic erfüllt wird und endlich eine unabhängige Glücksspielbehörde nach internationalen Standards gegründet werden soll", wie Marketing- und Kommunikationschef Stefan Krenn der APA am Mittwoch mitteilte.

Die teilstaatlichen Casinos Austria finden zumindest das vorgesehene verschärfte Vorgehen gegen illegales Glücksspiel, besonders gegen illegales Online-Glücksspiel, gut. "Das ist eine langjährige Forderung von uns. Da ist großer Handlungsbedarf gegeben", sagte Casinos-Sprecher Patrick Minar der APA auf Anfrage. Zu den anderen geplanten Schritten könne man noch nichts sagen, da komme es auf die genaue Ausgestaltung an.

Das Thema Spielerschutz schreibt sich auch Novomatic auf die Fahnen: "Novomatic ist in mehr als 70 Ländern lizenziert und es gehört für uns zum Tagesgeschäft, strenge Regulierungen von unabhängigen Glücksspielbehörden zu erfüllen und einzuhalten", so Krenn.

Die Casinos Austria gehören zu einem Drittel dem Staat und haben bisher stets alle Spielbanklizenzen sowie die lukrative Lotterielizenz, an der auch die Berechtigung zum Online-Glücksspiel hängt, zugesprochen bekommen. Das Finanzministerium hat dabei eine Dreifachrolle: es ist für die Lizenzvergabe ebenso zuständig wie für die Aufsicht des Glücksspielmarkts - u. a. für die Einhaltung des Spielerschutzes - und es verdient bei den Casinos mit. Wenn also in den 12 heimischen Spielbanken, auf der zum Casinos-Austria-Konzern gehörenden Online-Plattform win2day oder via Lotto fleißig gezockt wird, klingelt die Staatskasse. Konkurrenten speziell aus dem Online-Bereich kritisieren dies schon seit vielen Jahren, sie und auch Juristen aus dem In- und Ausland ziehen die Rechtmäßigkeit der österreichischen Monopollösung massiv in Zweifel. Vor allem die Werbung der Casinos Austria regt die privaten Anbieter auf, diese sei nämlich überschießend. Von EU wegen wäre der einzig legitime Zweck von Glücksspielwerbung, das Spielen in legale Bahnen zu lenken. Die Casinos Austria haben das zuletzt freilich anders gesehen: Sowohl die österreichische Rechtslage als auch die Praxis der Konzessionäre entspreche den Vorgaben des EU-Rechts.

Die privaten Anbieter fordern seit Jahren die Liberalisierung des Glücksspielmarkts: eine unabhängige Behörde solle Lizenzen an alle seriöse Anbieter vergeben, das Online-Glücksspiel solle nicht nur dem Casinos-Austria-Konzern erlaubt sein. Nach momentaner Regelung darf im Internet einzig auf win2day gezockt werden, es gibt aber dennoch zahlreiche Anbieter von Online-Glücksspiel, die viel Geld verdienen. Sie haben vielfach eine Lizenz aus Malta oder Gibraltar und argumentieren, wenn sie eine Berechtigung in einem EU-Land hätten, dürften sie ihre Dienste in der gesamten Union anbieten.

Das österreichische Glücksspielgesetz (GSpG) ist in der vergangenen Jahren mehrfach beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) gelandet und musste auch geändert werden. Aktuell liegt der Fall "Fluctus und Fluentum" – zum zweiten Mal – bei den EU-Richtern. In der Rechtssache C-920/19 geht es um die Werbepraktiken des Konzessionsinhabers und die Kohärenz der österreichischen Monopolregelung.

Die FPÖ ließ am Mittwoch kein gutes Haar an den Regierungsplänen. "Völlig übersehen hat man bei der Entwicklung dieses seichten Spins, dass folgerichtig auch das staatliche Glücksspielmonopol über Bord geworfen werden müsste. Denn die sogenannte Entflechtung von Politik und Glücksspiel ist sonst wohl kaum argumentierbar", so der blaue Parteiobmann Norbert Hofer. "Das ist ein wenig intelligenter Schnellschuss und hat wohl einzig und alleine das Ziel, den Finanzminister und den Bundeskanzler in der Causa Novomatic auf sicheres Terrain zu führen." Er, Hofer, sei klar für das staatliche Monopol auf Glücksspiel.

Für die NEOS ist es wichtig, "dass die Reformen nicht nur zur ÖVP-Verteidigungsstrategie für Gernot Blümel verkommen", wie Wirtschaftssprecher Sepp Schellhorn der APA mitteilte. Schellhorn wiederholte seine Forderung, dass ÖBAG-Chef Thomas Schmid abberufen werden solle. "Er war bereits die längste Zeit untragbar und hätte abberufen werden müssen. Finanzminister Blümel muss erkennen, dass jemand wie Schmid nicht unbeeinflusst und verantwortungsvoll auf die Staatsanteile und damit auf das Vermögen der österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufpassen kann." Die Entflechtung von Glücksspiel und Politik sei mehr als überfällig. Aus Sicht von NEOS-Budget- und Finanzsprecherin Karin Doppelbauer muss Blümel seinen Stuhl räumen, bis sich die Vorwürfe gegen ihn klären.

Autor: hac/spu/snu/bel

„APA“, 24.02.2021

## **Keine Hilfestellung für Novomatic in Italien im Jahr 2017 durch das BMEIA**

**Utl.: Unterstützung und Hilfestellung für österreichische Unternehmen wichtiger Bestandteil der österreichischen Diplomatie**

Wien (OTS) - Die Unterstützung österreichischer Unternehmen und der Interessen des Standortes Österreich im Ausland ist selbstverständliche Aufgabe der österreichischen Diplomatie und des Außenministeriums. 2017 gab es rund 2700 Unterstützungsleistungen des Außenministeriums und seines weltweiten Vertretungsnetzes für österreichische Unternehmen.

Aufgrund der medial bekannten Vorwürfe startete das Außenministerium eine eingehende Recherche im Aktenbestand, ob es 2017 zu allfälligen Hilfeleistungen oder Unterstützung für die Firma Novomatic in Italien gekommen ist. Durch diese umfassende Überprüfung konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Indiz dafür gibt, dass die Firma Novomatic an das Außenministerium oder an eine österreichische Vertretungsbehörde in Italien herangetreten ist. Somit gab es auch keine wie immer geartete Hilfeleistung oder Unterstützung des Außenministeriums oder seiner Vertretungsbehörden für Novomatic in Italien.

Rückfragehinweis:

BMEIA

Presseabteilung

+43 (0) 501150-3320, F:+43 (0) 501159-213

[abti3@bmeia.gv.at](mailto:abti3@bmeia.gv.at)

<http://www.bmeia.gv.at>

„Kurier“, 24.02.2021

# ÖVP will Leaks aus Strafakten verbieten



Republik Österreich

Wenig Harmonie herrscht zwischen Türkis und Grün. Justizminister Werner Kogler hält wenig von den Reformplänen der Kanzlerpartei

## Bundesstaatsanwalt. ÖVP und Grüne einigen sich, genaue Details fehlen noch

VON IDA METZGER

Ob es heute zu einer gemeinsamen Ministerratsvorlage kommt, war bis in die Nachtstunden mehr als ungewiss. Bei den Verhandlungen zwischen Justizministerium und Bundeskanzleramt kam man lange kaum einen Zentimeter weiter. Zu weit waren die Positionen von ÖVP und Grünen in der Frage, wie das Amt des Bundesstaatsanwaltes ausgestaltet sein und der Umbau der WKStA (der KURIER berichtete) bewerkstelligt werden soll, auseinander. Die erste Verhandlungsrunde am Montag blieb ergebnislos.

Dienstagabend kam dann Bewegung in die Verhandlung – man einigte sich auf einen Kompromiss, um zumindest eine sehr allgemein gehaltene Ministerratsvorlage präsentieren zu können.

Wie die Ministerratsvorlage dann in neue Gesetzestexte gegossen wird, werden die

weiteren Verhandlungen in den kommenden Monaten mit Staatsanwälten, Richtern, Anwälten und Justiz-Experten zeigen.

Die ÖVP pochte jedenfalls darauf, gleich ein ganzes Paket an Reformen (liegt dem KURIER vor) in Umsetzung zu bringen. Wobei einige Punkte von der ÖVP aufs Tapet gebracht werden, die die Rechte der Beschuldigten verbessern sowie komplexe Verfahren beschleunigen würden. Eine Reform, die vor allem Strafverteidiger freuen würde. Sie klagen seit vielen Jahren, dass vor allem bei Wirtschaftsausschüssen die Verfahrensdauer überschießend ist.

### Bundesstaatsanwalt fix

Was jedenfalls nach den Verhandlungen nun fix zu sein scheint, ist, dass ein Bundesstaatsanwalt eingesetzt wird. Der Bundespräsident soll ihn ernennen, aber in welchem Modus, ob das Parlament mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit

den Bundesstaatsanwalt wählt und wie lange die Amtszeit sein wird, darauf konnte man sich noch nicht einigen. Auch wie eine vorzeitige Abberufung ausschauen könnte, muss noch geklärt werden. Einig ist man sich offenbar, dass die rechtliche Verantwortung und parlamentarische Kontrolle der Weisungsspitze erhalten bleibt.

### ÖVP: Schneller ermitteln

Wenn es nach der ÖVP ginge, dann sollte neben der Einrichtung des Bundesstaatsanwaltes auch die Rolle des Richters im Verfahren gestärkt werden, insbesondere bei Entscheidungen über grundrechtsintensive Eingriffe etwa über den Beschuldigten-Status. Aber das scheint noch Zukunftsmusik zu sein.

Geht es nach den Vorstellungen der ÖVP, soll es künftig Rechtsschutzbeauftragte für bestimmte Ermittlungsformen geben. Bestes Bei-

spiel: bei Hausdurchsuchungen oder Sicherstellungen.

Durch den medialen Fokus auf die „clamorösen“ Fälle kommt es häufig zu einer Vorverurteilung. Um das zu verhindern, wollen die Türken ein Verbot der überschießenden Auswertung von privater und geschäftlicher Kommunikation. Bei Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann wurden am Handy beispielsweise seine Gehaltspläne gefunden. Diese Notizen landeten, obwohl sie nichts zur Klärung der Vorwürfe beitragen, im Untersuchungsausschuss.

Auch Akten-Leaks sollen bald Geschichte sein. Das Verbot der Veröffentlichung soll nach deutschem Vorbild eingeführt werden. Faksimile und wortwörtliche Zitate wären dann für Medien tabu. Da die Ermittlungen langwierig sind, sollen die Verteidigungskosten im Falle der Einstellung des Verfahrens vom Staat übernommen werden.

# Was an der türkisen Justizkritik dran ist

Seit der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Blümel lässt sich die ÖVP an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft aus – wieder einmal. Ein durchsichtiges Manöver, um sich in die Opferrolle zu bringen? Oder berechtigte Kritik an Fehlern einer schlecht aufgestellten Behörde?

Gerald John, Jan Michael Marchart

Zuletzt beklagte sich der Bundeskanzler sogar in einem Brief: Sebastian Kurz und die ÖVP haben viel an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) auszusetzen. Ein Überblick über Fakten und Fiktionen.

## Der angebliche Pfusch in der Causa Blümel

Die ÖVP beteuert nicht nur, dass der Verdacht der Bestechung aus der Luft gegriffen sei, sondern wirft der WKStA einen fatalen Irrtum vor: Indem die Ermittler einen Eintrag im Kalender von Novomatic-Gründer Johann Graf mit dem Vermerk „Kurz“ dem Kanzler zugeschrieben hat, sei die Hausdurchsuchung von falschen Annahmen ausgegangen. Schließlich hat Grafs Schwiegertochter Martina Kurz per eidesstatt-

### Faktencheck

licher Erklärung versichert, dass es sich dabei um sie handle.

Allerdings: Worauf bereits Rechtsexperten hingewiesen haben, das hat nun auch das Justizministerium klargestellt. Der umstrittene Kalendereintrag sei kein entscheidender Grund für die Anordnung der Hausdurchsuchung gewesen, sondern nur ein Nebenaspekt. Kern der Sache sei der SMS-Verkehr zwischen Blümel und Novomatic, in dem es um Spenden und Hilfe für den Glücksspielkonzern bei einem Steuerproblem in Italien ging.

### Das rote Netzwerk

Die ÖVP fühlt sich von der WKStA schon seit längerem ungerecht behandelt. Vor einem Jahr hat Kurz der Behörde vor Journalisten Nähe zur SPÖ nachgesagt.

Ein parteipolitisches Netzwerk unter dem Deckmantel der Justiz? „Das wurde uns schon von allen möglichen Seiten vorgeworfen“, sagt Cornelia Koller, Präsidentin der Vereinigung Österreichischer Staatsanwälte. Aber abgesehen vom Verdacht, dass alle möglichen Posten nach Parteibuch besetzt werden, habe es nie einen Beleg gegeben.

Koller verweist auf die Hürden, die Mausechelen entgegenstehen. Wer Staatsanwalt werden will, muss von einer Personalkommission vorgeschlagen werden, die aus hohen Ministeriumsbeamten und Staatsanwälten besteht. Keiner aus der besagten Personalkommission sei politisch verortbar, sagt Ex-WKStA-Leiter Walter Geyer: „Auch nicht der Gewerkschaftsvertreter, da es bei Staatsanwälten und Richtern keine Fraktionen gibt.“

Die Auswahl, welche Anwärter zum Zug kommen, trifft dann der Justizminister. Bevor die Grünen das Ministerium im Vorjahr übernommen haben, wurde dieser seit der Gründung der WKStA 2009 übrigens primär von der ÖVP nominiert. „Dass es hier ein rotes Netzwerk geben soll“, sagt Geyer, „halte ich für absurd.“

An die  
Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft  
Dampfschiffstraße 4  
1030 Wien

Wien, 21. Februar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Tagen wurden Gernot Blümel, die ÖVP und auch ich persönlich medial mit einer Reihe von falschen Vorwürfen konfrontiert.

Nachdem Akten der WKStA mit unrichtigen Annahmen, aber auch fehlerhaften Fakten nicht nur die Basis eines Verfahrens darstellen, sondern diese auch an die Öffentlichkeit gelangt sind, haben diese im In- und Ausland zu massiver medialer Berichterstattung geführt.

Auch ich als Person wurde dadurch in Medien und sozialen Netzwerken mit einer Reihe an falschen Vorwürfen konfrontiert, die ich gerne klarstellen würde:

1. Die Darstellung, es hätte am 25. September 2017 einen Termin zwischen mir und Herrn Neumann zum Thema „Politische Prioritäten“ gegeben, ist falsch. Es lässt sich durch eine einfache Google-Recherche feststellen, dass ich an diesem Abend live an Wahlkampfkonfrontationen des Senders Puls 4 teilgenommen habe.

2. Die Behauptung, dass ich am 25. Juli 2017 den Novomatic Eigentümer Graf getroffen habe, ist ebenfalls unrichtig. Die Annahme, es würde sich, da „Kurz“ nur einmal im Kalender stehe, wahrscheinlich um einen Termin mit mir handeln, ist mir nicht nur nachvollziehbar, sondern ist vor allem definitiv falsch. Offensichtlich hat es sich um einen Termin mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt. Jedenfalls aber nicht um

Zu der in den Raum gestellten Frage, ob die ÖVP Spenden von der Novomatic erhalten hat, kann ich festhalten, dass das unrichtig ist und dies auch aus den vom Rechnungshof geprüften Rechenschaftsberichten der ÖVP ersichtlich ist. Ich erlaube mir die Rechenschaftsberichte der Österreichischen Volkspartei aus den Jahren 2017 und 2018 zu beizulegen.

Ich bin der Meinung, dass Ermittlungen unabhängig durch die Justiz durchgeführt werden sollten und ich würde mich deshalb auch nie öffentlich in ein Verfahren einmischen. Da aber in diesem konkreten Fall fehlerhafte Fakten und falsche Annahmen der WKStA an Medien gelangt sind, bin ich nun seit über einer Woche täglich mehrere Stunden beschäftigt, Medienanfragen aus dem In- und Ausland zu diesen falschen Anschuldigungen zu beantworten.

Fehlerhafte Fakten und unrichtige Annahmen aus Ihren Akten, die an die Öffentlichkeit betroffenen Personen, sondern führen vor allem im Ausland auch zu einem Reputationsschaden für die Bundesregierung und damit für die gesamte Republik Österreich.

Mit freundlichen Grüßen  
Sebastian Kurz

### Wenn Akten in den Medien landen

WKStA-Leaks lautet ein Schlagwort in der türkisen Rhetorik: Manche Staatsanwälte, so der Verdacht, würden Ermittlungsunterlagen an die Öffentlichkeit spielen. Undenkbar ist das nicht: Keine Behörde ist

davor gefeit, dass ein Mitarbeiter heimlich Dokumente an Journalisten schickt. Gerade Staatsanwälte, merkt Vertreterin Koller an, hätten aber das geringste Interesse daran. Welcher Ermittler untergrabe schon gerne die eigene Arbeit, indem er Verdächtige via Medien vor Hausdurchsuchungen oder anderen Schritten warnt?

„Ich kenne kein Verfahren, in dem ich den Verdacht gehabt hätte

zen genügend Abgeordnete, die darum gerne Wind machen.

### Langsam und erfolglos

Dass jahrelange Verfahren, wie die ÖVP kritisiert, ein Problem sind, bestreitet niemand: Beschuldigte müssen mitunter auch dann um Ruf und Karriere fürchten, wenn am Ende nichts herauskommt. Die lange Dauer – die Buwo-Affäre zog sich über zehn Jahre – erkläre sich aus den komplexen Fällen, sagt Walter Fuchs vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS): „Doch da beißt sich die Katze in den Schwanz. Wenn das politisch Verantwortliche kritisieren, sollten sie für bessere Rahmenbedingungen sorgen.“ Laut Koller kommen auf jeden Staatsanwalt pro Jahr 300 bis 400 Fälle.

Dass die WKStA erfolglos sei, lässt Fuchs nicht so stehen: Anders als Kurz, der die Statistik fragwürdig interpretiert hatte, kommt der Experte auf eine Verurteilungsquote von geschätzt vier Prozent der Fälle. Angesichts der schwierigen Materie sei das erwartbar – im Durchschnitt aller Delikte liege die Quote auch nur bei zwölf Prozent.

### Spektakuläre Razzia, fragwürdige Anzeigen

Auf die Liste der türkisen Vorwürfe wurde auch die Razzia beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) gesetzt. Tatsächlich befand das Oberlandesgericht Wien 2018, dass diese im Wesentlichen rechtswidrig, weil „unverhältnismäßig“, gewesen sei. Das Gericht kam zum Schluss, dass die Ermittler die Unterlagen aus dem BVT über das Innenministerium hätten anfordern müssen.

Nur im Falle des Hauptbeschuldigten, eines Referatsleiters, wurde die Razzia als rechtmäßig angesehen. Dies, weil es offenbar ausreichend Indizien dafür gab, dass der Verdächtige unrechtmäßig gespeicherte Daten aufbewahre.

Anderer spektakulärer Fall: Die Korruptionsbehörde zeigte 2019 den damals mächtigsten Beamten im Justizministerium, Christian Pilnacek, an, weil dieser im Verdacht stand, die Eurofighter-Ermittlungen teilweise einzufrieren. Doch die Ermittlungen verliefen im Sand.

Auch die Journalistin Anna Thhammer geriet ins Visier der WKStA. Fünf Staatsanwälte führten gegen einen Artikel die Tatbestände der Belästigung, Verleumdung und Beleidigung einer Behörde ins Treffen. Doch die Staatsanwaltschaft Wien erkannte keinerlei Anfangsverdacht und leitete erst gar keine Ermittlungen ein. Staatsanwälte-Sprecherin Koller sah in der Anzeige ebenso wie Journalistenvertreter eine Grenzüberschreitung, doch dass die WKStA scheiterte, belege das Funktionieren des Systems. Die Causen BVT und Pilnacek seien aufgearbeitet worden, mit eingeleiteten Verbesserungen in der Zusammenarbeit als Konsequenz: „Man soll nicht so tun, als sei das alles eben erst passiert.“

Oxymoron: Ein Faktum ist per Definition wahr, aber auch fehlerhafte Fakten nicht sind, haben diese im In- und Ausland zu massiver medialer Berichterstattung geführt.

2 x dieselbe Phrase

im Akt steht nirgends, dass Kurz beim Treffen am 25.9. dabei war.

Namensgleichheit war für Hausdurchsuchung nicht ausschlaggebend!

Der Ärger über die Korruptionsstaatsanwaltschaft ist auch in der ÖVP Wien groß.

## Türkise Trutzburg für Gernot Blümel

### STADTGESPRACH

VON MARTIN STUHLPFARRER

Die Wiener ÖVP ist die größte und derzeit einzig existente Oppositionspartei in Wien – da die Grünen ihren Rauswurf aus der Rathauskoalition erst verschmerzen müssen und die Freiheitlichen nach ihrem Wahldebakel am 11. Oktober noch paralysiert sind. Am Montag startete die Landespartei von Gernot Blümel den nächsten Angriff auf die rot-pinke Rathausregierung.

Für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag wurde eine Dringliche Anfrage an Rot-Pink angekündigt, mit der Türkis den Verkaufsstopp von Wiener Kleingärten verhindern möchte. Gleichzeitig wird beantragt, dieses Vorhaben von der Tagesordnung zu nehmen: „Denn Kleingärten

sind die einzig verbliebene Möglichkeit, sich in Wien Eigentum zu schaffen“, heißt es seitens der ÖVP.

Was den Angriffselan aber bremst, ist die Tatsache, dass die Wiener ÖVP in Turbulenzen geraten ist. Genauer gesagt deren Parteichef, Finanzminister Gernot Blümel. Immerhin wird er von der Korruptionsstaatsanwaltschaft als Beschuldigter geführt – es geht um den Verdacht von Parteispenden an die ÖVP und mögliche Gegenleistungen, Blümel weist diese Vorwürfe vehement zurück.

Nun stellt sich die Frage: Vertrauen alle in der Wiener Landespartei weiterhin blind ihrem Chef, der die Wiener ÖVP neu aufgestellt hat? Immerhin ergab eine „profil“-Umfrage, dass 44 Prozent der Österreicher für einen Rücktritt von Finanzminister Blümel sind, nur 32 Prozent stärken dem Wiener ÖVP-Chef den Rücken.



Minister Gernot Blümel kann sich (trotz der Turbulenzen) auf die Solidarität seiner Landespartei voll verlassen.

[Clemens Fabry]

„Es gibt keine Diskussionen über Gernot Blümel“, ist in ÖVP-Kreisen zu hören. Beim Landespartei Vorstand vor wenigen Tagen habe es keine einzige derartige Wortmeldung gegeben, ist aus Teilnehmerkreisen zu hören: „Vielmehr gab es heftige Wortmeldungen gegen die WKStA.“ Innerhalb der Wiener ÖVP ist man der Meinung, dass diese Causa auch der Wiener Landespartei nicht schadet. Vielmehr hofft man, dass die Ermittlungen, die viele in der Partei als politisch motiviert sehen, bald zu Ende sind. Und man verteidigt Novomatic: Selbst wenn es einen Termin mit Novomatic gegeben hätte, wäre das nicht verwerflich, ist in ÖVP-Kreisen zu hören. Diese Firma habe 20.000 Arbeitsplätze geschaffen und bewege sich im Rahmen des gültigen Rechts.

E-Mails: [martin.stuhlpfarrer@diepresse.com](mailto:martin.stuhlpfarrer@diepresse.com)

„Wiener Zeitung“, 23.02.2021

## ÖVP versinkt im Macht- und Spenden-Skandalsumpf



### Parlament

von Herbert Kickl

Der Autor ist Klubobmann der FPÖ.

Jeden Dienstag lesen Sie an dieser Stelle den Kommentar eines Vertreters einer Parlamentspartei.

Er werde „jeden verklagen“, der behaupte, Spendengelder der Novomatic seien an die ÖVP oder an parteinahe Vereine geflossen, erklärte Finanzminister Gernot Blümel patzig vor versammelter Presse am 12. Februar, einen Tag, nachdem die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bei ihm eine Hausdurchsuchung durchführen hatte lassen. Seither wird alles versucht, diese im heimischen Justizwesen bei begründetem Verdacht völlig legitime Maßnahme zur Wahrheitsfindung als politisch motivierte Attacke der „roten“ WKStA gegen die arme ÖVP hinzustellen. Dabei gab (gibt?) es, wie sich immer mehr herausstellt, eine sehr enge Beziehung zwischen der mächtigen Novomatic, dem größten Glücksspielkonzern Europas, und der ÖVP. Das reicht vom Sponsoring diverser Organisationen, bei denen Wolfgang Sobotka involviert ist, bis hin zu regelmäßigen Frühstücksaudienzen Sebastian Kurz' bei Novoma-

tic-Eigentümer Johann Graf. Dass die ÖVP auf diesbezügliche Vorwürfe hier übersensibel reagiert, hat seine Gründe: Bereits im Wahlkampf 2017 hatte man doppelt so viel Geld im Wahlkampf ausgegeben, als erlaubt war, und wurde dazu zu einer Geldstrafe von 880.000 Euro verdonnert. Der Schuldenstand der Kurz-Truppe betrug damals gut 30 Millionen Euro – Geld, das man nicht zuletzt durch zahlreiche edle Spender hereinzubringen hoffte. Und diese fanden sich zuhauf. Die von Medien 2019 aufgedeckte Liste der Gönner ist lang, darunter kleine Unternehmer mit ein paar tausend Euro, aber auch schwerreiche Familien wie die Ortner (Porr-Hauptaktionäre)

oder die Millionenerbin Heidi Goess-Horten, die jeweils bis zu einer Million Euro hinblättern, im Fall Goess-Horten praktisch gestückelt in monatliche 49.000-Euro-Tranchen, damit die Summe für den Rechnungshof unsichtbar bleiben konnte. Dass diese Leute

*Dass ÖVP-Spender  
Gegenleistungen  
erwarteten, würden  
wohl nur Fantasten  
abstreiten.*

sich für ihre Großherzigkeit gewisse Gegenleistungen erwartet haben (und erwarten), würden wohl nur Fantasten abstreiten. Wie zur Bestätigung erfolgte im Sommer 2020 eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zum „Projekt Ballhausplatz“, in der genau beschrieben wurde, wie ein kleiner Kreis Auserwählter um Parteichef Kurz zuerst innerhalb der ÖVP die Führung an sich gerissen hatte, um das Gleiche danach auch am Ballhausplatz im

Bundeskanzleramt zu tun. Der offensichtliche Insider zeigte neben Kurz und Blümel auch Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, ÖVP-Generalsekretär Alexander Melchior und dessen Vorgänger Stefan Steiner an. Die Vorwürfe lauten auf Amtsmissbrauch, Korruption und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der Verfasser beschreibt detailliert, wie die Sponsoren bei Laune gehalten wurden, indem man ihnen das Blaue vom Himmel versprach, eine Art „Kaufhaus Neue Volkspartei“ sozusagen. Erinnert man sich dann noch an die „Schredder-Affäre“, bei der jüngsten Informationen zufolge doch Festplatten eines PC oder Laptops zerstört worden sein sollen, so formt sich ein Sittenbild, das in etwa dem entspricht, womit zwei ehemalige FPÖ-Spitzenpolitiker in Feierlaune eine falsche „Oligarchen-Nichte“ beeindruckten wollten. Mit dem Unterschied, dass die „Causa ÖVP“ sehr real erscheint.

## "Blümel hätte das Recht, Beschwerde zu erheben"

Linzer Strafrechtler: Beim Delikt der Bestechung ist es gar nicht erforderlich, dass wirklich Geld fließt

LINZ/WIEN. Weiterhin hohe Wellen schlägt in der Justiz und unter Juristen die Kritik der VP an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die wegen Korruptionsverdachts u. a. gegen Finanzminister Gernot Blümel (VP) ermittelt. In einer Petition fordern Richter, Staatsanwälte und Hochschulprofessoren die "Unabhängigkeit der Justiz auf allen Ebenen" ein. Einer von ihnen ist der Strafrechtsexperte Alois Birklbauer, Professor für Strafrecht an der Johannes Kepler Universität Linz.

Die von der VP kritisierte Hausdurchsuchung bei Blümel habe gerade den Sinn, "zu klären, was wirklich gelaufen ist", so Birklbauer. Zudem sei eine Hausdurchsuchung nicht nur bei Verdächtigen, sondern sogar bei Unbeteiligten zulässig: überall dort, wo "aufgrund bestimmter Tatsachen die Annahme besteht", dass Spuren und Beweise sichergestellt werden können.

Der bekannt gewordene SMS-Verkehr zwischen Blümel und einem Novomatic-Manager "legt einen begründeten Verdacht nahe", und diesen habe auch der Richter, der die Haus-

durchsuchung genehmigte, bejaht, sagt Birklbauer. "Blümel hätte das Recht, eine Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung zu erheben. Dann müsste das Oberlandesgericht die Argumente des Erstgerichts überprüfen", sagt Birklbauer. Doch genau dieses Instrument, mit dem die Durchsuchung nachträglich für rechtswidrig erklärt werden kann, nahm Blümel nicht in Anspruch.

Doch sei es genau eine solche Beschwerde gewesen, die zur Erkenntnis führte, dass die von der WKStA veranlasste Hausdurchsuchung im BVT rechtswidrig war. Die BVT-Hausdurchsuchung wird von der VP als Argument benutzt, um der WKStA "Fehler" vorzuwerfen.

Der SMS-Verkehr vom Juli 2017 lege den "konkreten Verdacht" nahe, "dass der Manager eine Bestechung bzw. eine verbotene Vorteilszuwendung begangen hat", sagt Birklbauer. Bei beiden Delikten sei es gar nicht notwendig, dass tatsächlich Geld fließe. Es reiche bereits, wenn der Bestecher einen "Vorteil" verspreche oder auch nur "in Aussicht stellt".

### "Signal" reicht aus

Die "Nehmerseite" müsse, was die Strafbarkeit betrifft, auch gar keinen Vorteil annehmen. Es reiche aus, wenn man "sich einen Vorteil versprechen lässt", also "signalisiert", den Vorteil annehmen zu wollen. Ob Blümel dieser Vorwurf der Bestechlichkeit gemacht werden kann, lasse sich ohne Aktenkenntnis nicht beurteilen. Blümel habe die in der SMS erwähnte Spende nicht ausdrücklich zurückgewiesen, zumindest sei dies aus dem SMS-Verkehr nicht ersichtlich, sagt der Professor. Blümel habe stattdessen einen Mitarbeiter des Finanzministeriums gebeten, den Novomatic-Mann zurückzurufen.

Die WKStA führe Blümel im Register als "Beschuldigten", die Unterscheidung zwischen "Beschuldigten" und "Verdächtigen" sei verfahrensrechtlich nicht relevant. "Die Rechte eines Beschuldigten gelten genauso für Verdächtige. Anders als Zeugen sind Verdächtige und Beschuldigte nicht verpflichtet, die Wahrheit zu sagen."

„www.leitbetriebe.at“, 22.02.2021



## NOVOMATIC implementiert neue Vertriebs- und Produktionsstruktur

**NOVOMATIC setzt das im Vorjahr eingeleitete Transformationsprogramm weiter fort und richtet nun auch den Sales- und Produktionsbereich neu aus. Mit sofortiger Wirkung werden unter der Leitung von Jakob Rothwangl sämtliche Vertriebseinheiten gebündelt und der gesamte Produktionsbereich unter der Führung von Walter Eschbacher zentral gesteuert. Dabei stehen Effizienzsteigerung und das Heben von Synergiepotentialen im Vordergrund.**

NOVOMATIC-Vorstand Dipl.-Ing. Ryszard Presch betont: „Wir nutzen die Zeit der Pandemie auch dafür, um interne Prozesse zu verbessern und stellen im Zuge des im Vorjahr begonnenen Transformationsprozesses die Bereiche Vertrieb und Produktion neu auf. Wir freuen uns, dass mit Jakob Rothwangl und Walter Eschbacher zwei langjährige und erfahrene NOVOMATIC-Manager die Leitung dieser beiden wichtigen Bereiche übernehmen und damit Kontinuität und Effizienz gewährleistet bleiben.“

Im Bereich „Global Sales“ sollen künftig die Neukundengewinnung sowie eine stärkere internationale Vernetzung einerseits, als auch die noch intensivere Betreuung bestehender externer und interner Kunden andererseits, im Vordergrund stehen. Der Bereich „Production & Logistics“ wird erstmals die Fachbereiche Produktion, Einkauf, Logistik sowie die Spezialfertigungen in den Segmenten Elektronik, Tischlerei, Druckerei und Kunststofffertigung unter ein gemeinsames Dach integrieren und kann damit Abläufe schneller und effizienter gestalten.

Jakob Rothwangl, VP Global Sales NOVOMATIC AG: „Ich bedanke mich für diese Herausforderung und das mir entgegengebrachte Vertrauen, den konzernweiten Vertrieb neu organisieren und optimieren zu dürfen. Oberstes Ziel ist dabei die Maximierung der Kundenzufriedenheit durch die Entwicklung und den Vertrieb von hochqualitativen Produkten und Dienstleistungen, die perfekt auf die Bedürfnisse unserer Kunden und ihrer Märkte abgestimmt sind.“

Walter Eschbacher, Director Production & Logistics NOVOMATIC AG: „Mit dem neuen Bereich Production & Logistics werden wesentliche zusammenhängende Bereiche unter einem Dach gebündelt, um noch rascher auf die geänderten Marktanforderungen reagieren zu können. Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit liegt dabei auf der Etablierung neuer Abläufe in der Produktion sowie der Nutzung von Synergiepotentialen, um Lieferzeiten zu verkürzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und den Produktionsstandort in Österreich abzusichern.“

Jakob Rothwangl, der für NOVOMATIC in den USA gemeinsam mit den erfahrenen Industriemanagern Jens Halle und Rick Meitzler, heutiger CEO von NOVOMATIC Americas, im Rahmen des Markteintritts die Vertriebsorganisation aufbaute, wechselte 2008 vom Bankensektor zum NOVOMATIC AG-Konzern. Als Geschäftsführer der NOVOMATIC Lottery Solutions GmbH war Rothwangl auch maßgeblich an der Umsetzung eines umfangreichen Restrukturierungsprogrammes für dieses Unternehmen beteiligt. Seit 2019 ist Rothwangl wieder im Headquarter von NOVOMATIC tätig, wo er u. a. als Geschäftsführer einer Tochterfirma fungiert und diverse internationale Projekte leitet.

Walter Eschbacher wechselte im Jahr 2012 zu NOVOMATIC, wo er als Prokurist die Bereiche Einkauf, Logistik, Lager und IMS verantwortet. Unter seiner Leitung wurde der Bereich Einkauf und die Lagerlogistik modernisiert. Daneben führte die Etablierung von IMS im Unternehmen zur Hebung von wesentlichen Synergien zwischen Qualitäts- und Umweltmanagement sowie Arbeitssicherheit. Unter seiner Verantwortung wurden erfolgreich die ISO-Zertifizierungen für Qualität, Umwelt und Arbeitssicherheit durch- oder eingeführt, wodurch am Standort Gumpoldskirchen u. a. eine signifikante Reduktion der Arbeitsunfälle erreicht werden konnte. Zuvor war Eschbacher erfolgreich als Manager bei namhaften österreichischen Unternehmensgruppen tätig, u. a. bei der Liebherr Austria Holding oder der ENGEL Austria GmbH.

„www.immobilien-magazin.at“, 22.02.2021

# DIE PLÄNE FÜR DAS NOVOMATIC FORUM

Veranstaltungen und Büros geplant

Autor: Stefan Posch

**V**ergangenen Freitag berichtete immo7 exklusiv, dass die Novomatic ihr Forum für etwa 25 Millionen Euro an die LNR Projektentwicklung verkauft hat. Nun hat LNR-Geschäftsführer Lukas Neugebauer dem immoflash die Pläne für das repräsentative Gebäude gegenüber der Secession verraten. Demnach wird das untere Geschoß weiter als Veranstaltungsraum genutzt werden. Dafür spricht laut Neugebauer die ganze Veranstaltungstechnik, die ja bereits vorhanden ist. Der obere Stock wird hingegen als Bürostandort vermietet werden. Die Novomatic nutzte die Räumlichkeiten, die aktuell leer stehen, selbst als Office-Fläche.

Große Umbauarbeiten werde es laut Neugebauer beim Art-Deco-Gebäude keine geben. „Kleiner Anpassung werden wir wohl machen. Wir evaluieren noch, was alles notwendig ist“, erklärt er. Eingbracht wird das Objekt in eine Tochterfirma der LNR Projektentwicklung. Im Jahr 2007 hatte der Glücksspielkonzern die ehemalige Zentrale des Verkehrsbüros um rund zehn Millionen Euro erworben. Das Objekt wurde 1922 bis 1923 von den Otto-Wagner-Schülern Hermann Aichinger und Heinrich Schmid errichtet. Vergangenen Sommer wurde bekannt, dass sich Novomatic von dem Gebäude trennen will.

„Financial Times.com“, 22.02.2021

## Austria's chancellor offers to testify in corruption probe

Sebastian Kurz accuses prosecutors of leaking information to the media



Sebastian Kurz said one set of allegations that he had met the billionaire owner of Novomatic, Johann Graf, in July 2017, were false. © Georg Hochmuth/APA/dpa

February 22, 2021 4:46 pm by [Sam Jones](#) in London

Austria's chancellor Sebastian Kurz has written to prosecutors offering to personally testify in a high-level corruption probe that has rocked the country's political establishment.

In the wake of [last week's raid on the home of finance minister](#) Gernot Blümel, the chancellor accused prosecutors of leaking information to the media and basing their inquiries on "false accusations".

Blümel is the highest profile politician so far to be targeted in a sprawling investigation into links between dozens of officials and lawmakers and the Austrian gambling firm Novomatic.

In Sunday's letter Kurz said he was "available to testify at any time" in order to "quickly" clear up questions prosecutors had for him.

He wrote: "I am of the opinion that investigations should be conducted independently by the judiciary and I would therefore never interfere publicly in any proceedings". He added: "However . . . Incorrect facts and incorrect assumptions from your files that are made public not only cause reputational damage . . . for the individuals concerned, but also lead to reputational damage, especially abroad, for the Federal Government and thus for the entire Republic of Austria."

The chancellor said one set of allegations — widely circulated in the Austrian media — that he had met the reclusive septuagenarian billionaire owner of Novomatic, Johann Graf, in July 2017, were false.

News stories of the meeting were based on leaks of calendar entries seized by investigators from phones and electronic devices belonging to Novomatic employees. But, said the chancellor, the "Kurz" referred to in them was former Novomatic supervisory board member Martina Kurz, not himself.

Another meeting alleged to have taken place, between Kurz and Novomatic chief executive Harald Neumann in September 2017 could not have taken place, said Kurz, because on the date and time in question he was on TV taking part in a political debate. "It can be determined by a simple Google search," he wrote.

In private, chancellery officials say Kurz believes prosecutors at the WKStA — the special Austrian judicial agency responsible for investigating corruption — are engaged in a witch-hunt against him.

Last week the chancellor called for the WKStA to be disbanded and replaced by a new Federal Prosecutor's office.

The move would require an amendment to Austria's constitution, but it is likely to be supported across the political spectrum.

In the past, Kurz's own party, the conservative Austrian People's Party, has been the main opponent to the creation of a centralised federal prosecutor's office.

Under the existing system, the WKStA is overseen by the ministry of justice.

The agency has made a number of high profile blunders in recent years — including authorising a raid on the office's of Austria's own intelligence agency in 2018 — which made the country a pariah with allied European spymasters.

The Novomatic probe, however — known in Austria as the Casinos Affair — has become its most politically sensitive investigation. WKStA officials say they have come under sustained political pressure in their work.

Already, the investigation — which has been running for more than 18 months — has entangled a host of high-profile politicians as suspects, including former finance minister Hartwig Löger and the head of the country's state holding company, Thomas Schmid.

Löger and Schmid both deny any wrongdoing.



## HAKELZIEH'N. SPÖ hält sich in Causa Blümel zurück / Rekordumsätze mit Spielautomaten / Redeschlacht zum neuen Sozialgesetz.

Von Ernst Sittlinger

# Landespolitik im Glücksspiel-Fieber

Bei den Attacken der Bundes-SPÖ auf ÖVP-Finanzminister **Gernot Blümel** spielten steirische Politiker eine Hauptrolle. Als einer der Ersten forderte der Vizeklubchef im Nationalrat, **Jörg Leichtfried**, Blümels Rücktritt: Dieser sei wegen der Causa Novomatic als oberster Aufseher des Glücksspielwesens nicht mehr tragbar. Aber auch SPÖ-Rechnungshofsprecherin **Karin Greiner** („schiefe Optik“) und Abgeordnete **Vereina Nussbaum** („haarsträubende Verwicklung“) flankierten wacker den Großangriff.

Das wiederum bringt die Landes-SPÖ einigermassen in Verlegenheit. Denn Parteichef **Anton Lang** ist an einem Konflikt mit Blümel derzeit überhaupt nicht interessiert. Noch bis Ende Juni führt Lang den Vorsitz in der Konferenz der Landesfinanzreferenten, und in dieser Eigenschaft muss er mit dem ÖVP-Finanzminister heikle Dinge verhandeln.

Es geht um viel Geld, etwa um die Kostentragung für die teuren Coronahilfen, wo die Länder auf tatkräftige Bundesmitwirkung hoffen. Da kann man Störfeuer nicht brauchen. Der Frage, wie er zur Causa Blümel stehe, weicht Lang deshalb aus: Er wolle dieses Thema „derzeit nicht parteipolitisch bewerten“, lässt der Vize-LH ausrichten.

Mit Glücksspiel-Kritik wäre die SPÖ hierzulande sowieso nicht sehr glaubwürdig: Gemeinsam mit ÖVP und FPÖ beschloss sie 2015 ein Glücksspielgesetz, das dem **Novomatic-Konzern** bis heute blühende Geschäfte im Land beschert. In einem Geheimverfahren mit bemerkenswerten Begleitumständen gingen damals die Lizenzen



**Anton Lang: Keine Störfeuer**



**Mario Kunasek: Gab es „Unterredungen“?**



**C. Klimt-Weithaler: Kritik am Gesetz**

für 1012 Spielautomaten des kleinen Glücksspiels für zwölf Jahre an die Novomatic-Tochter **Admiral Casinos & Entertainment AG** und zwei in ihrem Umfeld angesiedelte Firmen.

Eine davon, die **Panther Gaming Enterprise AG**, wurde erst knapp vor Ende der Bewerbungsfrist gegründet, war aber in ihrem Aufsichtsrat mit Prominenz aus dem politischen Umfeld bestückt. Der damalige PG-Aufsichtsratschef, Ex-ÖVP-Finanzlandesrat **Herbert Paierl**, legte seine Aufsichtsfunktion inzwischen (konkret im Mai 2018) nieder. Die Lizenzerteilung wurde übrigens vom Landesrechnungshof geprüft – demnach gab es Fehler in der Vergabe, aber keine Korruption oder Manipulation. Nach welchen Kriterien damals die „bestgeeigneten“ Firmen ausgewählt wurden, ist freilich bis heute ein Amtsgeheimnis.

Ein Ausstieg der Steiermark aus dem kleinen Glücksspiel, für den die KPÖ Tausende Unterschriften sammelte, wurde seinerzeit von Ex-Landeshauptmann **Franz Voves** unter Verweis auf den Entgang von Steuereinnahmen vehement abgelehnt. „Die Kehrseite sind

Tausende Spielsüchtige, die ihre Existenz ruiniert haben“, kritisiert KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

Aktenkundig ist außerdem, dass das Land zwei Automatenbetreibern, die keine Lizenzen erhielten, mehr als 760.000 Euro Steuerschulden erlassen musste, weil diese Firmen sonst insolvent geworden wären. Die FPÖ greift diesen Vorfall nun auf: In einer Anfrage an LH **Hermann Schützenhöfer** und auch an Lang will sie wissen, wie hoch die Steuererträge sind und ob es weitere Stundungen oder Ausfälle gab. Gefragt wird auch nach etwaigen „Unterredungen mit Vertretern von Glücksspielunternehmen“ – eine klare Anspielung auf die Vorgänge im Bund. Dazu FPÖ-Klubchef **Mario Kunasek**: „Angesichts der jüngsten Hausdurchsuchungen bei Blümel gilt es, auch die Verbindungen der Landesregierung zu Glücksspielkonzernen zu hinterfragen.“

Tatsache ist, dass im Glücksspiel der Rubel rollt – für die Betreiberfirmen. Wie sehr die Geschäfte florieren, zeigen die teils atemberaubenden Firmenbilanzen. So stieg der Umsatz der PG Entertainment in den

letzten vier Geschäftsjahren von 1,59 auf 5,67 Millionen Euro. Die ebenfalls mit einer Lizenz ausgestattete Firma **PA Entertainment & Automaten AG** aus Seiersberg konnte ihren Umsatz von 12,94 auf 44,61 Millionen steigern. Die Admiral-Umsätze wuchsen langsamer, aber immerhin auch von 119 auf fast 144 Millionen Euro.

Im Landtag steigt kommenden Dienstag die Redeschlacht rund um das neue Sozialunterstützungsgesetz. Bemerkenswert: Soziallandesrätin **Doris Kampus** (SPÖ) sagt offen, dass sie das Gesetz gar nicht will – ihr wäre die alte Mindestsicherung lieber, aber das aus schwarzbauer Zeit stammende Bundes-Grundsatzgesetz zwingt zur Systemumstellung. Immerhin habe man einen Kompromiss mit Augenmaß gefunden.

Grünen-Klubchefin **Sandra Krautwaschl** lobt, dass man in den Verhandlungen noch manches verbessert habe – etwa die Ausweitung des Bezieherkreises durch kürzere Wartezeiten. Sie und die KPÖ kritisieren aber, dass der Bundesrahmen nicht ausgeschöpft wurde, etwa bei den Wohnkosten. Umgekehrt hält die FPÖ das neue Gesetz für zu großzügig. Mit fünf Entschließungsanträgen wird sie Einschränkungen fordern.

Eine interessante Nuance: FPÖ-Chef Kunasek sagt neuerdings „Landeshauptmännerkonferenz“ (statt „-leute-“). Ein auffälliger Kontrapunkt zur Gendersprache, die ja stark im Vormarsch ist. Der niederösterreichischen Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner** (ÖVP) wird's vermutlich egal sein.